



Stenografischer Bericht

34. Sitzung

am Freitag, dem 23. Januar 2004,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 16

Beratung

Bewertung der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen durch Vertreter der CDU-FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1297

Frau von Angern (PDS)	2499
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer.....	2500
Herr Scharf (CDU)	2503
Frau Grimm-Benne (SPD)	2506
Herr Lukowitz (FDP)	2507
Frau Dr. Sitte (PDS)	2508

Beschluss	2509
-----------------	------

Herr Dr. Fikentscher (SPD)	2509, 2516
Herr Kosmehl (FDP)	2512
Frau Dr. Hein (PDS)	2513
Herr Steinecke (CDU).....	2514
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer.....	2515
Beschluss	2517

TOP 17

Beratung

Antisemitismus schon im Vorfeld bekämpfen

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/1304

TOP 18

Beratung

Einflussnahme der Länder auf Emissionsrechtehandel stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
- Drs. 4/1316

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- Drs. 4/1338

Herr Ruden (CDU)	2517
Frau Budde (SPD)	2518, 2525

Herr Dr. Schrader (FDP)	2519
Herr Dr. Köck (PDS)	2520
Herr Gürth (CDU).....	2521
Ministerin Frau Wernicke	2523
 Beschluss	 2525

TOP 19

Beratung

Rechtsverhältnis Kunde und Bahnanbieter

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - Drs. 4/1326	
Herr Qual (FDP).....	2526, 2531
Minister Herr Dr. Daehre.....	2527
Herr Kasten (PDS)	2528
Frau Weiß (CDU).....	2529

Herr Sachse (SPD)	2530
Beschluss.....	2532

TOP 20

Beratung

**Erhalt des Waggonbaustandortes
Halle-Ammendorf**Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1312**Änderungsantrag der Fraktionen der CDU
und der FDP - **Drs. 4/1343**

Herr Felke (SPD).....	2532
Minister Herr Dr. Rehberger.....	2534, 2540
Frau Liebrecht (CDU)	2535
Herr Dr. Köck (PDS).....	2536
Herr Dr. Schrader (FDP)	2537
Frau Budde (SPD).....	2538, 2541
 Beschluss.....	 2541

Beginn: 9.06 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Ich begrüße Sie alle recht herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wie vereinbart werden wir nunmehr die 18. Sitzungsperiode mit dem **Tagesordnungspunkt 16** fortführen:

Beratung

Bewertung der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen durch Vertreter der CDU-FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1297**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau von Angern für die PDS. Bitte sehr.

Frau von Angern (PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte meine Rede heute mit einem oft zitierten Wahlslogan der CDU beginnen. Mit dem Satz „Wir werden das Kind schon schaukeln“ ist die CDU im Jahr 2002 zur Regierungspartei für Sachsen-Anhalt gewählt worden. Wie wir sehen konnten, haben Sie das Kind schon so manches Mal - na wohl eher verschaukelt.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Ihr Wahlslogan macht mich neugierig. Was werden Sie sich wohl für die diesjährigen Kommunalwahlen ausdenken? Vielleicht „Gemeinsam gegen Gruppenegoismus!“? Denn von „Gruppenegoismus“ oder gar „Generationenegoismus“ sprach Herr Böhmer vor kurzem in der Presse im Zusammenhang mit den Protesten der Studierenden, die sich für den Erhalt ihrer Studienmöglichkeiten einsetzen, und im Zusammenhang mit den für das Volksbegehren Unterschriften Sammelnden. All jene sollen also dem „Gruppenegoismus“ unterlegen sein.

Diese Aussage von Ihnen, Herr Böhmer, hat mir deutlich gemacht, wie unterschiedlich doch die Sicht auf die Dinge sein kann. Nach meinem Eindruck fand ich, dass es endlich Zeit wurde, dass die Studierenden wieder auf die Straßen gehen und dass Menschen sich für ihre Zukunft einsetzen. Ich empfand den Moment schon lange überfällig, dass Menschen gegen das, was mit ihnen zwischen den Wahltagen gemacht wird, ohne sie wirklich zu fragen, aufbegehren. Ich sehe darin eher den Mut der Menschen, selbstbewusst und selbstbestimmt Einfluss auf die Dinge zu nehmen, die sie unmittelbar angehen.

Die große Befürwortung des Volksbegehrens zeigt deutlich, dass viele Menschen, und nicht nur etwa betroffene Eltern oder Großeltern, die Gefahren einschätzen können, die mit der ständigen Verschlechterung der sozialen Rahmenbedingungen, und zwar insbesondere für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land, einhergehen und was das eben für die Zukunft von Sachsen-Anhalt bedeutet. Die längerfristigen Folgen einer sozialen Ausgrenzung werden erkannt und wollen von vielen Menschen eben nicht hingenommen, sondern verhindert werden.

Es geht hierbei um ein soziales Selbstverständnis, das ja vielleicht nicht Ihrem Selbstverständnis, Herr Böhmer entspricht. Für mich ist das kein Gruppenegoismus, sondern ein solidarisches Verhalten der Menschen, die sich für die Rechte derer einsetzen, die selbst nicht dafür kämpfen können und denen in dieser Gesellschaft nur selten eine eigene Stimme gegeben wird.

(Beifall bei der PDS)

Herr Böhmer, ich muss sagen, ich war erschrocken über Ihre Abgehobenheit, diese Menschen als Gruppenegoisten zu betiteln. Wie bezeichnen Sie eigentlich den Einsatz von UNICEF, also von Menschen, die sich seit vielen Jahren für die Rechte von Kindern einsetzen? Ist das etwa auch Gruppenegoismus und reine Lobbypolitik?

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Herr Tullner, CDU: Mein Gott! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn Sie dies so sehen, kann ich Ihnen versichern, dass sich viele Menschen von Ihnen gern so betiteln lassen werden.

Im Übrigen kann ich nur erneut betonen, dass der Satz „Wir dürfen uns nicht auf Kosten der nächsten Generationen verschulden“ eine leere Phrase ist, wenn wir unsere eigene Zukunft wegsparen.

(Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Doch in einem Punkt möchte ich Ihnen gern zustimmen. Sie sprachen in Ihrer Neujahrsrede davon, dass der Erhalt einer solidarischen Gesellschaft eine Konzentration staatlicher Leistungen auf diejenigen unter uns erfordert, die sich nicht selbst helfen können. Aber wie man sieht, kann man auch hierbei eine gänzlich unterschiedliche Sicht auf die Dinge haben.

Ein so großer Unterschied besteht übrigens nicht hinsichtlich des Vorschlags von Herrn Scharf, ein Landeserziehungsgeld einzuführen. Zunächst stellt sich aber auch hierbei die Frage der Finanzierbarkeit. Ein Landeserziehungsgeld, welches nicht zu einer Grundsicherung führt, wird auch keine familienpolitischen Akzente setzen, die Sie setzen möchten, und schon gar nicht der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Ich möchte dazu auf die Erfahrungen in Sachsen verweisen, wo man inzwischen infolge der Haushaltsslage nur noch 205 € zahlt. So ein Vorschlag sollte daher gut durchdacht sein. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir uns dieser Diskussion nicht verwehren werden.

Diskussionswürdig ist auch der Vorschlag der Landesvorsitzenden der PDS, Frau Pieper.

(Lebhafter Widerspruch bei der FDP)

Sie fordert nun gar eine kostenfreie Kinderbetreuung ab dem 3. Lebensjahr. Dieser Forderung schließe ich mich gern an, und dabei spreche ich, meine ich, für die gesamte PDS. Da ich allerdings davon ausgehe, dass Sie als PDS-Fraktion - Entschuldigung: FDP-Fraktion - -

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

- Das war kein Freud'scher Versprecher! - Da ich allerdings davon ausgehe, dass Sie als FDP-Fraktion diesen Ansatz in Sachsen-Anhalt nicht ernsthaft umzusetzen versuchen, was ich wirklich bedauere, werde ich Sie damit nicht länger quälen.

Den Vorschlag des Ministers Kley, das Vorschuljahr den Eltern kostenfrei anzubieten, begrüßt die PDS ebenfalls. Nach den Vorstellungen von Herrn Kley sollen alle Kinder die Chance erhalten, sich optimal auf die Schule vorzubereiten. Unter dem geltenden Kinderförderungsgesetz, Herr Minister, ist das aber schon fast Zynismus und hat einen eher bittersüßen Beigeschmack.

(Beifall bei der PDS)

Und, Herr Minister, Ihre Schönrederei macht das Kinderförderungsgesetz nun wahrlich nicht besser. Sie ignorieren in schon beinahe penetranter Weise die Probleme der Kinder, der Erzieherinnen, der Eltern und der Träger. Sie setzen sich erhaben über die vielen großen und kleinen Ungereimtheiten und Einzelschicksale in den Kommunen vor Ort einfach hinweg.

Was mich aber an Ihrem Vorschlag richtig enttäuscht, ist die Unglaublichkeit. Sie starten mit einem Schnellschuss durch - scheinbar ohne das mit Ihrer Fraktion und mit Ihrem Parteifreund Herrn Paqué abgesprochen zu haben. Eine Finanzierungsmöglichkeit bleiben Sie schuldig. Glauben Sie wirklich, dass man Sie und Ihren Vorschlag ernst nimmt und nicht vermuten muss, dass Sie einfach nur das mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreiche Volksbegehren torpedieren wollen?

(Zustimmung bei der PDS - Herr Kosmehl, FDP, lacht)

Bis vor kurzem erzählten Sie noch landesweit, dass Sie weitere Mittel für die Kinderbetreuung auf keinen Fall zur Verfügung stellen würden. Nun soll Herr Paqué einfach so 11 Millionen € aus dem Ärmel schütteln? - Ich bin neugierig, wie er das macht.

Es liegt eher die Vermutung nahe, dass Sie von den eigentlichen Problemen, die mit dem Kinderförderungsgesetz nun einmal einhergehen, ablenken wollen. Sie belobigen immer wieder den nun gesetzlich verankerten Bildungsauftrag. Sie verheimlichen aber, dass eine kontinuierliche Bildungsarbeit unter den Voraussetzungen des Kinderförderungsgesetzes eben nicht gleichberechtigt für alle Kinder umsetzbar ist.

(Beifall bei der PDS)

Hierfür bedarf es nun einmal eines ausreichenden Fachpersonals und der Gewährleistung einer kontinuierlichen Fortbildung. Von Chancengerechtigkeit sollten Sie im Zusammenhang mit dem Kinderförderungsgesetz also besser nicht sprechen. Es ist eher ein Schlag in die Gesichter der Kinder, die nachmittags nicht mehr mit den Freunden spielen können,

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

und ein Schlag in die Gesichter der Erzieherinnen und der Eltern, die den Kindern das erklären müssen. Um auch gleich mit einem in der Presse verbreitete Missverständnis aufzuräumen, möchte ich sagen, es ist richtig, meine Kollegen der PDS-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern haben die Forderung nach einem kostenlosen Vorschuljahr aufgestellt, haben sie aber so nicht umgesetzt. Es ist aber nicht so, dass das Geld verschwunden ist,

(Herr Gürth, CDU: Auch in Berlin nicht!)

sondern der Grund dafür ist, dass der Wunsch der Eltern und der Träger der Kita bestand, das Geld besser direkt

in die Einrichtungen zu geben und so die frühkindliche Förderung direkt zu fördern.

(Herr Gürth, CDU: Sie haben es in den acht Jahren Regierungszeit mit der SPD auch nicht gemacht! - Herr Tullner, CDU: Sprechen Sie einmal von Ihrem eigenen Mist!)

Der gesamte Betrag ist also direkt in die Einrichtungen geflossen. Mecklenburg-Vorpommern leistet es sich nun, pro Monat für jedes Kind 50 € mehr in die Bildung zu investieren. Doch genau da liegt die Häsin im Pfeffer. Das Problem in Sachsen-Anhalt ist nicht etwa, dass sich die Eltern die Betreuung ihrer Kinder nicht leisten wollen; im Gegenteil, sie leisten sich bewusst eine Betreuung für ihre Kinder, weil sie wissen, welche Bildungsvorteile für ihre Kinder damit verbunden sind.

Das Problem ist vielmehr die Tatsache, dass Sie mit Ihrem Gesetz Kindern hautnah zeigen, was soziale Ausgrenzung ist, was der Unterschied zwischen arm und reich ist,

(Herr Tullner, CDU: Mein Gott!)

und ihnen damit gleich ihren Platz zuweisen. Ich empfehle Ihnen einmal mehr, das Gespräch mit Betroffenen zu suchen.

In diesem Sinne möchte ich die Koalitionsfraktionen auffordern, das Geld, das für die Betreuung von Kindern, die Schulen, die Kinder- und Jugendfreizeiten, die Hochschulen - ich kann das noch weiter fortführen - ausgeben wird, endlich als das anzuerkennen, was es ist - eine Investition in die Zukunft. Denn nur wenn junge Menschen in diesem Land eine Zukunft haben, werden auch alle anderen Generationen eine Zukunft haben.

(Herr Gürth, CDU: Mit Ihrer Politik hat niemand eine Zukunft in diesem Land!)

Deshalb fordere ich namens der PDS-Fraktion, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt die Förderung von Kindern als eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen anerkennt und die vom Ministerpräsidenten vorgenommene Diskreditierung von Protesten für den Erhalt gerade dieser Zukunftsinvestitionen zurückweist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Frechheit!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Vielen Dank, Frau von Angern, für die Einbringung. - Die Debatte wird der Ministerpräsident Herr Professor Dr. Böhmer eröffnen. Bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dieser Antrag stammt nicht von mir. Ich möchte diese Diskussion aber und ich stelle mich ihr. Ich halte sie aus und ich hoffe, Sie halten sie auch aus,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

auch wenn sie auf dem Niveau geführt wird, das wir eben vorgeführt bekommen haben.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich hoffe, Sie beteiligen sich auch außerhalb dieses Hauses an dieser Diskussion; denn wir haben sie unter uns nötig.

(Frau Tiedge, PDS: Eben!)

Dass uns die Betreuung von Kindern wichtig ist, verehrte Frau von Angern - Sie können das ja vielleicht nicht wissen -, haben wir schon zum Ausdruck gebracht, als wir als erstes Land in Deutschland überhaupt einen Rechtsanspruch im Gesetz fixiert haben.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie das nicht wissen; denn Sie waren damals etwa 14 oder 15 Jahre alt. Wir haben es aber schon getan und sind lange Zeit das einzige Land geblieben.

Dass wir heute einiges korrigieren müssen, hängt mit der Zukunftsfähigkeit auch für unsere Kinder zusammen. Ich möchte versuchen, Ihnen das klar zu machen.

Wenn Sie sich ansehen - wir legen diese Zahlen ja immer wieder vor -, was wir in Sachsen-Anhalt für diesen Bereich an Geld ausgeben, dann stellen Sie fest, wir können uns im Ländervergleich sehen lassen. Es gibt nur ganz wenige Länder, die pro Kind oder pro Einwohner - das ist die redlichste Bezugszahl - für diesen Bereich mehr Geld ausgeben - zumeist sind es nur etwa 1 oder 2 € mehr - als wir in Sachsen-Anhalt. Wir geben mehr Geld aus als die Länder, von deren Steuergeldern wir letztlich im innerdeutschen Finanzausgleich noch leben. - Das muss man einfach sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich habe den Eindruck, dass selbst unsere Medien diese Zahlen kaum noch hören wollen und sich wenig damit beschäftigen. Ich werde versuchen, sie zukünftig auch mehr bei den überregionalen Medien anzubieten, weil sich deutschlandweit schon ein Interesse daran entwickelt hat, einmal zu fragen, was wir in den neuen Bundesländern mit dem Geld aus den Bundesergänzungszuweisungen, aus dem innerdeutschen Finanzausgleich usw. machen. Da leisten wir uns sehr viel für die Unterstützung der Jugend in unserem Land sowohl im Bereich der Kinderbetreuung als auch im Bildungsbereich.

Ich könnte Ihnen jetzt Zahlen nennen, aus denen hervorgeht, was wir umgerechnet auf Einwohner, Studenten oder andere ausgeben, oder Verhältniszahlen aufzeigen, die deutlich machen, was wir in Sachsen-Anhalt für den Bildungs- oder den Hochschulbereich ausgeben. Das kann sich im internationalen Vergleich, aber auch im nationalen Vergleich sehen lassen. Da müssen wir uns nicht verstecken.

Ich bin fest entschlossen, dies immer wieder zu sagen, damit wir uns über die Dimensionen klar werden, von denen wir hier reden. Ich sage aber auch: Wir müssen den Rahmen beachten, in dem wir diese Politik machen. Dazu gehört auch, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse - das heißt, die Steuereinnahmen - zurzeit außergewöhnlich mager sind.

Das vergangene Jahr war seit über zehn Jahren zum ersten Mal wieder ein Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsentwicklung, mit einem so genannten Wirtschaftswachstum von bundesweit minus 0,1 %. Die Regionalisierungszahlen haben wir noch nicht. Die werden

wir wahrscheinlich erst Mitte Februar erhalten. Nach allen bisherigen Vermutungen werden sie für Sachsen-Anhalt bei minus 0,2 % liegen. Das bedeutet auch rückläufige Steuereinnahmen, und man kann nur das Geld ausgeben, das wir zur Verfügung haben.

Ich sage es sehr bewusst: Ich bin jedem von Ihnen - aus welcher Fraktion auch immer - dankbar, der sich mit der Finanzsituation des Landes und deren prognostischer Entwicklung befasst und der in der Lage ist, weiter als über den Vierjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinauszudenken. Mit diesen Problemen werden wir uns - vermutlich auch in diesem Haus - beschäftigen müssen, wenn wir ernsthaft Politik machen wollen, mit der auch die nächste und die übernächste Generation noch leben können.

Ich habe nur beispielhaft einmal ausrechnen lassen, was denn notwendig wäre, wenn wir die Verschuldungssituation in Sachsen-Anhalt auf das Niveau der westlichen Bundesländer zurückführen wollten. Das ist nicht uninteressant.

Denn wenn wir die Nettokreditaufnahme auf Dauer auf null setzen wollten, um uns nicht weiter zu verschulden, dann bräuchten wir ein Wirtschaftswachstum von 3,5 % pro Jahr, das wir nicht haben und das im Moment auch nicht erkennbar ist, und bräuchten dann etwa 20 Jahre, um den gegenwärtigen Schuldenstand pro Einwohner so weit zu reduzieren, dass er dem gegenwärtigen Schuldenstand in den westlichen Flächenländern entspricht. Etwa 20 Jahre.

Das heißt, das, was wir jetzt entscheiden und machen, werden diejenigen ausbaden müssen, die jetzt geboren werden. So bitte ich einfach diese Probleme einzuordnen und zu denken. Das ist verantwortungsbewusste Politik für die junge Generation in unserem Land.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deswegen sage ich Ihnen immer wieder: Nur wer in solchen langfristigen Konzeptionen denkt, macht verantwortungsbewusste Politik, und dann können wir es uns nicht leisten, unsere Wünsche heute einfach zulasten einer weiteren Verschuldung zu erfüllen und zu sagen, die nächste oder übernächste Generation soll es ausbaden. Das ist eine Politik, die ich nicht bereit wäre mitzumachen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Nun habe ich mir die fast süffisante Logik in der Begründung durchgelesen: Wir wären durchaus in der Lage, 50 Millionen € Mindereinnahmen einfach wegzustecken. Deswegen -

(Herr Gallert, PDS: Ja, das sind doch Ihre Aussagen! - Zuruf von Herrn Kurze, CDU)

- Ich bin doch noch nicht fertig, Herr Gallerjahn.

(Heiterkeit)

Entschuldigung. Lassen Sie mich doch wenigstens mal zu Ende reden; wir sind doch hier nicht in einer Talkshow.

Weil wir - ich auch - einer Reform zugestimmt haben, die für Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 50 Millionen € Mindereinnahmen bringt, wird jetzt gesagt, es wäre doch im Grunde genommen eine Infamie, nicht in der Lage zu

sein, die 43 Millionen € Mehrausgaben für die Kinderbetreuung irgendwie zu erwirtschaften. Nur damit wir wissen, wovon wir reden: Die 43 Millionen € sind reine Landesmittel; denn wir können in diesem Bereich weder mit GA- noch mit EFRE-Mitteln noch mit sonstigen Drittmitteln etwas finanzieren. Und wenn wir diese Mittel dann nicht mehr einsetzen, um andere Mittel kozufinanzieren, ist das Haushaltsloch noch wesentlich größer. Deswegen müssen wir diese Prioritäten setzen.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

Zu den 50 Millionen € will ich Ihnen das auch noch sagen: Die bisherigen Regionalisierungsberechnungen haben ergeben - ich hoffe, dass sie nicht so falsch sind wie andere Berechnungen, die ich vom Bundesfinanzministerium schon bekommen habe -, dass wir etwa 50 Millionen € im Landeshaushalt an Mindereinnahmen haben werden und dass die Kommunen des Landes etwa 40 Millionen € Mehreinnahmen haben werden, sodass wir für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt eine Mindereinnahme - alle Ebenen zusammengenommen - von etwa 10 Millionen € haben werden.

Nun frage ich Sie - vor allen Dingen auch die Kollegen aus der Fraktion, die mir empfohlen haben, einer Lösung zuzustimmen, die 230 Millionen € Mindereinnahmen bedeutet hätte -, ob man wegen dieses Betrages ein wesentlich wichtigeres Reformpaket hätte scheitern lassen dürfen. Ich bin der Meinung, das wäre falsch gewesen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deswegen interessiert mich schon, wie mit solchen nahezu demagogischen Sätzen auch bei der Abstimmung in diesem Hause umgegangen wird. Das ist für mich das eigentlich Spannende dabei.

Wir haben diese Volksinitiative laufen lassen, obwohl wir gute Gründe gehabt hätten - ich habe das mehrfach gesagt: weil es haushaltswirksame Probleme sind -, sie nicht zuzulassen, weil ich der Meinung bin, dann hätten wir uns ewig vor den Verfassungsgerichten gestritten und es hätte - -

(Herr Bullerjahn, SPD: Das haben wir auch schon durch, Herr Professor Böhmer!)

- Das weiß ich doch. Dann hätte das zu dem Verdacht geführt, dass wir Angst vor einer Auseinandersetzung gehabt hätten. Genau das hielt ich und halte ich auch heute noch für falsch. Wir müssen diese Auseinandersetzung bei uns in Sachsen-Anhalt führen. Wir müssen eine breite Meinungsbildung darüber organisieren, was für die Entwicklung des Landes wichtig ist und was wir uns gegenwärtig nicht leisten können, um Wichtigeres nicht zu verspielen, nämlich die Chancen für die weitere Entwicklung des Landes.

Diese Diskussion will ich und deswegen kommt mir ein solcher Antrag richtig zu Recht. Ich hoffe nur, dass er dazu führt, dass wir in der Lage bleiben, uns sachlich mit der Situation, in der wir Politik machen müssen, auseinander zu setzen und dann gemeinsam mit Mehrheiten die notwendigen Sachentscheidungen treffen.

Wir müssen nicht darüber belehrt werden, dass Investitionen in die Entwicklung unserer Kinder, Investitionen in Bildung und Hochschulpolitik Zukunftsinvestitionen sind. Aber wir wissen, dass dies ein Bereich ist, der von den Steuergeldern aus der Wirtschaft lebt und dass wir zeitgleich dazu die Wirtschaft unseres Landes entwickeln

müssen, mit dem nicht aus dem Auge zu verlierenden Ziel, die eigenen Steuereinnahmen wenigstens in dem Maße zu erhöhen, in dem die Hilfen von außen weniger werden. Wir wissen, dass sie weniger werden. Die Solidarpaktverhältnisse sind bis zum Jahr 2019 konstruiert. Ich bin dankbar, wenn sich jemand darüber Gedanken macht, wie die Finanzsituation des Landes dann aussehen wird: 2010, 2015, 2020.

Das sind die Parameter, von denen aus solche Probleme entschieden werden müssen. Ich sage in aller Offenheit: Wer versucht, die Probleme mit demagogischen Phrasen zu kaschieren, und die Wahrheit nicht zur Kenntnis nimmt, schadet unserem Land mehr, als er nützt.

Wir wollen eine realistische Politik machen, eine Politik auf solidem Fundament. Dazu gehört auch eine solide Verteilung der Finanzmassen, die wir zur Verfügung haben, und eine Zurkenntnisnahme der Möglichkeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Ministerpräsident. Würden Sie noch eine Nachfrage von Herrn Bischoff beantworten? - Herr Bischoff, bitte sehr.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Ministerpräsident, Sie haben es sehr sachlich gemacht. Deswegen will ich auch nicht sagen, was es zu unserer Zeit ausgemacht hat, als das Volksbegehren damals lief.

Ich habe einfach die Frage: Wie stehen Sie dazu, dass der Sozialminister in dieser sachlichen Debatte angibt: Ihr habt 10 Millionen € Wo nehmen Sie das her? Oder wenn Herr Scharf - er ist gleich dran - sagt, wir überlegen die Zahlung eines Landeserziehungsgeldes. Wenn man nachrechnet, könnte es noch einmal die Größenordnung von 15 Millionen € haben. Ist das tatsächlich sachlich? Weil es so klingt wie die Aufforderung: Wünsch dir was!

Wie soll denn eine Opposition darauf reagieren? Dann ist ja alles freigegeben. Wir können ständig fordern und sagen: Wenn das schon die Regierungsfraktionen machen, dann frei heraus, fordert doch, was ihr wollt. Dazu hätte ich gern eine Antwort von Ihnen.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Verehrter Herr Bischoff, ich bin jedem dankbar, der sich Gedanken darüber macht, wie es in Sachsen-Anhalt weitergeht. Aber ich wäre noch mehr dankbar, wenn jemand, der Geld ausgeben will, sich erst erkundigt, ob er es zur Verfügung hat. Das ist so.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank - Herr Bullerjahn, SPD: Das ist bei jedem so!)

Ich sage Ihnen genauso deutlich: Wir waren acht Jahre lang Opposition. Deswegen habe ich so richtiges Verständnis dafür, worüber Sie sich freuen können.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank - Frau Fischer, Merseburg, CDU, und Herr Bullerjahn, SPD, lachen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Wir treten jetzt in eine Fünfminutendebatte ein. Doch zuvor habe ich die Freude, Schülerinnen und Schüler der Francke-Sekundarschule aus Halle bei uns begrüßen zu können. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Als erstem Debattenredner erteile ich für die CDU dem Abgeordneten Herrn Scharf das Wort. Bitte sehr.

Herr Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon eine spannende Frage zu überlegen, wie wir die Mittel richtig bündeln, an die richtigen Stellen geben, richtig ausgeben, die die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt und damit - weil die Situation in den Bundesländern vergleichbar ist - die Zukunft Deutschlands sichern.

Da macht es wenig Sinn, über einen Investitionsbegriff zu philosophieren. Das haben wir schon verschiedentlich an diesem Podium hier versucht. Es macht aber auch wenig Sinn, eine in Teilen vorgezogene Steuerreform gegen Kinderbetreuungskosten im Lande Sachsen-Anhalt auszuspielen.

Den Argumenten des Herrn Ministerpräsidenten will ich nur noch eines hinzufügen: Wenn wir die Mittel für die Kinderbetreuungskosten in unserem Landeshaushalt dauerhaft und nachhaltig erhöhen würden, wäre dies ein Effekt, den wir Jahr für Jahr in den Haushaltsberatungen berücksichtigen müssten. Das Vorziehen der Steuerreform in Teilen um ein Jahr ist ein einmaliger Effekt, weil wir nach den Plänen der Bundesregierung genau diese Lasten ab dem Jahr 2005 sowieso hätten. Wir reden hier also einmal über ein Jahr und einmal reden wir über eine Dauerbelastung.

Insofern ist dieser Vergleich auch schon logisch in sich nicht schlüssig. Dass er dieses auch nicht sein soll, sondern Sie damit eine populistische Diskussion anfachen wollten, das darf ich Ihnen unterstellen, ohne Ihnen Unrecht zu tun.

Aber die Diskussion hat ja einen ernsten Hintergrund. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir Familienförderung in Sachsen-Anhalt - die Hauptbedingungen dafür werden aber in Deutschland gelegt - nachhaltig und besser definieren, als wir es in der Vergangenheit gemacht haben.

Die CDU-Landtagsfraktion wird darüber beraten. Wir werden auch während unserer Klausur in Helfta im Februar eine ernsthafte Beratung über dieses Thema durchführen.

Es ist so, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die meisten jungen Menschen sich eine Ehe und eine Familie mit mehreren Kindern wünschen. Sie starten mit diesem Wunsch in das Leben. Es ist eben nicht so, dass sie das alles nicht wollen.

Wir als Politiker müssen uns ernsthaft fragen, warum so viele Ehen scheitern und warum so viele junge Familien, die mehrere Kinder haben wollten, schon nach einem Kind aufgeben und sagen: Das ist eine große Last und wir trauen uns nicht zu, eine noch größere Last zu tragen. Solange diese Frage, die wir nicht einfach wegschieben können, in vielen Familien ansteht, stimmt etwas mit der Politik in ganz Deutschland nicht.

Meine Damen und Herren! Darüber müssen wir uns unterhalten. Diese Frage können wir nicht wegschieben. Einfache Antworten wird es wegen dieser komplexen Zusammenhänge nicht geben. Wir werden stärker als bisher an diesem Thema arbeiten müssen.

Eingebettet sind dabei folgende Fragen: Was können wir gegen die Abwanderung insbesondere junger Menschen machen? Wie können wir junge Menschen ermutigen, Familien zu gründen? Wie können wir der drohenden Überalterung unserer Gesellschaft entgegenwirken?

(Herr Gallert, PDS: Das können wir uns nicht leisten! Das hat Professor Böhmer gerade gesagt!)

- Wir können uns das leisten. Herr Professor Böhmer weiß ganz genau, dass wir uns das leisten können. Aber es kommt darauf an, die richtigen Mittel und Methoden zu wählen und nicht einfach Geld auszuschütten; denn mit Geld allein wird man das Problem nicht lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Wir haben mit der Änderung des Kinderförderungsgesetzes durchaus einen guten Weg beschritten. Wir fördern damit die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt, um jungen Familien zu helfen.

Wir setzen als CDU aber weiterhin auf die Wahlfreiheit. Es kann nicht sein, dass der Staat die Hauptverantwortung für die Kindererziehung an sich zieht, wie es immer einmal wieder von der PDS kolportiert wird. Das ist nicht unsere Idee.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir werden auch alles dafür tun, dass wir in Sachsen-Anhalt weiterhin ein bedarfsgerechtes Kindertagesstättengesetz auf hohem Niveau - man kann sogar sagen, auf höchstem Niveau in Deutschland - vorgeben werden.

Im Hinblick auf die Diskussion, die Sie immer wieder anfachen und die in verschiedenen Leserbriefen in den Zeitungen verfolgt werden kann, dass die Kinder, die einen Halbtagsplatz haben, in der Gesellschaft angeblich benachteiligt seien, kann ich Ihnen nur eines entgegenhalten: Ich erinnere mich noch genau daran, dass zu DDR-Zeiten die Mittagskinder beneidet wurden. Es ist doch nicht so, dass die Kinder dadurch bestraft werden, dass sie Mittags aus dem Kindergarten nach Hause zurückgehen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allerdings haben wir die Pflicht - dieser Pflicht haben wir auch Genüge getan -, den Kindern, deren Eltern beide arbeiten, Ganztagsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies tun wir auch.

Da jetzt die rote Lampe leuchtet, komme ich leider nicht dazu, Ihnen zu erläutern, welche Ideen wir für eine nachhaltige Verbesserung der Kindererziehung in Sachsen-Anhalt haben.

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

Vielleicht kann ich Ihnen das einmal nach unserer Klausur in Helfta darstellen. Es wird kein Bauchladen sein nach dem Motto „Wünsch dir was“. Auch wenn der Sozialminister über bestimmte Möglichkeiten nachdenkt oder ich zum Beispiel ein Landeserziehungsgeld in die Diskussion gebracht habe, so sind das noch keine abschließenden Forderungen. Ich habe aber damit einen

Stein ins Wasser geworfen. Ich habe damit angeregt, dass wir ehrlich über die Kosten für Kinder in Deutschland sprechen müssen.

Wir als CDU-Fraktion sind bereit, auch im Land Sachsen-Anhalt neue Ansätze zu sehen. Nicht alles kostet Geld. Beispielsweise wollen wir die Betriebe durch das Programm „Audit für Familie und Beruf“ dazu ermutigen, nachzuweisen, was sie tatsächlich vor Ort tun, um die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit besser zu ermöglichen. Das ist ganz wichtig.

Wenn wir familienbildende und familienerziehende Maßnahmen im Haushalt unterstützen, kostet das relativ wenig Geld und kann viel Positives bewirken, insbesondere für Familien, die Schwierigkeiten mit der Kindererziehung haben oder die Probleme haben, ihre Ehe auch in Krisensituationen durchzuhalten.

Abschließend möchte ich noch einen Satz sagen. Es wird nicht alles mit Steuern finanziert werden können. Nach meiner festen persönlichen Auffassung wird es so sein, dass diejenigen, die keine Kinder erziehen, stärker als bisher in unserer Gesellschaft zugunsten derjenigen, die Kinder erziehen, herangezogen werden müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ideen, die diesbezüglich in Deutschland entstehen - ich will das ganz bewusst sagen -, die auch unsere Freunde von der CSU entwickelt haben, stoßen bei mir auf viel Sympathie. Wir werden nicht alles über Steuern finanzieren können. Wir werden die Kosten für Kinder stärker innerhalb der Gesellschaft umlegen müssen. Wer dafür Mitstreiter benötigt, der hat mich an seiner Seite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scharf, möchte Sie noch eine Frage der Abgeordneten Frau Bull beantworten?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte sehr.

Frau Bull (PDS):

Herr Kollege Scharf, ich bin gern bereit, Ihnen noch etwas Redezeit zu gönnen, da wir an Ihren Zukunftsinvestitionen sehr interessiert sind.

Der Ministerpräsident hat sich lediglich zur Kostenfrage der Idee eines Landeserziehungsgeldes geäußert. Ich bin daran interessiert zu erfahren, welche Motivation und welches Konzept dahinter steht; denn ein Landeserziehungsgeld an sich hat unglaublich viele und auch sehr unterschiedliche Facetten.

Herr Scharf (CDU):

Die Idee des Landeserziehungsgeldes findet sich in der CDU-Programmatik eingebettet in die Idee des Familiengehalts. Dies haben wir seit Jahren öffentlich propagiert. Sie ist nicht umgesetzt worden. Sie ist aber in unserer Programmatik vorhanden. Ein Familiengehalt muss aber auf der Bundesebene umgesetzt werden.

Man darf aber nicht der Illusion verfallen, dass die wichtigsten Steuerungsmaßnahmen bundespolitischer Natur sind und wir im Land Sachsen-Anhalt nur begleiten und das eine oder andere korrigierend steuern können.

(Herr Gallert, PDS: Das wäre aber ein Bundeserziehungsgeld!)

- Das wäre ein Bundeserziehungsgeld, das wir derzeit nicht haben. Andere Länder haben ersatzweise ein Landeserziehungsgeld eingeführt, zum Beispiel das Land Thüringen. Das muss man sich genau ansehen. Es gibt Vor- und Nachteile, es gibt Mitnahmeeffekte und - der Ministerpräsident sagte es ganz deutlich - es kostet alles richtig viel Geld.

(Frau Dr. Weiher, PDS: Die Kinder gehen in diesen Ländern in der Regel nicht in den Kindergarten!)

- Über diese Frage muss auch diskutiert werden.

(Zuruf von Frau Bull, PDS)

- Ich habe gesagt, es geht nicht darum, einen Bauchladen vor sich herzutragen, und nach dem Motto „Wünsch dir was“ kann sich jeder etwas aussuchen. Es sind Entscheidungen zu fällen, wenn wir diese neuen Ideen mit in die Diskussion bringen.

(Zurufe von der PDS)

Ich möchte eines deutlich sagen, damit in der Öffentlichkeit keine Verwirrung entsteht: Die Entscheidungen sind noch nicht gefallen. Ich möchte an dieser Stelle in die Richtung von Herrn Gallert und Herrn Bullerjahn auch noch sagen: Wir werden uns in wenigen Wochen in diesem Gremium über den Haushaltabschluss 2003 unterhalten. Dabei werden uns noch die Tränen kommen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ihnen vor allem, Herr Scharf!)

- Wenn Sie ehrlich sind, Ihnen auch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir werden uns angesichts dieser finanzpolitischen Rahmenbedingungen, denen wir uns nicht entziehen können, ernsthaft überlegen müssen, wie wir trotz dieser Enge die Impulse setzen können, die unser Land braucht. Das machen wir in der Gesamtverantwortung.

(Herr Gallert, PDS: Wir auch!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scharf, es gibt noch Nachfragen von Frau Bull und von Herrn Bischoff. - Bitte sehr, Frau Bull.

Frau Bull (PDS):

Vielleicht habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt. Ich hätte gern Folgendes gewusst: Möchten Sie mit einem Landeserziehungsgeld befördern, dass Bildung und Erziehung besser bei Mutti und Vati zu Hause stattfindet oder möchten Sie mit einem Landeserziehungsgeld die Familien in ihrer materiellen Situation entlasten?

Herr Scharf (CDU):

Frau Bull, das ist doch Ihre olle Kamelle.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Frau Bull, PDS: Sie brauchen einfach nur zu antworten!)

Wenn Sie jetzt noch etwas polemischer gewesen wären, was Sie vielleicht morgens um halb zehn noch nicht wollen, hätten Sie gefragt: Steht die CDU weiter für die drei K - Kinder, Kirche, Küche.

(Zuruf von Frau Bull, PDS)

Damit hätten Sie alle alten Schemata im Landtag wieder ausgebreitet.

So können wir uns doch nicht unterhalten. Wir müssen überlegen, wie die familienfördernden Maßnahmen wirklich zielgenau und finanziell effektiv gestaltet werden können. Dazu sind wir verpflichtet; denn wir haben nicht das Geld, um es zum Fenster hinauszuschmeißen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Bischoff.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Scharf, es ist gut, dass Sie sich auf Ihrer Klausurtagung diesem Thema widmen wollen. Das tun sehr viele. Das Thema Familie war im letzten halben Jahr überall präsent.

In der ersten Wahlperiode, als Sie die Regierung stellten, wurde auch darüber diskutiert, ein Landeserziehungsgeld einzuführen. Sie haben es damals zugunsten der Kinderbetreuung nicht gemacht. Sie haben es ziemlich genau durchgerechnet. Andere Länder wie Sachsen hatten damals schon ein Landeserziehungsgeld eingeführt.

Sie haben vorhin gesagt, dass Familien, die sich für Kinder entscheiden, in der Regel auch mehrere Kinder haben wollen. Mir ist aber nicht bekannt, weder aus Thüringen noch aus Sachsen, dass dort innerhalb der letzten zehn Jahre wesentlich mehr Kinder geboren wurden als in Sachsen-Anhalt. Dieser Effekt - das müsste man durchaus merken - scheint nicht eingetreten zu sein. Das ist ein Grund, weshalb ich sage: In der ersten Wahlperiode, in der noch mehr Geld vorhanden war, hat man es nicht gemacht, aber jetzt kommt man mit dieser Idee.

Die Frage ist für mich eher, ob man wieder eine Kinderkasse einrichtet - das haben wir auch schon einmal gefordert - oder ob man andere Instrumente findet, um die Familien zu entlasten. Hierfür gibt es mehrere Möglichkeiten. Ich könnte mir vorstellen, dass man beispielsweise die Mehrwertsteuer für Kinderartikel senkt usw. Davon würden alle profitieren. Solche Überlegungen halte ich für angebracht.

Aber ein Landeserziehungsgeld einzuführen hat wirklich den Geruch, dass die Frauen auf Kosten der öffentlichen Kinderbetreuung dazu verführt werden sollen, zu Hause zu bleiben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Herr Scharf (CDU):

Kollege Bischoff, Ihr Hinweis ist ein sehr schönes Beispiel dafür, wie komplex Familienpolitik ist. Es ist offensichtlich nicht so, dass es eine Schraube gibt, an der man stellen kann, und dann hat man einen gewünschten Effekt. Um es anders zu sagen: Man kann Kinder nicht

kaufen. Dafür sind die Regelkreise viel zu komplex. Deshalb dürfen wir auch nicht annehmen, dass wir allein mit materiellen Bedingungen - jetzt sage ich einmal das unschöne Wort - das Reproduktionsverhalten in Deutschland wesentlich verändern können. Das glaube ich nicht.

Übrigens war das nach meiner Kenntnis zu DDR-Zeiten auch nicht so. Die familienpolitischen Maßnahmen haben nach meiner Kenntnis im Wesentlichen dazu geführt, dass die Eltern überlegt haben, wann sie ihren Kinderwunsch realisieren. Aber wenn Sie sich einmal die Statistik anschauen und sehen, wie viele Kinder geboren worden sind, während die Frauen meinetwegen zwischen 18 und 40 Jahren alt waren, so werden Sie feststellen, dass das durch die familienpolitischen Maßnahmen nicht wesentlich beeinflusst worden ist.

(Herr Gallert, PDS: Ah! - Weitere Zurufe von der PDS)

- Nein, nein. Die Eltern haben nur überlegt, wann der günstigste Zeitpunkt für die Realisierung ihrer Kinderwünsche ist.

(Unruhe bei der PDS - Herr Bullerjahn, SPD: Das ist falsch! - Weitere Zurufe)

Auch wenn wir uns darüber streiten, will ich eines festhalten: Es gibt keine monokausalen Steuerungsmechanismen für Familienpolitik.

(Zustimmung bei der CDU)

Das müssen wir ganz einfach wissen. Deshalb ist auch der einfache Hinweis darauf, dass ein Landeserziehungsgeld in Sachsen und in Thüringen keine spürbaren statistischen Effekte hervorgerufen hat, für mich überhaupt nicht erstaunlich.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Wybrands, Sie möchten intervenieren?

(Frau Wybrands, CDU: Eine Frage!)

Herr Scharf (CDU):

Gut. Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Dann stellen Sie diese.

Frau Wybrands (CDU):

Herr Scharf, würden Sie mir dahin gehend Recht geben, dass dem Landeserziehungsgeld der Gedanke zugrunde liegt, dass die Eltern die Wahlfreiheit haben? Sie können sich entscheiden, entweder ihr Kind zu Hause zu erziehen oder ihr Kind in eine Kindereinrichtung zu geben. Das ist letztlich der Grund für die Einführung eines Landeserziehungsgeldes.

Herr Scharf (CDU):

Das Stichwort Wahlfreiheit ist ganz wichtig.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Es steht aber auch die Idee dahinter, dass Familienarbeit stärker als bisher gesellschaftlich anerkannt werden muss. Das ist richtige harte Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich persönlich bin der festen Auffassung, das muss durch die Gesellschaft auch finanziell stärker als bisher honoriert werden.

(Unruhe bei der SPD)

Da wir nicht einfach in die Steuerkasse greifen können, habe ich gesagt, das muss zur Not zulasten derjenigen passieren, die keine Kinder erziehen. Das wird für die Betroffenen hart werden. Aber ich bin bereit, diesen Weg zu gehen, wenn ich Mitstreiter finde.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Scharf. - Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Grimm-Benne sprechen. Bitte sehr.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Wenn wir die Ausführungen des Ministerpräsidenten richtig verstanden haben - das haben wir heute Morgen ausgeschlafen getan -, dann war der Beitrag des Ministerpräsidenten eine schallende Ohrfeige für seinen Sozialminister Kley.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gallert, PDS: Das ist wohl wahr! - Herr Bullerjahn, SPD: Zu Recht!)

Aber, Herr Ministerpräsident, eines verstehe ich nicht. Wenn Sie auf der einen Seite Frau von Angern dafür dankbar sind, dass sie diese Debatte mit ihrem Beitrag angeregt hat, dann verstehe ich auf der anderen Seite nicht, warum Sie sie wie ein naives junges Mädchen behandeln und versuchen,

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

ihre Zukunftsinvestitionen, die sie vorschlägt, kleinzureden.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zuruf von der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren! „Kinder sind unsere Zukunft“. Dieser Slogan findet sich in der Familienoffensive der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Bundestagswahlkampf von vor zwei Jahren. Familienoffensive - was für ein Wort. So etwas kann einem wohl nur im Wahlkampf einfallen, so ähnlich wie: „Wir werden das Kind schon schaukeln.“

Ja, Kinder sind wirklich unsere Zukunft. Ich bin schon etwas darüber verwundert, dass Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, das offensichtlich nicht anders sehen, aber doch anders sehen als wir als Oppositionsfraktionen. Sind Kinder und Familie nur dann wichtig, wenn es um Wählerstimmen geht, und sonst nicht? - Auf den Gedanken kann man schon kommen, wenn man sich die letzten Verlautbarungen des Sozialministers ansieht.

Ich möchte Ihnen diesbezüglich noch einmal Nachhilfeunterricht erteilen, Herr Minister. Sie haben kürzlich in der Presse geäußert, dass Sie in Ihrem Haus Modelle prüfen lassen, mit denen im letzten Jahr vor der Schule täglich fünf Stunden Betreuung kostenlos angeboten werden sollen. Das heißt, das Land müsste die Elternbeiträge für rund 17 000 Kinder übernehmen. Die Kosten dafür würden sich auf etwa 10,8 Millionen € belaufen.

Sehr geehrter Herr Minister Kley, ich möchte schon ganz gern wissen, was Sie denn gemeint haben, als Sie bei

der Beschlussfassung über das KiFöG in der Landtagsitzung am 7. Februar 2003 - es ist noch nicht einmal ein Jahr her - gesagt haben: Es ist gelungen, eine Lösung in der Schere zwischen den vorhandenen Finanzen und dem guten Willen aller, etwas für unsere Kinder zu tun, zu finden. Später erklärten Sie dann: Im Ergebnis meine ich daher, dass das Gesetz in der vorliegenden Fassung den aktuellen inhaltlichen und finanzpolitischen Handlungserfordernissen in einer angemessenen und zukunftsfähigen Weise Rechnung trägt.

Was sind denn dann Ihre finanzpolitischen Haushaltserfordernisse? Eine Schere zwischen den vorhandenen Finanzen und dem Willen, etwas für Kinder zu tun, hat es wohl nie gegeben; denn jetzt sind plötzlich 11 Millionen € da. Wo sollen die denn herkommen? - Der Finanzminister erklärt uns ständig, wie dramatisch die finanzielle Lage ist. Der Ministerpräsident hat uns noch einmal ganz eindringlich gesagt, wie die Haushaltsslage in diesem Land ist. Dann ist das, was Sie gemacht haben, ein völlig unseriöser Vorschlag und meiner Meinung nach Öffentlichkeitshascherei.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Minister Kley, wenn in Ihrem Haushalt wirklich 11 Millionen € übrig sind, dann sollten Sie den Anspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder und deren Eltern wiederherstellen

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der PDS)

und nicht irgendwelche unausgegorenen Konzepte verkünden.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich garantiere Ihnen: Für ein solches Vorhaben haben Sie die Unterstützung der gesamten SPD-Fraktion.

Mir scheint, sehr geehrter Herr Kley, Sie wollen gar nichts für Kinder und ihre Eltern tun.

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

Sie wollen genauso wie diese Landesregierung insgesamt dem Volksbegehr für ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt Knüppel zwischen die Beine werfen, so gut es geht. Den Organisatoren des Bündnisses fehlen nur noch wenige Tausend Stimmen. Da sind bei Ihnen im Ministerium offensichtlich die Warnlampen angegangen.

(Unruhe bei der CDU)

In beginnender Panik greifen Sie nach dem erstbesten Strohhalm, ohne die finanzpolitischen Voraussetzungen zu bedenken.

Wegen der gleichen Sorge, nämlich dass das Bürgerbegehr erfolgreich sein könnte, hat der Ministerpräsident offensichtlich seine Breitseite abgefeuert. Auch wenn Sie sich heute weltmännisch geben, Sie haben die Initiatoren und Unterstützer des Bürgerbegehrens als „Gruppenegoisten“ bezeichnet. Diesbezüglich kann ich nur fragen: Was haben Sie für ein Verständnis von Demokratie, Herr Ministerpräsident?

(Zustimmung bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Wenn sich Betroffene zusammentun und ihre Meinung äußern und ihre Interessen verfolgen, ist das dann Gruppenegoismus? Oder sind die Bedürfnisse unserer Kinder vielleicht sogar Peanuts?

Da Sie diese Dinge während der Debatte heute nicht genannt haben und auch Herr Scharf noch einmal ge-

sagt hat, dass wir eine Debatte darüber während der Haushaltsberatungen brauchen, gerade auch hinsichtlich der Zukunftsinvestition für unsere Kinder, möchte ich darum bitten, dass der Antrag der PDS-Fraktion in den Ausschuss für Gleichstellung überwiesen wird. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Würden Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Kosmehl beantworten?

Frau Grimm-Benne (SPD):

Gern.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte sehr.

Herr Kosmehl (FDP):

Sehr geehrte Frau Kollegin Grimm-Benne, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage: Vielleicht können Sie auch eine Einschätzung hinsichtlich des Ausspruchs des Generalsekretärs der SPD Olaf Scholz geben, der von der „Rückeroberung der Lufthoheit über Kinderbetten“ gesprochen hat. Wie setzen Sie das in den Zusammenhang?

Die zweite Frage: Ich würde gern erfahren, ob Sie in Ihrem Redebeitrag für sich persönlich oder für die gesamte SPD-Fraktion gesprochen haben, weil Sie sagten, dass Sie das Kinderbegehrungen unterstützen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Zuruf von der SPD: Kinderbegehrungen!)

Frau Grimm-Benne (SPD):

Ich glaube, Herr Kosmehl, um mit der zweiten Frage zu beginnen, die gesamte SPD-Fraktion wird das Kinderbegehrungen auf jeden Fall unterstützen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei allen Fraktionen - Frau Feußner, CDU: Ihr habt mit zugestimmt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich sage einmal: Es scheint Ihnen, weil Sie unbedingt Klatschen mussten, gar nicht aufgefallen zu sein, was Herr Kosmehl gesagt hat.

(Frau Budde, SPD, lacht - Zuruf von Frau Bull, PDS)

Er hatte weder von einem Volksbegehrungen noch von einem Bürgerbegehrungen gesprochen, sondern er hat von einem Kinderbegehrungen gesprochen. - Wir brauchen Kinder in diesem Land. Deswegen wird die SPD-Fraktion diesem vollkommen zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Ich meine, ich darf mich noch auf meinen Platz in der SPD-Fraktion setzen, Herr Kosmehl. Ich bin auch da, um diesen Redebeitrag zu halten. Deshalb habe ich auch die Unterstützung meiner Fraktion.

(Zustimmung bei der SPD)

Mit Ihrer ersten Frage, Herr Kosmehl, kann ich überhaupt nichts anfangen. Ich weiß auch nicht, was das mit dem Debattenbeitrag zu tun hat.

(Zuruf von und Lachen bei der CDU)

Ich habe von Lufthoheiten gesprochen? - Ich kann mich nicht erinnern.

(Herr Kurze, CDU: Mensch, Ihr Generalsekretär hat davon gesprochen!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Grimm-Benne. - Für die FDP-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Lukowitz sprechen. Bitte sehr.

Herr Lukowitz (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Frau von Angern, Sie haben in einem netten Versprecher Frau Pieper zur Vorsitzenden der PDS gemacht.

(Heiterkeit)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Vielleicht leihen Sie sich Frau Pieper einmal aus, dann wird vielleicht neuer Wind auch in Ihre Partei kommen.

(Heiterkeit und Beifall - Herr Gallert, PDS: Das könnte Ihnen so passen! - Herr Bullerjahn, SPD: So einfach werden Sie Frau Pieper nicht los, Herr Lukowitz - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich werde Ihnen die Minuten dazugeben.

Herr Lukowitz (FDP):

Ich nehme eine sehr gespannte Stimmungslage zu diesem Thema entgegen.

(Heiterkeit)

Aber ich habe mit Frau Pieper noch nicht Rücksprache gehalten, also keine Angst.

(Heiterkeit - Zuruf von Frau von Angern, PDS)

Meine Damen und Herren! Etwas ernster! Kollege Gallert hat mir in der letzten Plenarsitzung vorgehalten, ich könne nicht zählen, könne nicht rechnen. Das hat mich schon sehr beeindruckt und ich habe darüber nachgedacht. Es ist auch für einen Politiker nicht gut, wenn er nicht zählen und nicht rechnen kann - und das, obwohl ich - das muss ich dazu sagen - eine Kinderkrippe, einen Kindergarten und auch eine Schule mit Hort besucht habe.

Aber noch viel weniger gut für die Politik ist es, meine Damen und Herren, wenn man sehr ernsthafte und wichtige gesellschaftspolitische Themen und Herausforderungen gerade im sozialen Bereich parteipolitisch ideologisiert und instrumentalisiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Genau das macht der Antrag der PDS.

Meine Damen und Herren! Ich bin jedenfalls froh und sehr dankbar, dass sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit überzeugender Mehrheit für das neue Kinderförderungsgesetz ausgesprochen hat, auch wenn Frau Grimm-Benne das jetzt etwas relativiert hat, was

ich überhaupt nicht verstehe. Das ist eine klare Frage in Richtung der SPD-Fraktion.

Wir haben in Sachsen-Anhalt eine einzigartige Kinderbetreuung, auch mit diesem neuen Kinderförderungsgesetz. Darauf lege ich besonderen Wert und das möchte ich auch für die anwesenden Medien noch einmal verdeutlichen. Das Land investiert jährlich rund 130 Millionen € in die Kinderbetreuung. Das ist nicht gerade die Portokasse, meine Damen und Herren.

Bei den Kosten für die Kinderbetreuung pro Einwohner nimmt Sachsen-Anhalt den dritten Platz ein und bezogen auf den einwohnergewichteten Gesamthaushalt den vierten Rang bundesweit - und das trotz der Tatsache, dass wir pro Einwohner das am höchsten verschuldete Bundesland sind. In welchem Spannungsgefüge wir uns befinden, hat der Ministerpräsident vorhin noch einmal sehr deutlich dargestellt.

46 % der Kinder im Krippenalter besuchen eine Kindertagesstätte - 46 % -, im Westen sind es ca. 4 %. 90 % besuchen den Kindergarten, in Westdeutschland sind es 75 %. 25 % besuchen einen Hort, in Westdeutschland lediglich 3 %, meine Damen und Herren.

Der Ministerpräsident hat sich bei der Eröffnung des Landesverwaltungsamtes mit dem Begriff „Benchmark“ beschäftigt und hat gesagt, bei der Landesverwaltung seien die Benchmarks irgendwo in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, glaube ich mich zu erinnern. Hierzu muss man sagen: Wir bestimmen, was die Kinderbetreuung anbetrifft, in dieser Bundesrepublik die Benchmarks mit, meine Damen und Herren. Darauf müssen wir stolz sein und können das nicht ständig in die Kritik bringen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Das gibt mir auch Gelegenheit, noch einmal auf Frau Pieper umzuschwenken, weil das vorhin allgemeine Zustimmung gefunden hat.

(Frau Bull, PDS: Da haben Sie sich getäuscht!)

Ich finde es auch nicht in Ordnung, Frau von Angern, dass Sie die Dinge nur halbwahr der Öffentlichkeit vorstellen. Frau Pieper hat ein 14-Punkte-Programm aufgestellt, und zwar nicht als Vorsitzende des Landesverbandes der FDP, sondern als Generalsekretärin der FDP. Sie hat darin genau die großen Differenzen angesprochen, die in der Kinderbetreuung zwischen West und Ost bestehen.

Ich kann Ihnen auch genau sagen, was Frau Pieper zu diesem Punkt exakt gesagt hat. Sie fordert nämlich, die Kostenbefreiung bei der Kinderbetreuung für Kinder ab drei Jahren bis zur Vorschule in der Höhe eines Halbtagsplatzes mittelfristig anzustreben.

Sie haben auch nicht gesagt, dass von den anderen 14 Punkten eine ganze Reihe von Punkten im Land Sachsen-Anhalt schon verwirklicht worden ist. Auch das will ich der Wahrheit wegen noch einmal deutlich gesagt haben.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es geht weiter: Wir sind das einzige Land, das für alle Kinder - durchgängig für alle Altersstufen - einen Rechtsanspruch auf gesellschaftlich organisierte Betreuung garantiert. Auch in Bundesländern, in denen die PDS mitregiert - das möchte ich dazu

sagen - ist man sehr weit vom sachsen-anhaltinischen Standard entfernt.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das ist falsch!)

- Das ist nicht falsch. Dazu können Sie nachher noch fragen. - So plant zum Beispiel die PDS-Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern auch im neuen Kinderförderungsgesetz - man bemerke hier auch die Gleichheit der Wortwahl -

(Herr Dr. Eckert, PDS: Eine Aufstockung!)

keinen Rechtsanspruch ab null Jahren, Herr Gallert. Das muss man auch deutlich sagen.

(Herr Gallert, PDS: Aber jetzt ab zwei Jahren und vorher gab es ihn nur ab drei Jahren! Da geht es nach vorn und bei uns geht es nach hinten! Das ist der Unterschied! - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

- Ja, dann lassen wir doch die Mecklenburger noch eine Weile nach vorn laufen, bis sie uns mal erreicht haben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Präsidentin, ich komme zum Abschluss. - Ich sage es noch einmal bewusst mit sehr starken Worten: Die frühkindliche Bildung und Betreuung gehört im Katalog der bundesweiten Standortdebatte zu den besondern Vorzügen von Sachsen-Anhalt. Das muss man klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn dann der zuständige Ressortminister über eine weitere Fortentwicklung öffentlich nachdenkt, dann sollte er im Interesse der Zukunftsinvestitionen und des Standorts Sachsen-Anhalt unsere Unterstützung bei der Prüfung seiner Vorschläge erfahren. Auch das möchte ich klar und deutlich sagen.

Mein Eindruck ist: Die PDS läuft mittlerweile in diesem Bereich der Entwicklung hinterher, weil sie offensichtlich eine rechtzeitige Beteiligung im Land Sachsen-Anhalt verspielt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb ist unser Fazit: Der Antrag ist nicht einmal gut gemeint, dafür aber schlecht gemacht. Wir werden ihn ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Lukowitz. - Die PDS-Fraktion hat die Möglichkeit zu erwidern. Bitte, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben eingangs Ihrer Ausführungen gesagt, dass Sie das Niveau halt aushalten müssten. Sich hier hinzustellen und zu sagen, das Niveau sei eigentlich unter Niveau, diese Kritik ist auch eine subtile Form der Diskriminierung des Anliegens, um das es eigentlich geht,

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

und das wirkt aus unserer Sicht schon arrogant.

Als ebenso arrogant empfinde ich Ihre Reaktion auf den Beitrag von Frau von Angern. Natürlich weiß Frau von

Angern ganz genau, dass es diesen Rechtsanspruch in Sachsen-Anhalt sehr früh gegeben hat. Sie weiß aber auch - das ist etwas, wovor sich die Politik gern drücken möchte -, dass dieser Rechtsanspruch bundesweit Druck gemacht hat, ihn überhaupt zu verankern. Es hat ihn vorher nämlich nicht gegeben. Es war nicht nur der grüne Pfeil aus dem Osten, der in den Westen gewandert ist, sondern in einem Punkt haben wir qualitativ etwas Neues geboten: einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, der auch bundesweit verankert wurde.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Bude, SPD - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Aus dieser Verbindlichkeit möchte sich mancher Politiker heute verabschieden.

Zu dem Argument „Leben von Geldern der Steuerzahler in anderen Ländern“. Nun weiß ich ein bisschen, wovon ich rede, wenn ich vom Westen spreche. Ich sage Ihnen eines: Wenn ich im Westen bin, kritisieren mich die normalen Bürger des Westens nicht dafür, dass wir Geld für Kinder und Bildung ausgeben, sondern sie kritisieren mich, weil wir Gelder unter Umständen für überdimensionierte Projekte, für Beton oder für unsichere Investoren ausgeben - das ist die Kritik - oder für uneffizientes Ausgeben dieser Gelder in der Verwaltung.

Diese Kritik nehmen wir an, das wissen wir, über diese Kritik reden wir auch und die ist berechtigt. Aber es wird nicht das Ausgeben dieser Gelder für Kinder, für Jugendliche, für Bildung, für Wissenschaft und Kultur kritisiert.

(Beifall bei der PDS)

Das Dritte, was ich gern dazu sagen möchte, betrifft die Neuverschuldung. Natürlich ist es ein Spannungsverhältnis. Das ist völlig klar. Wenn es heute um Neuverschuldung geht, dann müssen wir uns überlegen, welche Lasten aus dieser Neuverschuldung für die nächste Generation entstehen. Wir wissen auch, dass diese Verschuldung nur von der nächsten Generation getilgt werden kann.

Aber diese Tilgung kann nur durch eine Generation erfolgen, die dazu auch in der Lage ist, die sozusagen qualitativ dazu in der Lage ist, die über Bildung verfügt, die Arbeitsplätze hat. Diese Bedingungen, die müssen wir konditionieren. Deshalb müssen wir an dieser Stelle genau wissen: Wenn wir diese Priorität setzen, dann sollte dort eine Basis dafür geschaffen werden, dass die Neuverschuldung auch getilgt werden kann.

Für die Weiterentwicklung des Landes ist es eben diese nachwachsende Generation, die diese Entwicklung tragen soll. Das will die Wirtschaft, das wollen die Kinder und das wollen auch die Eltern- und die Großelternenerationen. Damit wirken wir vor allem der Abwanderung entgegen. Wir müssen also die Bedingungen setzen, unter denen eine Entwicklung aus eigener Kraft möglich wird.

Angesichts der Situation in Sachsen-Anhalt müssen wir nach unserer Auffassung an dieser Stelle deutlich mehr tun als andere Länder. Wir müssen die Generation, die uns jetzt wegzulaufen droht, hier halten, um das Land attraktiver zu machen.

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Dabei hilft uns die Aussage, wir lägen an dieser Stelle über dem Bundesdurchschnitt, überhaupt nicht. Wer be-

sonders schlecht ist, muss besonders viel tun. Das war schon immer so.

(Beifall bei der PDS)

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit geht, dann müssen wir an dieser Stelle mehr investieren. Dabei hilft uns die Nivellierung, wie sie uns immer wieder genannt wird, nicht. Dabei hilft uns nur überdurchschnittliches Engagement für Innovation und gegenüber jenen, die Sachsen-Anhalt qualitativ aus dem Unterdurchschnitt heraus und über das Mittelmaß hinaus bringen sollen.

Abschließend will ich noch sagen: Die CDU hat den letzten Wahlkampf immer unter dem Motto „Rote Laterne“ geführt.

(Herr Schröder, CDU: Die rote Laterne muss weg!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn es so, wie Sie es jetzt machen, weitergeht, dann müssen Sie aufpassen, dass nicht irgendwann der Letzte das Licht ganz ausmacht.

(Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Kurze, CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Debatte beendet. Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/1297 ein. Es ist die Überweisung an den Gleichstellungsausschuss beantragt worden. Wir werden zunächst über eine Überweisung an sich abstimmen. Wer für eine Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist eine Überweisung abgelehnt worden.

Wir werden jetzt über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die PDS-Fraktion und einige Mitglieder der SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind einige Mitglieder der SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 16.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

Antisemitismus schon im Vorfeld bekämpfen

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1304**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Dr. Fikentscher. Bitte sehr.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Antisemitismus - ein weites Feld, ein schreckliches Feld, ein gefährliches Feld. Es ist ein weites Feld, weil bereits der Begriff im Laufe der Zeit verschieden definiert und unterschiedlich weit gefasst wurde. Heute verstehen wir unter Antisemitismus nicht nur den bekennenden oder gewalttätigen Judenhass, nicht nur die Behauptung, dass Juden minderwertig und schädlich seien, sondern auch vielerlei scheinbar harmlos daherkommende Äußerungen, auf die ich noch näher eingehen werden.

Ein weites Feld ist der Antisemitismus auch hinsichtlich seiner Geschichte und Verbreitung. Seit Jahrhunderten gibt es Verfolgungen von Juden. Pogrome waren in Europa weit verbreitet. Noch immer ist der Antisemitismus in den meisten Ländern Europas zu Hause.

Ein schreckliches Feld ist der Antisemitismus, weil auf seiner Grundlage das von Deutschland ausgehende und durch Deutsche verübte größte Verbrechen in der Menschheitsgeschichte geschah - der Holocaust.

Ein gefährliches Feld ist der Antisemitismus deswegen, weil es noch immer Früchte trägt. Trotz aller Aufklärung und Bemühungen dagegen wachsen auf diesem Feld weiterhin Abneigung und Hass, antisemitisches Denken und Handeln.

Gegen all das richtet sich unser gemeinsamer Kampf, der Kampf aller Demokraten, aller politisch Verantwortlichen in Deutschland. Das ist auch der Grund dafür, dass die SPD-Fraktion einen Antrag zum Thema Antisemitismus gestellt hat. Der Anlass selbst ist nicht dramatisch, aber ernsthaft, wie ich noch darlegen werde.

Meine Damen und Herren! Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung dafür, die Erinnerung an den Holocaust und das Gedenken an die Opfer wach zu halten. Wir müssen uns immer wieder neu mit den Ursachen und den Folgen auseinander setzen, um einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz entgegenzuwirken und eine Wiederholung auszuschließen.

Zugleich ist es ein Thema, vor dem viele in unserem Lande gern die Augen verschließen, weil sie die schreckliche Vergangenheit nicht wahrhaben wollen, nicht daran erinnert werden wollen und die Debatte beenden möchten. Wer sich jedoch, so wie wir alle, den öffentlichen Fragen gegenüber verantwortlich fühlt, darf selbst nicht wegsehen, sondern ist verpflichtet, mit größter Aufmerksamkeit auch auf die leisen Ansätze antisemitischen Denkens und Sprechens zu reagieren. Er muss sich öffentlich damit auseinander setzen und darf nicht erst darauf warten, dass er durch Taten dazu gezwungen wird.

Die Debatten über den Antisemitismus werden in der Öffentlichkeit meist aufgrund besonderer Anlässe geführt. Das sind entweder herausragende antisemitische Handlungen oder Äußerungen und Verhaltensweisen öffentlicher Personen.

So war es bei unserer Aktuellen Debatte am 21. Juni 2002; sie wurde aufgelöst durch Äußerungen und Verhaltensweisen des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Jürgen Möllemann. So war es auch kürzlich, als am 11. Dezember 2003 der Deutsche Bundestag über einen Antrag aller vier Fraktionen zum Thema Antisemitismus debattierte. In diesem Fall war der CDU-Abgeordnete Hohmann der Anlass. Bei unserer heutigen Debatte ist es Wolfgang Kupke. - Aber das sind stets nur die Anlässe. Die Ursachen liegen tiefer und verlangen eine gründliche Beschäftigung damit.

Der Deutsche Bundestag ist dieser Aufgabe gerecht geworden. Er führte eine ausgiebige Debatte mit 13 Rednerinnen und Rednern und mit wechselseitigem Aufeinanderzugehen, also eine echte Auseinandersetzung. Verglichen damit wird unsere heutige Debatte bescheiden ausfallen. Sie darf deswegen jedoch nicht minder klar und entschieden sein.

Meine Damen und Herren! Zwar redet in Deutschland niemand mehr offen davon, dass die Juden vergast wer-

den müssten, doch tief eingegrabene antisemitische Vorurteile und Abneigungen haben sich in weiten Teilen der Gesellschaft erhalten. Sie wurden jahrzehntelang genährt und auch während der ersten Nachkriegsjahre in Deutschland offenbar nicht entschieden bekämpft. Jedenfalls hat erst der vor 40 Jahren begonnene Frankfurter Auschwitz-Prozess das unvergleichliche Ausmaß der nationalsozialistischen Judenvernichtung erstmals massiv in das Bewusstsein der internationalen und der deutschen Öffentlichkeit gebracht.

Nach der Aufdeckung aller Verbrechen und Gräueltaten bleibt unverrückbar bestehen, was die Philosophin Hannah Arendt damals sagte: Es handelte sich um die bisher einzige planvoll betriebene Ausrottung einer gesamten von den Verfolgern einer zu vernichtenden Rasse zugeordneten Menschengruppe. Dies ist nun einmal von Deutschland ausgegangen und von Deutschen ausgeführt worden. Alle Versuche, den Holocaust zu verallgemeinernden philosophischen oder geschichtsvergleichenden Erklärungsmustern aufzulösen und damit die besondere und einzigartige deutsche Schuld zu verdecken, finden an dieser Tatsache ihre Grenzen.

Inzwischen kennt jeder diese grauenhafte Geschichte oder könnte sie kennen. Dennoch gibt es immer wieder neue Versuche der Relativierung und Geschichtsklitterung. Auch darauf bezieht sich die in der Begründung zu unserem Antrag zitierte Einschätzung von Paul Spiegel.

In der Weihnachtsausgabe der „Jüdischen Allgemeinen“ lesen wir den Satz:

„So also ging in Deutschland das Jahr 2003 zu Ende, das Jahr, das uns einen neuen Begriff geschenkt hat, den von den Juden als Tätervolk.“

Dieses Wort ist inzwischen zum Unwort des Jahres erklärt worden.

(Zuruf von der CDU: Das hat er gar nicht so gesagt!)

Die „Süddeutsche Zeitung“ fragte schon am 6. November 2003: Wie tief ist der Abgrund des Antisemitismus in diesem Land? Zuvor hatte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa herausgefunden, dass jeder fünfte Deutsche latent antisemitisch eingestellt sei. Auch wurde eine zunehmende Toleranz gegenüber antisemitischen Äußerungen festgestellt. Mehr als 23 % sehen zuviel Einfluss von Juden in Deutschland, 18 % weisen den Juden eine Mitschuld an ihren Verfolgungen zu und fast 55 % aller unterstellen, dass Juden aus der Vergangenheit Vorteile ziehen wollen.

Hans-Jochen Vogel sprach als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt München diese Tatsache bei der Grundsteinlegung für ein jüdisches Zentrum am Jakobsplatz in München am 9. November 2003 klar an:

„Wir wissen, dass es auch in unserer Stadt noch immer antisemitische Tendenzen und Ausschreitungen gibt und zuletzt sogar Pläne für einen Anschlag gegen diesen Ort vorbereitet worden sind. Es beschämt uns, dass noch immer jüdische Einrichtungen des ständigen polizeilichen Schutzes bedürfen, und ich bin bestürzt, dass gerade dieser Tage Juden in unserem Land erneut mit unsäglichen Unterstellungen beleidigt wurden.“

Deshalb muss zu dem Gedenken ein Versprechen hinzutreten, das Versprechen nämlich, dass wir nicht wegschauen und weghören, sondern im

Sinne des ‚Nie-wieder‘, des ‚Nicht-noch-einmal‘ dem Ungeist entgegentreten, wo er sich von neuem zeigt.“

So weit Hans-Jochen Vogel bei dieser Veranstaltung.

Meine Damen und Herren! Der Antisemitismus ist auch ein heimtückisches Problem, das sich mit dem Aussterben der älteren Generationen nicht von selbst löst. Hierbei werden geradezu Erbschaften weitergereicht. Auf die Erfahrungsgenerationen folgen offensichtlich die so genannten Bekenntnisgenerationen.

Der „Tagesspiegel“ vom 8. November 2003 fragte dazu: Wie steht es um die deutsche Erinnerungskultur? Sind die Deutschen unbelehrbar? - Sie wollen offenbar aus dem Schatten von Auschwitz heraustreten und sind im Begriff, sich ihre Erinnerungen neu zusammenzustellen.

Meine Damen und Herren! In diese Gesamtsituation hinein fällt nun die Hohmann-Affäre. Martin Hohmann - Jurist, langjähriger Bürgermeister, CDU-Bundestagsabgeordneter. Ausgerechnet am Tag der Deutschen Einheit hält er die Rede, die die Affäre ausgelöst hat. Sich auf sehr unsicherem geschichtlichem Boden bewegend verwies er darauf, dass bei den Bolschewiki eine vergleichsweise große Anzahl von Juden an den Verbrechen dieser Zeit beteiligt gewesen sei und man die Juden deshalb ebenso als „Tätervolk“ bezeichnen könne, wie man es mit den Deutschen tue.

„Die Zeit“ vom 6. November 2003 führt zu dieser Rede aus: Hängen bleiben sollte bei Hohmanns Zuhörern ja nur, dass auch Juden schon Untaten begangen hätten, und zwar bereits früher als die Deutschen. Daraus schlussfolgert nun wieder Hohmann, Juden und Deutsche hätten sich gegenseitig nichts vorzuwerfen, seien gewissermaßen historisch quitt.

In voller Absicht bemühte er dabei Halbwahrheiten, um zu einer umfassenden Entsorgung der deutschen Geschichte zu gelangen. Das alles wird relativierend ausgesprochen, aber immerhin absichtsvoll in die Welt gesetzt. Diese Form des Antisemitismus sagt nicht mehr „an allem sind die Juden schuld“, sondern „die Juden sind auch nicht weniger schuld als wir“. Genau das steht im krassen Widerspruch zu dem, was mit meinem vorigen Zitat von Hannah Arendt zum Ausdruck kommt.

Die weitere Geschichte des Falls Hohmann ist bekannt. Obwohl der Saal bei seiner Rede voller Zuhörer war,

(Herr Schomburg, CDU: Auch SPD-Mitglieder!)

fand sich zunächst niemand, der die antisemitischen Äußerungen anprangerte. Erst vier Wochen später geschah das auf dem Weg über das Internet. Dann setzten die öffentliche Protestwelle und die Diskussion ein.

Genau eine Woche lang haben Angela Merkel und ihre Mitstreiter geglaubt und wohl auch gehofft, der Fall Hohmann lasse sich ohne einen klaren Schnitt durchstehen. Dann allerdings behauptete die Parteivorsitzende, man habe dem Delinquenten nur eine Woche Zeit für die Umkehr einräumen wollen; diese habe er nicht genutzt. Doch die Unionsfraktion hat dem Vernehmen nach in dieser Woche kein einziges Mal darüber diskutiert.

Nun ist Martin Hohmann seit dem 14. Dezember 2003 nicht mehr Mitglied der CDU/CSU-Fraktion. Bei der entscheidenden Abstimmung stimmte jedoch ein Fünftel der Fraktion gegen Angela Merkel und damit für den Ver-

bleib Hohmanns. In den Medien hieß es dazu: Ein Verlierer, keine Siegerin!

Meine Damen und Herren! Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hohmann hat in seiner „Tätervolk“-Rede offensichtlich einer großen Zahl seiner Anhänger und einem bestimmten Umfeld aus dem Herzen gesprochen, und das offensichtlich mit Absicht. Damit komme ich zu dem, was unter dem in unserer Antragsüberschrift angedeuteten Begriff „Vorfeld des Antisemitismus“ zu verstehen ist.

Das Vorfeld des Antisemitismus beginnt mit harmlos erscheinenden Ausdrücken und Redewendungen. Es geht dabei um Stimmungen, um Denkschemata und um Ausdrucksweisen, die geeignet sind, den Boden für den Antisemitismus zu bereiten. Zum Vorfeld gehören auch das Schweigen, das Dulden, das Nichterkennen, das Nichtwahrhabenwollen oder das Bagatellisieren antisemitischer Äußerungen. Das Besondere daran ist, dass viele sich dessen überhaupt nicht bewusst sind.

So sind auch die Journalisten der „Zeit“ bei ihren Recherchen vor Ort zu dem Schluss gekommen: Was an der Rede Hohmanns antisemitisch gewesen sein könnte, verstehen die meisten Menschen in seinem Heimatort Neuhaus in Hessen nicht. Im allgemeinen Sprachgebrauch nimmt man es dabei oft nicht sehr genau.

Darauf angesprochen, gibt es die klassische Antwort, dass schließlich Meinungs- und Gedankenfreiheit bestehe. In anderen Zusammenhängen heißt es: Man wird doch noch sagen dürfen ... - dann kommen Vorwürfe gegen einzelne Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft.

Dem Staat Israel gegenüber, den man natürlich wegen Teilen seiner Politik kritisieren darf und gelegentlich sogar muss, verhält es sich nicht anders. Auch Versatzstücke nationalsozialistischer Propaganda hört man immer wieder. Wer mit dem Wort „die Juden“ diese sprachlich ausbürgert, indem er sie „den Deutschen“ gegenüberstellt und sie damit zu Fremden im eigenen Land macht, steht außerhalb der demokratischen Wertegemeinschaft.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Es mag sein, dass solche Äußerungen oft nur auf Gedankenlosigkeit beruhen, doch dann ist es umso wichtiger, darauf aufmerksam zu machen.

Zum Vorfeld gehört unseres Erachtens auch die Initiative „Kritische Solidarität“, die Zeitungsmeldungen zufolge 1 600 CDU- und CSU-Mitglieder unterschrieben haben. Sie setzen sich damit für den wegen seines unbelehrbaren Antisemitismus aus der Unionsfraktion ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Hohmann ein.

Damit komme ich auf unseren Antrag zurück. Er enthält keine Spur eines Antisemitismusvorwurfs gegen eine Partei. Dafür gibt es nicht den geringsten Anlass. Wir fordern jedoch von allen, wachsam zu sein gegenüber Tendenzen, die in diese Richtung führen können. Bei uns und in der Öffentlichkeit mussten jedoch Zweifel darüber aufkommen, ob diese Wachsamkeit innerhalb der CDU in der Angelegenheit Kupke ausreichend war. Solche Zweifel wollen wir durch die heutige Debatte bestigt wissen.

Wolfgang Kupke, ehemaliger Bundestagskandidat der CDU, Stadtrat in Halle, früherer Ausländerbeauftragter

des Landes Sachsen-Anhalt, erklärte gegenüber der „Volksstimme“ vom 26. November 2003:

„Ich finde es falsch, Martin Hohmann aus der Partei und Fraktion auszuschließen. Das ist ein schwerer Schlag gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung. Hohmanns Rede war teilweise unglücklich, aber nicht antisemitisch. Das muss eine Demokratie aushalten. Eine Rüge durch die Partei hätte es auch getan.“

Wolfgang Kupke fügte auf eine Nachfrage hinzu:

„Ich kann natürlich nicht für die gesamte sachsen-anhaltische CDU sprechen, aber in meinem Kreisverband Halle kenne ich kein CDU-Mitglied, das für den Parteiausschluss Martin Hohmanns ist.“

Diese Aussage wurde getroffen, nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Woche lang darüber nachgedacht hatte und zu dem Schluss gekommen war, dass Martin Hohmann, der das Unwort des Jahres 2003 geprägt hat, für die Fraktion und die Partei aus den genannten Gründen nicht mehr tragbar ist. Wo also steht Kupke und wo stehen die vielen von ihm genannten CDU-Mitglieder?

Der Landesgeschäftsführer der CDU meinte lediglich, die Hohmann-Unterstützung aus Halle zur Kenntnis nehmen zu müssen, und kündigte an, dass das Thema auf die Tagesordnung des Landesvorstandes gesetzt werde. Die CDU blieb der Öffentlichkeit seither die Antwort schuldig. Das könnte heute nachgeholt werden, verbunden mit der Zustimmung zu unserem Antrag.

Meine Damen und Herren! Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit muss so selbstverständlich sein, dass Bürger jüdischen Glaubens ohne Angst in Deutschland ihre Heimat haben. Dies ist und bleibt das gemeinsame Ziel aller Demokraten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, für die Einbringung. - Wir treten jetzt in eine Fünfminutendebatte ein. Zuvor habe ich jedoch die Freude, Studentinnen und Studenten vom Institut für Germanistik der Otto-von-Guericke-Universität begrüßen zu dürfen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die FDP-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Kosmehl sprechen. Bitte sehr.

Herr Kosmehl (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Antisemitismus ist ein Virus, der vor keiner ideo-logischen, keiner religiösen und keiner politischen Überzeugung Halt macht. Er ist auch bei jenen zu finden, die glauben, aufgrund ihrer politischen Haltung dagegen immun zu sein.“

Dieser Ausspruch stammt von Ignaz Bubis, einem überzeugten Liberalen und ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Wir müssen heute akzeptieren, dass gewisse Worte, Begrifflichkeiten, zum Teil ganze Sätze geschichtlich vorbelastet sind. Die Verwendung solcher Worte kann Betroffene und Hinterbliebene des Holocaust, des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte, verletzen.

Als Politiker steht man in der Verantwortung, mit eben solchen Begrifflichkeiten sensibel und zurückhaltend umzugehen. Es ist naiv zu glauben, man könne die Worte ohne ihre geschichtliche Bedeutung verwenden und mithin ihre geschichtliche Belastung ignorieren.

Ich gehe noch weiter. Uns Politikern kommt an dieser Stelle eine entscheidende Rolle zu. Wir müssen das Thema immer wieder öffentlich ansprechen, im Ortsverband, im Kreisverband, bei öffentlichen Veranstaltungen. Wir sind öffentlich sichtbare Personen. Es liegt in unserer Verantwortung, deutlich zu machen, dass wir uns eindeutig gegen antisemitische Tendenzen positionieren. Gerade diese besondere Verantwortung der Politik zwingt zu einem gemeinsamen Handeln aller Fraktionen auch in diesem Hohen Haus.

Umso mehr bedauere ich es, dass von der SPD-Landtagsfraktion ein gemeinsamer Antrag offensichtlich nicht gewollt war. Im Gegensatz zu Ihrer Fraktion, Herr Dr. Finkenscher, hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit allen anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der einstimmig im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Antisemitismus eignet sich nicht für parteipolitischen Populismus. Die Fraktion der FDP im Landtag von Sachsen-Anhalt ist der Überzeugung, dass Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten keine Mittel in der politischen Auseinandersetzung um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sind.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Demokraten dürfen nicht mit Ressentiments spielen, um Stimmen zu gewinnen. Demokraten dürfen aber auch nicht versuchen, dadurch Stimmen zu gewinnen, dass der politische Gegner insgesamt geächtet wird, wenn Verfehlungen einzelner seiner Mitglieder offenbar werden. Beides dürfen Demokraten nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Verantwortung im Umgang mit entsprechenden Äußerungen obliegt aber auch den Zuhörern. Derartige Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben; zugleich darf auch nicht jede Äußerung überbewertet werden und dem Sprecher per se eine antisemitische Intention unterstellt werden, wenn dies die Ratio der Äußerung offensichtlich nicht widerspiegelt.

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist ein Kampf für die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft. Es geht dabei um die Frage, ob wir eine menschliche oder eine unmenschliche Gesellschaft haben wollen. Der Schutz von Minderheiten, die Freiheit des religiösen Bekennnisses und das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Religion sind tragende Säulen unseres liberalen, demokratischen Rechtsstaates. Wer auch nur einen

latenten Antisemitismus zulässt und duldet, rüttelt an diesen Säulen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Antisemitismus war in der Vergangenheit zu keiner Zeit allein ein deutsches Phänomen. Wir Deutschen haben aber durch das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, den Holocaust, ein Verbrechen ohnegleichen begangen, aus dem eine besondere Verantwortung Deutschlands erwächst. Heute müssen wir leider, bestätigt durch eine Studie der Europäischen Union, feststellen, dass latenter Antisemitismus in Europa in vielen Fällen messbar verbreitet ist. Der Kampf gegen Antisemitismus muss daher auch auf europäischer Ebene stattfinden.

Lassen Sie mich noch eine persönliche Bemerkung anfügen. Im Laufe der Jahre haben wir viele Zeitzeugen und Zeitzeugnisse verloren und wir werden weitere verlieren. Wir dürfen aber trotzdem oder gerade deshalb unsere Geschichte - damit meine ich die ganze Geschichte unseres Landes und unseres Volkes - weder verdrängen noch dürfen wir zulassen, dass Vergesslichkeit Platz greift. Das Erinnern ist für mich daher elementarer Bestandteil der Aufarbeitung der Geschichte, um sie zu verstehen. Ich darf in diesem Zusammenhang Altbundespräsident Richard von Weizsäcker aus seiner Rede am 8. Mai 1985 zitieren:

„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

Ähnlich hat es auch Ignaz Bubis formuliert, der sagte:

„Es gibt eine Verantwortung der nachgeborenen Generation für die Gestaltung der Zukunft in Kenntnis der Vergangenheit.“

Das ist für mich persönlich der Auftrag, Geschichte lebendig zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat bewusst auf einen eigenen Antrag verzichtet, weil wir mit der Zielrichtung des vorliegenden Antrages übereinstimmen. Lassen Sie uns durch Einstimmigkeit das Signal an die Öffentlichkeit senden, dass alle Parteien des Landtages von Sachsen-Anhalt gemeinsam gegen Antisemitismus Stellung beziehen.

Es ist das Signal an die Bürger, dass wir als demokratische Parteien uns gemeinsam gegen Diskriminierung einzelner Gruppen wenden, dass wir Ausgrenzung nicht zulassen und dass wir Antisemitismus in keiner Form tolerieren werden.

Wir dürfen und wir werden nicht zulassen, dass Antisemiten durch Intoleranz, durch dumpfe Vorurteile die Grundlagen unserer demokratischen, freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft zerstören. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Kosmehl. - Für die PDS-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gerade einmal eineinhalb Jahre her, da gab es wegen des damaligen FDP-Abgeordneten Möllemann Anlass für die PDS-Fraktion, eine Aktuelle Debatte zum Thema Antisemitismus zu beantragen.

Seit dem 3. Oktober 2003 gibt es schon wieder einen Grund, sich ausführlicher mit diesem Thema zu befassen. Die CDU hat, wenn auch nach langem Zögern, Herrn Hohmann aus ihrer Fraktion ausgeschlossen, weil er die Juden als Tätervolk bezeichnete.

Frau Pieper hatte in der Debatte vor eineinhalb Jahren betont, sie sehe keine Gefahr dafür, dass Antisemitismus in Deutschland eine Chance habe. Eine Forsa-Umfrage im November 2003 bescheinigt dagegen mehr als einem Fünftel der Deutschen latent antisemitische Haltungen, Tendenz steigend. Auf die Frage, ob Juden versuchten, aus der NS-Vergangenheit Vorteile zu ziehen, antworteten sogar 36 % mit Ja. Eine Studie der Essener Universität ergab, dass dies auch 13 % der Studentinnen und Studenten so sehen, und das, obwohl sie die Geschichte der Juden und den Vernichtungsfeldzug gegen sie durchaus kennen.

Immer wieder werden in Deutschland jüdische Grabsteine geschändet, werden jüdische Einrichtungen angegriffen. Das Wort „Jude“ wird als Schimpfwort verwendet. Immer wieder finden wir in unserem Alltag Aussagen, die aus der leidigen Tradition von Vorurteilen gegen und Stigmatisierungen von Menschen jüdischer Herkunft bzw. jüdischen Glaubens stammen.

Es gibt also allen Grund, wachsam zu bleiben, Antisemitismus öffentlich bloßzustellen und deutlich zu machen, dass solch ein Denken und Verhalten nicht akzeptiert oder auch nur toleriert werden kann.

Nun ist nicht zum ersten Mal ein Politiker des Deutschen Bundestages der Anlass für eine solche Debatte. Das ist besonders schlimm, weil so die Gefahr besteht, dass Antisemitismus irgendwie wieder gesellschaftsfähig werden könnte. Die Reaktion der CDU darauf war zumindest sehr zögerlich.

Noch problematischer aber ist, dass Herr Hohmann aus seiner Partei Solidaritätsbekundungen und Rückenstärkung erhielt. Herr Kupke, Stadtrat aus Halle, hielt seine Äußerungen zwar für unglücklich - Herr Fikentscher hat das vorhin zitiert -, konnte aber in Hohmanns Äußerungen keinen Antisemitismus erkennen. Der Ministerpräsident unseres Landes konnte wiederum in Kupkes Äußerungen keine Identifizierung mit Hohmanns Äußerungen erkennen. Bei so viel Nachsicht würde mich schon interessieren, was bei der damals angekündigten Beschäftigung des CDU-Landesvorstandes mit dieser Thematik herausgekommen ist.

Es mag kurios anmuten, dass der immer noch sein Abgeordnetenmandat wahrnehmende Hohmann vor zwei Tagen die Entscheidung der Jury für das Wort „Tätervolk“ als Unwort des Jahres begrüßt hat; es passt aber genau in sein Argumentationsschema.

Hohmann hatte sich in seiner Rede mit Berufung auf das antisemitische Machwerk des Amerikaners Henry Ford aus den 20er-Jahren und andere, ähnlich gelagerte Schriften sehr ausführlich bemüht nachzuweisen, dass Juden eben auch als Tätervolk bezeichnet werden können.

ten, indem er sie mitverantwortlich gemacht hat für die stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion. Ziel dieser Diffamierung des jüdischen Volkes war allerdings die Relativierung von Verbrechen Deutscher im Zweiten Weltkrieg.

Die perverse Argumentation Hohmanns passt exakt in die Argumentationslinie des neuen Antisemitismus, der mit solchen vermeintlichen Parallelen und Gleichsetzungen arbeitet, wie auch in das Argumentationsarsenal rechtsextremistischer Couleur, der Leugnung der Judenvernichtung und der Schlussstrich-Mentalität hinsichtlich der Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg.

Die Idee von einem vermeintlichen Tätervolk ist Bestandteil dieses Versuches, die Schuld der Deutschen an den Vernichtungsfeldzügen im Zweiten Weltkrieg herunterzureden. So schließt sich der Kreis zu Hohmanns jüngster Äußerung, die Wahl des Unwortes des Jahres zu begrüßen. Genau genommen belegt diese jüngste Äußerung, dass er sehr absichtsvoll sagte, was er sagte, und seine Äußerungen eben nicht unglücklich waren.

Der Publizist Rafael Seligmann hat gefordert, Hohmanns Rede als Schulstoff in der Oberstufe der Gymnasien zu behandeln, um eine Auseinandersetzung mit dieser Denk- und Verhaltensweise zu fördern. Wer diese Rede von Hohmann gelesen hat und einigermaßen politischen Sachverstand besitzt, kann wirklich nicht auf die Idee kommen, die zitierten Sätze seien nur Ausrutscher oder eine unglückliche Wortwahl gewesen. Ich hoffe sehr, der CDU-Landesvorstand ist zu einem gleichen Ergebnis gekommen.

Wir werden am kommenden Dienstag im Außenlager Magda in Magdeburg in einer Gedenkstunde der Opfer des Faschismus gedenken. Dieser Tag ist nicht ohne Grund der 27. Januar, nämlich der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Es darf aber nicht bei Kränzen und schönen Reden bleiben. Damit allein werden wir unserer gemeinsamen Verantwortung nicht gerecht und dabei möchte ich niemanden ausnehmen. Diese gemeinsame Verantwortung wird auch nicht irgendwann einmal verlöschen.

Menschen jüdischen Glaubens haben jahrhundertelang Unterdrückung, Missachtung, Verfolgung erlebt und Vernichtung erfahren. Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung, besonders wachsam zu sein, das Bewusstsein für diese Verbrechen wach zu halten und vor allem neuen Anfängen zu wehren.

Ich denke, ich kann für die PDS unsere Zustimmung signalisieren. Es wäre sehr schön, wenn wir, auch wenn es ein SPD-Antrag ist, hier im Haus Einstimmigkeit erzielen könnten.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein. - Für die CDU-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Steinecke sprechen. Bitte sehr.

Herr Steinecke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schade, gerade als dieses Thema aufgerufen wurde - das war sicherlich Zufall -, verließ eine ganze Klasse den Zuschauerraum.

„40 Jahre habe ich gewartet, gewartet, dass jemand meine Geschichte hören will.“ - Abraham Gerson, Jude in Riga, im Oktober 1988.

„Auf Erinnerungen zu bestehen kann mitunter schon Widerstand sein, zumindest dann, wenn Vergesslichkeit groß geschrieben oder diskreditiert wird,“ hat Siegfried Lenz folgerichtig geschrieben.

Danke, Herr Kosmehl, dass Sie es hier gesagt haben: Es wäre schön gewesen, wenn wir einen gemeinsamen Antrag eingebracht hätten, alle, die im Hause sitzen, und alle, die hier Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Frau Dr. Sitte, PDS)

Herr Dr. Fikentscher, danke, dass Sie keiner Partei Antisemitismus unterstellt haben. Genau deshalb, weil dieses Anliegen auch in unserer Partei groß ist, genau deshalb werden wir uneingeschränkt den Punkten 1 bis 5 zustimmen.

Meine Damen und Herren! In den düsteren Tagen unserer Geschichte hat sich die Gesellschaft in Deutschland moralisch selbst ruiniert, weil sie nicht aufstand, nicht Einhalt gebot, nicht dem wahnsinnigen Ungeist das Handwerk legte. In den Tagen und Nächten 1938 mit den schändlichsten Verbrechen an unseren jüdischen Mitbürgern und allen Opfern des Holocaust wurde die damalige Gesellschaft verantwortlich für Ruinen, für Schutt und Asche - doch nicht nur für ausgeglühte Gebäude, sondern vor allem für Ruinen in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Eine bewusste Spurensicherung ist heute mehr denn je erforderlich, je weniger Opfer noch Zeugnis ablegen können. Spurensicherung muss zu einem Beitrag im Widerstand gegen das Vergessen werden.

Denkmäler allein, meine Damen und Herren, werden dies nicht leisten können, so notwendig sie auch sind. Der 9. November und der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Januar sollen Tage des Gedenkens und der Verankerung in unseren Köpfen bleiben. Dies sind wir den Millionen, die entrichtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden, schuldig.

Meine Damen und Herren! So ist es gut, dass zum Beispiel in gemeinsamer Verantwortung des Evangelischen Kirchenkreises Magdeburg und der Synagogengemeinde Magdeburg immer am 9. November auf dem jüdischen Friedhof der Opfer des Holocaust gedacht wird. Schülerinnen und Schüler des Magdeburger Domgymnasiums gestalten diese Gedenkstunde schon traditionell seit vielen Jahren mit.

Es ist auch bedeutsam, dass sich Schüler unserer Stadt und anderer Städte Sachsen-Anhalts intensiv mit den geschilderten Ereignissen dieser Zeit vor unserer Haustür auseinander setzen. Wir müssen ihnen dabei täglich hilfreich zur Seite stehen, weil es nicht irgendwo in der Ferne geschah, meine Damen und Herren, sondern hier, wo wir leben, vor unserer Haustür, wo unsere Menschen waren, wo sie weggeschaut haben. Nur wenige hatten zu diesem Zeitpunkt Mut. Das war unsere Generation, die Generation unserer Eltern und Großeltern. Das, meine Damen und Herren, macht uns betroffen und berührt uns.

Es ist ein guter Brauch, dass während dieser Gedenkstunde stets das Schicksal eines persönlich betroffenen Menschen verlesen wird. Diesmal stand das Lebensbild einer Magdeburgerin Jüdin, der verstorbenen Schriftstellerin Nomi Rubel, im Mittelpunkt - eine wunderbare Frau. Ich habe sie erlebt, wie sie vor Jahren trotz ihres hohen Alters Schülerinnen und Schülern des Geschwister-

Scholl-Gymnasiums in Magdeburg eindrucksvoll ihre Lebensgeschichte als jüdisches Mädchen im damaligen Magdeburg erzählte. Bitte, meine Damen und Herren, lesen Sie ihr Buch „Schwarzbraun ist die Haselnuss“, dann werden Sie mich noch besser verstehen.

Die Schüler konnten sicherlich nur erahnen, wie viel Grauenvolles damals geschehen ist. Gut, dass die Landeshauptstadt Magdeburg 1997 eine Straße nach ihr benannt hat - ein Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung.

Als ein weiteres Hoffnungszeichen sehe ich auch die Wahl zum Magdeburger des Jahres 2003. Der Gymnasiast Johannes Wrubel wurde auf Platz 2 gewählt. Johannes schützte in der Magdeburger Straßenbahn einen asiatischen Jungen und verhinderte einen Angriff gegen einen dunkelhäutigen Amerikaner. „Magdeburger des Jahres, ich? Ich kann diesen Rummel überhaupt nicht verstehen. Die Tat müsste Alltag sein und nicht als Besonderheit ausgestaltet werden“, sagte Johannes ganz bescheiden.

Ich finde es auch wunderbar, dass zwei Ausstellungen im Landtag über das Leben jüdischer Menschen berichtet haben. Es ist schade, meine Damen und Herren, dass nur wenige Gäste zu begrüßen gewesen sind.

Aber ganz besonders bemerkenswert fand ich neulich eine gemeinsame Expedition von Bergsteigern aus Israel und Palästina in die Antarktis. Ist das nicht ein Zeichen für die Hoffnung der Menschen im Nahen Osten? Sie sollten gemeinsam noch viele Berge besteigen.

Meine Damen und Herren! Viele von Ihnen könnten sicherlich Ähnliches berichten. Das ist ermutigend. Ich bitte Sie alle: Lassen wir nicht nach in unseren Bemühungen, die Erinnerung als Mahnung an die nächste Generation weiterzugeben. Wir müssen uns auch unserer Vorbildwirkung bewusst sein. Das Wort „Mahnung“ klingt allerdings oft nach moralischem und besserwisserschem Zeigefinger. Davor sollten wir uns aber hüten.

Meine Damen und Herren! Vielleicht können Sie mit meinem Verständnis von Mahnung mitgehen. Eine chassidische Sinngeschichte bringt mein Verständnis von Mahnung folgendermaßen zum Ausdruck.

Ein Rabbi fragte einen Schüler: „Wann beginnt der Tag?“ Etwas gequält schauten sich die Schüler an und sagten: „Na ja, wenn die Dunkelheit weicht. Wenn die Sonne aufgeht. Wenn der Morgenrot reift.“ „Nein, nein“, konterte der Rabbi, „der Tag fängt erst richtig an, wenn jeder in den Gesichtern seiner Mitmenschen Bruder und Schwester erkennt.“ Er mahnte nicht mit erhobenem Zeigefinger zur Brüder- und Geschwisterlichkeit, sondern trug dieses Bildwort vor.

Nur wenn man in seinen Mitmenschen - so meinte er es - Brüder und Schwestern entdecke, die Menschen sind wie du und ich, kann man auf Gewalt verzichten, Krieg als Mittel der Politik ächten, Zivilcourage für die Entrechteten entwickeln und Toleranz gegenüber dem Fremden üben.

Ich weiß, meine Damen und Herren, das ist sehr edel gedacht. Die Wirklichkeit sieht oft ganz anders aus. Wir alle können aber dazu beitragen, dass in unserem Umfeld und in unserem Alltag ein Klima des gegenseitigen Verständnisses und der Toleranz herrscht. Unser Rechtsstaat bietet jedenfalls die bestmöglichen Voraussetzungen dafür. Tun wir alles, damit diese Möglichkeit Wirklichkeit wird. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Die SPD-Fraktion hat nun die Möglichkeit, zu erwidern. Vorher hat jedoch der Ministerpräsident um das Wort gebeten.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir zwar auch im Moment noch nicht ganz sicher, ob es sehr klug ist, dass sich auch die Landesregierung in einer solchen Debatte zu Wort meldet. Ich finde es nach dieser angemessenen, sehr sachlichen, aufgeschlossenen und aufrichtigen Diskussion aber trotzdem angebracht, die Gelegenheit zu nutzen, einiges richtig zu stellen, das irgendwann einmal auch im Interesse meiner Mitarbeiter gesagt werden muss.

Sie haben Ihren Antrag mit dem Titel „Antisemitismus schon im Vorfeld bekämpfen“ versehen. Ich habe darüber nachgedacht, was Sie wohl damit gemeint haben mögen. Der Bundestag hat - das ist zitiert worden - im Dezember des vergangenen Jahres eine ähnliche Diskussion unter dem Thema „Antisemitismus bekämpfen“ auf der Grundlage eines Antrages geführt, der dort von allen Fraktionen eingebracht worden ist.

Sie haben den Antrag übernommen. Sie haben den gleichen Antrag - die meisten Sätze sind wortgleich, einige etwas verändert - hier in den Landtag mit dem leicht veränderten Titel „Antisemitismus schon im Vorfeld bekämpfen“ eingebracht. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie dies mit Absicht getan haben.

Zu der Bekämpfung eines so sensiblen und gerade für uns in Deutschland so unerhört schwierigen Problems gehört für mich zu der Forderung „schon im Vorfeld bekämpfen“ auch, den Missbrauch eines solchen Themas zu vermeiden.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Dazu hätte es aus meiner Sicht auch uns gut getan, wenn das ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen gewesen wäre. Sie haben es mehrfach gesagt.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Es ist ein Antrag, von dem Sie gehört haben, dass er einstimmige Zustimmung finden wird. Es wäre aber von erheblicher Bedeutung gewesen, wenn er auch gemeinsam eingebracht worden wäre, zumal Sie einen gemeinsamen Antrag vieler Fraktionen, die auch hier im Hause sind, von anderer Stelle letztlich übernommen haben. Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen: Wenn wir so ehrlich mit uns und dem Thema umgehen, dann müssen wir uns auch gegenseitig davor bewahren, dass wir es auf die eine oder andere Weise instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist etwas, das mir schon wichtig ist, weil es wahr ist, dass dieses Thema nicht ausgestanden ist - weder bei uns in Deutschland noch international. Antisemitismus ist ein internationales Problem. Wo immer er auftritt, ist er nicht akzeptabel. Es ist aber richtig, dass er bei uns in Deutschland unerträglich ist und dass wir aus gutem Grund noch sensibler sein müssen und noch deutlicher dagegen und auch gegen den Missbrauch argumentieren müssen, wenn wir dafür Anzeichen bemerken.

Ich sage das deswegen, weil wir auch in Sachsen-Anhalt Probleme - auch mit jüdischen Gemeinden - haben. Die gehören nicht hierher. Ich habe aber Vertreter dieser jüdischen Gemeinden empfangen und mir sagen lassen müssen, das, was der Landesrechnungshof dieses Landes gemacht hat, sei glatter Antisemitismus. - Das war es nicht.

Ich habe mir vorwerfen lassen müssen, die Stellungnahme unseres Kultusministeriums sei Antisemitismus und sei im Grunde genommen gegen einen Teil einer in sich zerstrittenen Gemeinde bestimmt gewesen. Ich habe dazu mit aller Deutlichkeit gesagt, dass dies für mich eine Fehlinterpretation des Begriffes ist und dass man ihn so auch bei uns in Deutschland nicht instrumentalisieren darf.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich hatte das Glück, mich auf eine Aussage des ehemaligen Direktors des Internationalen Versöhnungszentrums in Coventry beziehen zu können, die ich wenigstens kurz zitieren möchte. Er stellte die Frage: „Dürfen Deutsche Israel kritisieren?“ Herr Dr. Fikentscher ist auch darauf eingegangen. Er antwortete: Um Himmels willen, warum denn nicht? Das Schreckliche, das Deutsche den Juden vor 60 Jahren angetan haben, hat mit der heutigen israelischen Politik nichts zu tun. Daraus den Schluss zu ziehen, Deutsche müssten schweigen, wenn sie glauben, dass wir Unrecht begehen, ist unmoralisch.

Ich möchte nur sagen: Wir müssen uns auf jeden Fall auch eine gewisse Unbefangenheit gestatten und das Thema freihalten von gegenseitigen Verdächtigungen. Dazu gehört auch, das Thema von gegenseitigen parteipolitischen Verdächtigungen und Unterstellungen freizuhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte es ganz deutlich sagen. Die Affäre Hohmann hat der CDU geschadet. Das wissen wir selbst. Andere Parteien haben auch schon ihre Affären gehabt. Daraus versuchen die anderen dann immer Honig zu saugen. Deswegen war es mir auch wichtig, die Äußerungen eines Mitgliedes unseres Landesverbandes nicht falsch interpretieren zu lassen und dort richtig zu stellen, wo sie richtig gestellt werden mussten.

Herr Kupke - das möchte ich klar sagen - hat sich vor allen Dingen zum innerparteilichen Prozedere geäußert, das er und einige andere auch als nicht richtig und angemessen empfunden haben. Wie wir mit und unter uns mit solchen Problemen umgehen, das darf schließlich nicht unbedingt ein Thema eines Verfassungsorgans, weder in diesem Land noch in einem anderen Land, werden. Das wäre eine unangemessene Aufarbeitung eines solchen Problems - nicht der Inhalt. Aufgrund dieser Unterschiede, denke ich, musste das an dieser Stelle, weil die Diskussion so sachlich, ruhig und angemessen war, klarstellend gesagt werden.

Ich habe den Vertretern der jüdischen Gemeinden gesagt, wir sind dankbar, dass es sie wieder in Sachsen-Anhalt gibt. Interne Probleme müssen auch bei uns nach dem geltenden Recht geregelt werden. Wir - dazu bekenne ich mich und deswegen möchte ich dies auch hier sagen - betrachten die Existenz jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt als einen Vertrauensbeweis in unsere Demokratie. Deshalb halte ich es auch für angemessen, wenn wir die Regeln unserer Demokratie auch in diesem

Bereich gelten lassen. Ich hoffe und wünsche mir sehr, dass sie unser Land als ihre Heimat begreifen und dass wir alles tun, was ihnen dabei hilft. Dazu gehört auch, dass wir uns vor der missbräuchlichen Verwendung eines Begriffes gegenseitig bewahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Ministerpräsident, würden Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Gallert beantworten?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Ja.

Herr Gallert (PDS):

Herr Böhmer, gerade Ihre letzten Worte haben eine Frage bei mir aufkommen lassen, die ich Ihnen hier auch stellen möchte. Wir haben offensichtlich bei dem Inhalt dieses Antrages einen relativ breiten oder fast vollständigen Konsens in diesem Saal. So zumindest waren die Fraktionspositionen zu verstehen. Deswegen muss ich auch ganz ehrlich sagen: Die Frage der Einbringung ist für mich nicht so wichtig wie die Frage der Zustimmung.

Mein Problem mit Ihrer Rede war: Was ist eigentlich das Problem in Sachsen-Anhalt, das wichtigste, das zentrale, auf das wir uns hier konzentrieren sollten, die Gefahr des Antisemitismus oder der aus Ihrer Sicht überzogene Vorwurf?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Das ist eine relativ rhetorische Frage. Denn die Frage des Antisemitismus kann nur dort ehrlich behandelt werden, wo sie vor Missbrauch bewahrt wird.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Fikentscher, Sie können noch einmal erwidern.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch ein paar kurze Bemerkungen dazu. Wir freuen uns, dass unser Antrag offensichtlich eine so breite, fraktionsübergreifende Zustimmung findet. Ich verstehe in gewisser Weise, dass gesagt wurde, Sie hätten es lieber gesehen, wenn ein Antrag aller Fraktionen zustande gekommen wäre. Dies kann man unterschiedlich sehen. Aber ich habe auch mit etwas Verwunderung in der letzten Woche festgestellt, dass mit dem Ansinnen zu einem solchen gemeinsamen Antrag niemand auf uns zugekommen ist.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Wir hatten ja schon Fälle, in denen jemand gesagt hat: Wir treten Ihrem Antrag bei wegen des Konsenses oder wir beteiligen uns daran. Darauf hätte man reden können. Das ist kein Vorwurf an Sie; nur weil Sie sich in dieser Richtung geäußert haben. Eine gewisse Verwunderung kann ich dann zurückgeben.

Ich freue mich, dass inhaltlich von allen so gesprochen worden ist, wie es sich bei diesem Thema im Grunde genommen fast von selbst versteht.

Ich freue mich auch, dass der Ministerpräsident dazu noch Stellung genommen hat; denn zunächst war ja von dem, was wir als Antwort von Ihrer Seite erwartet haben, überhaupt nicht die Rede. Das hätten wir dann auch ganz gern gehört.

Herr Ministerpräsident, Sie sagten, dass es sicherlich richtig sei, dass man, wenn eine solche Diskussion in einer Partei oder wo auch immer auftritt, sie möglichst intern und nicht an der Öffentlichkeit diskutieren sollte. - Aber in diesem speziellen Fall hatten wir eine öffentliche Diskussion. Die ist nicht von uns, von niemandem von uns in die Öffentlichkeit gebracht worden, sondern von den Betreffenden selbst. Und in diesem Fall wäre es dann doch wünschenswert gewesen, dass man der Öffentlichkeit gegenüber wenigstens das Ergebnis dieser internen Diskussion gesagt hätte. Dann wäre einiges, was wir heute hier besprochen haben, vielleicht bereits vorher aus der Welt geschafft worden.

Kurzum: Ich freue mich darüber, dass wir diesen breiten Konsens in unserem Landtag haben. Es ist auch, glaube ich, richtig, dass wir dieses Thema in unserem Landtag noch einmal aufgegriffen haben, und ich wünschte mir nur, dass wir es in Sachsen-Anhalt nicht in so relativ kurzen Abständen nötig hätten, ein solches Thema zu behandeln. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke. - Damit ist die Debatte beendet und wir werden jetzt über den Antrag in der Drs. 4/1304 abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen und wir können den Tagesordnungspunkt 17 verlassen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Beratung

Einflussnahme der Länder auf Emissionsrechtehandel stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/1316**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1338**

Ich bitte zunächst Herrn Gürth, für die einbringenden Fraktionen das Wort zu nehmen.

(Herr Gürth, CDU: Ich bin Schlussredner!)

- Ah ja. Und darf ich hören, wer von Ihnen jetzt spricht?

(Herr Gürth, CDU: Herr Ruden!)

- Bitte, Herr Ruden, dann nehmen Sie das Wort.

Herr Ruden (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der UN-Klimakonvention von Kyoto wurde im Dezember 1997 festgelegt, dass die Staaten für den Zeitraum bis 2012 Emissionsziele für Treibhausgase zugewiesen bekommen. Diese Ziele sollten mit einem internationalen Emissionsrechtehandelssystem auf die Ebene der Ver-

tragsstaaten umgebrochen werden. Im Dezember 2002 beschloss dann der Rat der EU-Umweltminister, dass dieses Emissionsrechtehandelssystem auf die Unternehmensebene heruntergebrochen wird und bezogen wird, um es dann überhaupt praktikabel handhaben zu können.

Danach wurde im Juli 2003 die EU-Richtlinie „System für den Handel mit Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Gemeinschaft“ beschlossen - ein Wortumsetzung, mit dem wir uns hier weiterhin herumplagen müssen.

Die nationale Umsetzung dieser Richtlinie wurde mit dem Entwurf des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes - abgekürzt TEHG - am 17. Dezember 2003 im Bundeskabinett beschlossen. Das ist also eine relativ kurze Zeitstrecke, mit der das Ziel der UN-Klimakonvention umgesetzt werden soll.

Grundsätzlich wird von uns das System des Emissionsrechtehandels als marktwirtschaftliches Umweltinstrument begrüßt. Seine Umsetzung in die föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundesregierung lässt allerdings zu wünschen übrig. Hauptkritikpunkt ist die Verteilungsgerechtigkeit bei der Zuteilung von Emissionsrechten für die Betriebe in den neuen Ländern, aber auch für neu errichtete Betriebsanlagen in den alten Ländern.

Im bisherigen Bemessungszeitraum, vom Jahr 1990 an gerechnet, haben die Betriebe im Osten immerhin 90 % der Gesamteinsparung an Emissionen in der Bundesrepublik erbracht. In Sachsen-Anhalt wurden zum Beispiel die CO₂-Emissionen aus dem Energieverbrauch von knapp 60 Millionen t im Jahr 1990 auf 26,4 Millionen t im Jahr 2001 gesenkt. Die modernen Unternehmen haben danach mit ihrer hohen Zertifikation kurz- und mittelfristig kaum noch Möglichkeiten, ihre Emissionen durch kostengünstige Maßnahmen zu senken.

Dem gegenüber steht die Situation der noch nicht mit neuester Technologie ausgerüsteten Betriebe, weitestgehend im Westen. Wenn also bis zum 31. März des Jahres das Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan für diese Zertifikate und bis zum Juni dieses Jahres das TEHG ohne Länderbeteiligung verabschiedet werden soll, kann keine gerechte Grundlage für den Emissionshandel geschaffen werden. Das ist unsere feste Überzeugung.

Es müsste im TEHG verankert werden, dass das Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan für die Zertifikate nur mit Zustimmung des Bundesrates ergeht. Es kann nicht sein, dass der Bundesumweltminister die Einsparpotenziale der verschiedenen Bundesländer einfach in einem Topf wirft, ohne die Länderinteressen ausreichend zu berücksichtigen.

Mit unserem Antrag, meine Damen und Herren, wollen wir also neben dem Problem der Verteilungsgerechtigkeit auch die föderale Mitbestimmung durch den Bundesrat einfordern. Oder was soll es bedeuten, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie zwar die Landesregierung zum Handeln auffordern, ihr aber kein Gremium zuweisen, in dem sie auftreten soll? Briefe an den Umweltminister, wie in dem Fall eines Briefes der ostdeutschen Umweltminister, warten beim Bundesumweltminister erst einmal fünf Monate, bis sie ablehnend beantwortet werden. Das kann also nicht die Methode eines fairen Umgangs mit den Ländern sein.

Wir müssen uns Gehör verschaffen. Deswegen der Antrag, den Bundesrat damit zu befassen.

Natürlich wissen wir auch, dass die von der EU gesetzte Frist für die Umsetzung der EU-Richtlinie ab dem 1. Januar 2005 für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich ist. Was sollte uns aber davon abhalten, diese Frist als unzureichend für die Einführung eines derartigen Paradigmenwechsels in der Umweltpolitik anzumahnen? Genau das wollen wir mit dem Antrag tun. Für die Einführung des Dosenpfandes und der Maut gab es schließlich auch Fristen, die jämmerlich an der Realität gescheitert sind.

Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um Zustimmung zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Qual, FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Ruden. - Die Debatte wird eröffnet durch den Beitrag der SPD-Fraktion. Es spricht Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Antrag ist nicht viel Neues enthalten. Das ist ungefähr der Beitrag gewesen, den wir im Herbst des letzten Jahres schon einmal gehört haben. Damals habe ich mir den Vorwurf gefallen lassen müssen, warum wir das auf die Tagesordnung gesetzt hätten. Ich dachte, Sie kommen in der Tat mit irgendeinem Knaller und wissen mehr als ich. Aber ich muss zunächst feststellen, dass das nicht so ist.

Ich möchte Ihnen aus der letzten Bundestagsdebatte, die Ihnen auch zugänglich ist, das Zitat zum nationalen Allokationsplan vorlesen. Dort wurde gesagt:

„Der nationale Allokationsplan wird selbstverständlich im Parlament beraten und beschlossen werden. (Siehe Eckpunkte, die wichtigsten Regelungen).“

Es wird gesagt, dass die Kernpunkte des nationalen Allokationsplanes, die wesentlichen Regelungen, in einem Gesetz festgelegt werden, über das im Parlament beraten wird. Das ist damals nicht nur gesagt worden, um der den Antrag stellenden Opposition, nämlich der CDU und der FDP, entgegenzukommen. Vielmehr wurde das auch von den anderen Abgeordneten des Bundestages eindringlich gefordert, die nämlich auch die Interessen ihrer Länder zu vertreten haben. Natürlich wird auch der Bundesrat beteiligt.

Es heißt aber weiter - ich würde mir gut überlegen, was dort gesagt worden ist -, dass die nationalen Regelungen des Allokationsplanes als Gesetz diskutiert werden, hat nicht nur mit dem Selbstverständnis des Parlaments zu tun. Die Diskussion über den Nationalen Allokationsplan ist auch der Augenblick, in dem im Klimaschutz „Butter bei die Fische“ muss. An dieser Stelle kann man sich nicht mehr hinter Sonntagsreden verstecken.

Deshalb sollte man sehr vorsichtig sein hinsichtlich der Aussagen, die man hier macht. Manch eine der Sonntagsreden, in denen man sich aufbläst und sagt, man wolle seine Interessen vertreten, kann genauso zusammenfallen wie die Diskussion zur Gemeinschaftsaufgabe und zu der Verlagerung von 100 Millionen € von Ost nach West. Diesbezüglich musste eben auch ein Kom-

promiss über die gesamte Bundesrepublik hinweg gefunden werden.

Wir leben in einer Zeit, in der zu solchen Regelungen, wenn man eine Akzeptanz erreichen möchte, gesamtdeutsche Lösungen gefunden werden müssen. Deshalb halte ich es nicht für vernünftig, den Bundesrat damit zu befassen. Ich habe diesbezüglich eine andere Auffassung. Ich habe gestern mit Herrn Gürth darüber schon diskutiert.

Ich weiß nicht, wer am Ende Recht hat. Ich bin momentan der Auffassung, dass der Bundesrat nicht besonders hilfreich sein wird, weil die Interessengrenzen eben nicht zwischen der SPD und der CDU, sondern zwischen unterschiedlichen Ländern verlaufen.

Ich weiß inzwischen, welche Probleme es bereitet hat, die ostdeutschen Länder überhaupt in die Diskussion zu bekommen, Betreiber von großen Anlagen wie Dow Chemical und andere in die Gesprächsebenen der Staatssekretäre und der Bundesministerien einzubinden. In dieser Gesprächsrunde sind sie nun präsent.

Ich habe mich dessen gestern noch einmal versichert, als es in einem Artikel hieß, dass durch den vorgesehenen Handel mit Emissionsrechten der Dow-Cracker eventuell gefährdet sei. Die Aussage von Herrn Dr. Mühlhaus lautet, dass darüber verhandelt wurde und es die Zusage gibt, dass für Neuinvestitionen eine kostenlose Zuteilung erfolgt.

(Herr Gürth, CDU: Da muss man die Papiere lesen!)

Es ist in der Tat so, dass dafür noch ein rechtlicher Rahmen fehlt. Diese rechtliche Absicherung muss vorhanden sein.

Es ist keine Zusicherung des Wirtschaftsministeriums, sondern des Bundesumweltministeriums. Herr Gürth, ich weiß auch, dass Sie diesbezüglich federführend sind. Ich weiß auch, dass das Bundesumweltministerium und das Wirtschaftsministerium eine unterschiedliche Auffassung dazu haben, wie mit dieser Problematik umzugehen ist.

Ich glaube allen Ernstes nicht, dass wir das in der Länderkammer werden ändern können. Ich denke, dass die Interessenlinien und die Kampflinien ganz anders verlaufen. Dazu kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe jedenfalls gestern gelernt, dass Sie der Auffassung sind, dass Sie das schultern können, wenn Sie es in den Bundesrat geben. Ich halte es für falsch, das Thema dort zu behandeln.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Eines will ich aber deutlich sagen: In Bezug auf das Ziel, auf das, was erreicht werden soll, sind wir uns durchaus einig. Was ich im Interesse der ostdeutschen Länder für notwendig erachte, das ist ganz klar die Anerkennung der Early Actions.

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Ich würde es für wesentlich vernünftiger halten, wenn diese nationalen Reserven als ein wirtschaftspolitisches, als ein strukturpolitisches Instrument eingesetzt werden, wenn sie eingesetzt werden können für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern, weil das in der Tat ein Prä wäre.

Dazu sind wiederum die Branchenverbände nicht bereit. An dieser Stelle kommen die Eigeninteressen der ein-

zernen Unternehmen durch. Sie sagen: Einen Branchenpool für Strukturpolitik, eine abgestimmte Branchenentwicklung? - Nein, das wollen wir nicht; das lassen Sie besser sein. Setzt euch besser dafür ein, dass wir die Zuteilungen erhalten. Ob wir die Einsparungen dann unternehmensbezogen vielleicht im Osten realisieren und im Westen einsetzen, das ist unser Problem; das müsst ihr uns überlassen, das ist unternehmerische Freiheit.

Das heißt, die Facetten der Diskussion sind viel breiter als das, was Sie in diesem Antrag aufgeschrieben haben. Man wird sicherlich nicht die reine Lösung durchsetzen können.

Ich halte eine Befassung des Bundesrates tatsächlich nicht für zielführend. Ich glaube auch nicht, dass es eine Auseinandersetzung zwischen den SPD- und den CDU-geführten, zwischen den A- und B-Ländern sein wird. Es geht vielmehr um die Länderinteressen.

(Herr Gürth, CDU: Sie haben doch nur Angst davor, dass Schröder den Osten wieder verrät! Das ist das eigentliche Problem!)

- Ach, Herr Gürth, ich könnte Ihnen jetzt sagen, was Ihr Populismus mich so langsam einmal kann.

(Herr Gürth, CDU: Das ist so!)

Das ist absoluter Unsinn.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt einfach Themen, die eignen sich nicht für Populismus.

(Herr Gürth, CDU: Das stimmt! Das Thema ist viel zu ernst!)

Neben dem Thema, das wir eben behandelt haben, gibt es einfach weitere Themen, die eignen sich nicht für Populismus.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Nein, das ist zu ernst!)

Deshalb habe ich diesen einmaligen Vorstoß unternommen - gerade wenn ich Ihren Kommentar höre -, das Ganze sachlich zu behandeln und zu sagen, wie man dafür vielleicht eine Lösung finden könnte.

Solche Themen wird es in der nächsten Zeit noch reichlich geben, beispielsweise wenn wir über die Strukturfonds oder über die GA reden. Wenn Sie dann immer aufstampfen und sagen, der Bundeskanzler ist Schuld, wird Ihnen das überhaupt nicht weiterhelfen. Schließlich verlaufen die Auseinandersetzungslinien ganz anders, wenn es um die gesamte Neugestaltung der Instrumente geht. Das wird Ihnen nicht mehr helfen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Die Leute, die wirklich darüber nachdenken, die wissen, wo es langgeht. Dazu werden sich ein Herr Koch, ein Herr Stoiber und auch ein Herr Steinbrück äußern. Das, was diese Leute sagen, wird mir alles nicht gefallen. Ihnen aber wird das nicht gefallen, was Ihre CDU-Kollegen sagen.

(Herr Gürth, CDU: Abwarten!)

Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir das Thema sachlich behandeln sollten. Man kann durchaus bei der Durchsetzung des gleichen Ziels unterschiedliche Auffassungen haben. Ich glaube nicht, dass der Bundesrat zielführend ist. Aber Sie werden das mit Ihrer Mehrheit bestimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil

ich dieses Thema nicht als für eine populistische Auseinandersetzung geeignet ansehe, sondern für eine sachliche Beratung plädiere.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Nun bitte Herr Dr. Schrader für die FDP-Fraktion.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über das Ziel sind wir uns einig, über den Weg nicht. Es gibt immer verschiedene Wege, die nach Rom führen. Wir sind für die Bundesratsbefassung. Ich möchte auch für die Zuhörer, die sich mit diesem Thema nicht so gut auskennen, erläutern, warum wir eine Bundesratsbefassung für vernünftig halten. Das hat mit den Inhalten dieser Thematik zu tun.

Meine Damen und Herren! Diese Thematik, der Emissionsrechtehandel, ist ein neues, durchaus begrüßenswertes, marktwirtschaftlich orientiertes Instrument, aber nur dann, wenn es ausgewogen vorbereitet, praktikabel und gerecht umgesetzt wird.

Nach den Regelungen dürfen Unternehmen ab Januar 2005 Treibhausgase, insbesondere CO₂, nur noch dann in die Atmosphäre abgeben, wenn sie eine entsprechende Anzahl von Rechten, von Emissionszertifikaten, erworben haben. Wenn sie den Ausstoß vermindern, können sie diese Rechte verkaufen. Wenn sie den Ausstoß erhöhen, müssen sie Rechte kaufen. Es ist also ein durchaus positives Instrument.

Der Emissionsrechtehandel kommt, das steht fest. Vor zwei Jahren, als von der EU die ersten Entwürfe für die Richtlinie vorgelegt wurden, fand eine riesige Grundsatzdiskussion statt. Die Schreckensszenarien haben sich mittlerweile verflüchtigt. Das Hauptinteresse gilt seit geraumer Zeit der nationalen Umsetzung.

Deshalb hatte sich auch der Landtag im April des vergangenen Jahres mit dem Thema beschäftigt. Es wurde eine Anhörung durchgeführt. Die Landesregierung hat die Interessen des Landes und seiner Unternehmen bei der Ausgestaltung durch entsprechende Aktivitäten vertreten.

Die ersten Äußerungen der Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt waren gar nicht so schlecht. Sie enthielten nämlich die Kernpunkte: kostenlose Zuteilung der Emissionsberechtigungen, keine Benachteiligung von Neuinvestitionen und - das ist das entscheidende - Berücksichtigung der Vorleistungen seit 1990.

Die Umsetzung in nationales Recht ist von entscheidender Bedeutung hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Unternehmen. Der gegenwärtige brisante Stand zu diesem Thema war ein Anlass für die Koalitionsfraktionen, diesen Antrag zu stellen.

Das Bundeskabinett hat das „berühmt-berüchtigte“ TEHG verabschiedet. Ein schlüssiges Konzept, welches die Aufteilung der vorgesehenen Menge an Zertifikaten regelt, liegt noch nicht vor. Die bisher bekannt gewordenen Pläne für die Verteilung der Rechte gefährden Investitionen und Arbeitsplätze nicht nur in Sachsen-Anhalt; denn eine Berücksichtigung der Vorleistungen ist bisher nicht vorgesehen worden.

Wenn die Verteilung der Emissionsrechte allein durch das Umweltbundesamt - Herrn Trittin - erfolgen sollte, dann besteht die ernste Gefahr, dass unseren Unternehmen ein sehr fragwürdiges, bürokratisch überfrachtetes und ungerechtes System aufgedrückt wird. Die Bundesländer brauchen bei der Verteilung ein Mitspracherecht; denn sie haben mit ihren Unternehmen gerade in den letzten Jahren beträchtliche Vorleistungen erachtet, und zwar nicht nur im Osten, sondern auch in den Restrukturierungsgebieten in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen. Von den bis zum Jahr 2012 geforderten Emissionsreduzierungen in Höhe von 21 % sind bereits 19 % erbracht worden.

Voraussetzung für ein Mitspracherecht - diesbezüglich erzähle ich Ihnen nichts Neues - ist die Zustimmungspflicht im Bundesrat. Es gibt keine Garantie dafür, dass bei diesem Weg unsere berechtigten Interessen berücksichtigt werden können, sodass wir zu dem gewünschten Ergebnis kommen.

Aber wir haben die Chance. Wir haben tatsächlich die Chance, weil es nicht nur um die ostdeutschen Interessen geht. Wie gesagt: Weil es auch um westdeutsche Länder geht, sind über Parteidgrenzen hinweg - Frau Budde, darin gebe ich Ihnen vollkommen Recht - viele Vertreter im Boot. Es liegt an uns, dieses zu organisieren.

Auch zum Zeitplan für die Einführung gibt es erhebliche Bedenken. Genug Erfahrungen - Herr Ruden hat es ausgeführt - haben wir mit überstürzten In-Kraft-Setzungen von unausgereiften Modellen gesammelt. - Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank Herr Dr. Schrader. - Für die PDS-Fraktion spricht nun Herr Dr. Köck.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Handel mit Emissionsrechten beginnt in der EU am 1. Januar 2005. Die Bundesregierung muss der EU-Kommission bis Ende März 2004 schlüssig darlegen, wie Deutschland die noch vorhandene Lücke von 33 Millionen t CO₂ äquivalent zur Erfüllung des nationalen Minderungsziels zu schließen gedenkt. Es muss entschieden werden, wie viele Emissionsrechte die ca. 4 000 betroffenen Anlagen - darunter 69 in Sachsen-Anhalt - erhalten sollen. Indirekt sind aber auch die anderen Sektoren betroffen, die nicht unter die Richtlinie fallen; denn was die Industrie und die Stromversorger nicht übernehmen, das müssen die Bereiche Verkehr, private Haushalte und Dienstleistungen leisten.

Für die Anlagenbetreiber sind die CO₂-Zertifikate bares Geld; denn den späteren Handelspreis schätzt die EU-Kommission auf 13 bis 26 € je Tonne. Für Deutschland wären das bis zu 5 Milliarden €. Das weckt selbstverständlich auch Begehrlichkeiten.

Seit mehr als zwei Jahren beraten deshalb etwa 150 Vertreter der Wirtschaft und ein paar Beamte vom Bund und von den Ländern das zuständige Bundesumweltministerium. Nach einer mehrheitlich beschlossenen Empfehlung aus diesem Kreise soll die Erstausstattung mit Zertifikaten nun doch auf der Basis von Emissions-

daten aus den Jahren 2000 bis 2002 und nicht wie ursprünglich vorgesehen aus dem Jahr 1998 erfolgen.

Über die Details entscheidet schließlich eine so genannte Staatssekretärsrunde, zu der neben den beiden Staatssekretären Herrn Baake vom Bundesumweltministerium und Herrn Adamowitsch vom Bundeswirtschaftsministerium die fünf großen Energieversorgungsunternehmen, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und weitere Verbände der Wirtschaft gehören. Bei der Erstausstattung mit Emissionsrechten geht es somit bereits um die Wurst. Natürlich müssen bereits erbrachte klimapolitische Vorleistungen angemessen berücksichtigt werden, damit nicht diejenigen, die sich bis jetzt vor einer Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen gedrückt haben, nun mit Klimaschutzinvestitionen Kasse machen.

Der Emissionsrechtehandel könnte vor allem die ostdeutsche Wirtschaft benachteiligen. Aber, meine Damen und Herren, Ihre in der Begründung enthaltene Aussage, dass 150 000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert wurden, gehört doch ins Reich der Märchen. Das Klimaprotokoll wurde in Kyoto erst im Jahr 1997 verabschiedet, nachdem die Massenentlassungen in Sachsen-Anhalt bereits weitgehend abgeschlossen waren.

In der EU-Richtlinie ist vorgesehen worden, dass klimaschutzrelevante Vorleistungen, so genannte Early Actions, auf nationaler Ebene berücksichtigt werden können. Doch nach welchen Kriterien und in welcher Höhe dies geschehen soll, ist noch immer weitgehend offen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz enthält in großer Zahl Ermächtigungen für den Erlass von untergesetzlichen Regelungen, die ausdrücklich von der Zustimmung durch den Bundesrat ausgenommen werden.

Eingedenk der Summen, die auf dem Spiel stehen, sehen sich nun alle Landesregierungen dem Druck der heimischen Wirtschaft ausgesetzt. Keiner will benachteiligt, jeder aber nach Möglichkeit ein Quäntchen besser gestellt werden, und die größten der jeweiligen Branchen agieren in mehreren Bundesländern in gleicher Richtung.

Bei den Wirtschaftsministern herrschte unlängst noch Ruhe von dem Sturm. Im Bundesrat - diesbezüglich teilte ich die Meinung von Frau Budde - droht jedoch ein paralysierendes, kleinliches Gefeilsche wie bei der Diskussion über das Dosenpfand. Den einstimmig gefassten Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz am Ende des vergangenen Jahres, dass zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland bestehende Spielräume bei der Festlegung der insgesamt zu verteilenden Zertifikate zugunsten der Unternehmen genutzt und ausreichend Emissionsberechtigungen kostenlos zugeteilt werden sollten, werden dann die Ministerpräsidenten nur noch für ihr eigenes Bundesland reklamieren.

Vorsorglich soll mit dem vorgelegten Beschlussentwurf und mit dem Landtagsbeschluss ein Drophotenzial für eine Verschleppung aufgebaut werden, das sich die Landesregierung parlamentarisch absegnen lassen will. Dabei werden wir Ihnen nicht folgen. Auf der Strecke bleibt dabei der Klimaschutz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen! Sie fokussieren zu sehr auf das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz und haben dabei offenbar

übersehen, dass das eigentliche Allokationsgesetz separat beschlossen werden soll.

Mittlerweile haben die Industrieunternehmen und die Stromversorger sich von ihren ursprünglichen Versprechen, 45 Millionen t an CO₂ weniger auszustoßen, durch entsprechende Abschlagsforderungen schon auf unglaubliche 3 Millionen t heruntergerechnet. Wenn sich die Bundesregierung diesen Wünschen der Industrie beugen sollte, dann müssten die anderen Sektoren wie Verkehr, Dienstleistungen und private Haushalte bedeutend mehr Einsparungen erbringen.

Lieber Kollege Gürth, lieber Kollege Schrader, so weit zur Rahmensetzung und Schiedsrichterfunktion einer Wirtschaftspolitik, bei der die Trillerpfeife der Feldspieler mittlerweile die des Schiedsrichters übertönt.

Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat die beiden Anträge mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Von einer Bundesregierung muss man eigentlich ein faires und neutrales Handeln erwarten bzw. verlangen können, und Droggebärden gehören in einen Westernfilm. Insofern wäre eine Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den CDU-Antrag das höchste der Gefühle. Dem SPD-Antrag könnten wir zustimmen. - Danke.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Köck. - Jetzt spricht Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eigentlich schade, dass die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt nicht nahtlos an die Debatte anschließt, die wir gestern über den Antrag der PDS geführt haben. Dann wäre für jeden in diesem Haus sichtbar gewesen, wie sich die Politik der PDS widerspricht.

Auf einen Seite stellt man sich hin und möchte etwas für die Unternehmen in diesem Land tun, was ich Ihnen ehrlichen Herzens abnehme, Herr Dr. Thiel. Auf der anderen Seite ist die PDS nicht bereit, in dem Fall, in dem wir handeln müssten, klar zu sagen: Wir vertreten die Interessen unseres Landes Sachsen-Anhalt auch gegenüber dem Bund.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das ist auch der Gegensatz zwischen dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und unserem Antrag. Wir haben eigentlich nur noch ein einziges Instrument, um für uns in Sachsen-Anhalt, für die neuen Länder und für alle Regionen, die bereits Leistungen für den Klimaschutz erbracht haben, Rechte einzufordern. Wir können nur noch etwas erreichen, wenn wir ein Mitwirkungsrecht der Länder im Bundesrat erreichen. Wenn uns das nicht gelingt, dann setzen wir auf etwas, das sofort in den Wind zu schreiben ist, nämlich auf eine Zusage von Bundeskanzler Schröder, dass es eine vernünftige Regelung für alle geben wird.

Bei diesem Thema geht es um 300 Millionen €. Wenn man der Berechnung zugrunde legt, dass ein zugeteiltes Zertifikat rund 15 € kostet und es um 20 Millionen t für die Anlagen in Sachsen-Anhalt geht - übrigens sind es 69 Betriebe mit 170 Anlagen, die nach dem bisherigen Stand des Verfahrens betroffen wären -, dann kommt

man zu dem Ergebnis, dass Zertifikate mit einem Marktwert von ca. 300 Millionen € verteilt werden. Wir streiten uns manchmal um 1 Million € im Haushalt.

Da geht es um 300 Millionen €. Wenn die nicht gerecht verteilt werden, wenn nicht gerecht angerechnet wird, was in diesem Land im Sinne des Klimaschutzes schon erbracht worden ist, dann wird das Land über Jahrzehnte hinaus benachteiligt.

Leider haben wir das Problem, dass den Herren Schröder und Trittm nicht klar ist, dass es auch volkswirtschaftlich eine Milchmädchenrechnung ist, wenn man sagt: Wir machen etwas für die bevölkerungsstarken und vielleicht für die Wahlen besonders wichtigen Regionen in Deutschland - in der Regel sind es die alten Bundesländer - und schreiben das in den Wind, was in den neuen Bundesländern erwirtschaftet wird. Das ist auch volkswirtschaftlich und monetär völlig falsch und es wird teuer zu stehen kommen; denn man kann es nicht wieder wettmachen.

Man kann es nicht wieder wettmachen, weil wir in den neuen Ländern und auch die Regionen in den alten Bundesländern, die bereits umstrukturiert haben, die Betriebe stillgelegt haben, die neu investiert haben, die neuen Anlagen haben, gar nicht mehr an Einsparungen erwirtschaften können und für alle weiteren Investitionen, für mehr Produktion, für mehr Beschäftigung und für Prosperität, teuere Zertifikate zukaufen müssen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kollege Gürth, möchten Sie eine Frage von Frau Budde beantworten?

Herr Gürth (CDU):

Am Ende meiner Rede sehr gern. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte noch einmal alle Fraktionen in diesem Hause - man kann sie wirklich alle zum Schwur bringen -, die Interessen, die wir berechtigterweise vertreten, zu unterstützen. Wenn wir das nicht tun, schwächen wir die Position nicht nur unserer Landesregierung, sondern auch der Landesregierungen aller neuen Bundesländer, gegenüber der Bundesregierung etwas durchzusetzen, was wir zu Recht einfordern.

Ich will noch Folgendes sagen: Ich weiß nicht, ob Sie den Brief der ostdeutschen Ministerpräsidenten vom 31. März 2003 an den Bundeskanzler kennen. Trittm hat am 15. August geantwortet und hat das Ansinnen aller ostdeutschen Ministerpräsidenten vom Tisch gefegt - einfach so vom Tisch gefegt.

Die Landesregierung unter Führung des Landwirtschafts- und Umweltressorts arbeitet seit langem in Fachkonferenzen mit den betroffenen Unternehmen, mit den Branchenverbänden zusammen und versucht, durch eine Reihe von Maßnahmen die Interessen unserer Länder in diesem Bereich zu vertreten. Aber wenn die Bundesregierung nicht gewillt ist, das, was sie versprochen hat, umzusetzen, bedeutet das: Wir können mit den Mitteln, die wir im Haushalt zur Verfügung haben, nicht wieder wettmachen, was uns aufgrund des falschen Handelns von Trittm eingebrockt wird.

Deswegen unser Antrag, deswegen unsere Forderung, dass die erbrachten Leistungen, die so genannten Early Actions - nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch in den alten Ländern - bei der Verteilung der Zertifikate angerechnet werden. Deswegen unsere Forderung, über

den Bundesrat die Mitspracherechte der neuen Länder zu berücksichtigen.

Abschließend: Wenn uns das jetzt nicht gelingen sollte, dann müssten wir alle gemeinsam darauf dringen, dass wir mehr Zeit gewinnen, damit ein ordentliches Verfahren für die Verteilung der Zertifikate gesichert werden kann, nicht dass Trittin hoppla, hopp unsere Interessen über den Tisch in Richtung Brüssel verkauft.

Wir können nur etwas erreichen, wenn wir zusammenstehen und wenn wir uns mit den Regionen in Deutschland zusammenschließen, die genauso betroffen sind. Das sind nicht nur die neuen Ländern. Das ist völlig falsch gedacht. In Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Regionen Niedersachsens gibt es ebenso Regionen, die Downsizing zu verkraften hatten, in denen Betriebe, Werke geschlossen wurden, in denen nachgerüstet werden musste.

Diese Länder haben dieselben Interessen. Lassen Sie uns zusammenstehen, mit diesen ein Bündnis schmieden für ein gerechtes und wirtschaftlich vernünftiges Verfahren, und stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich bitte um Ihre Zustimmung, um die Zustimmung aller.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Nun bitte Ihre Frage, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Gürth, gehen wir einmal von Folgendem aus: Es gibt diese Reserve, sie wird auch anerkannt und sie wird auch den Ländern entsprechend zugeordnet. An diesem Punkt hören Sie auf. Mich interessiert: Wie wollen Sie diese Reserve an Emissionsrechten dann verteilen, wie wollen Sie sie nutzen? Soll sie den Unternehmen zugute kommen und dann in der Unternehmensentscheidung bleiben?

Darauf gibt es Antworten der Branchenverbände, auch des Landesverbandes der Chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt, die sagen: Das müsst ihr uns dann schon überlassen; wir können nicht dafür gerade stehen, dass die Rechte dann für die Struktorentwicklung in Sachsen-Anhalt eingesetzt werden.

Ich finde es richtig, zu sagen, diese Einsparungen müssen anerkannt werden. Richtig. Es gibt durchaus auch Bereiche, in denen es gar keinen Rechtsnachfolger gibt. Auch das sind Early Actions, und die Frage, inwieweit diese einbezogen werden, ist ebenfalls offen. Was wird dann damit gemacht? - Da brauchen Sie gar nicht auf den Tisch zu hauen, Frau Wernicke. - Genau das ist der entscheidende Punkt. Darum zu kämpfen ist das eine und das ist richtig. Aber was mache ich nachher mit den erworbenen Rechten? Habe ich dann die Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen und sie für die wirtschaftliche Gestaltung in Sachsen-Anhalt einzusetzen, und wenn, wie? - Frage 1.

Frage 2 schließt sich im Grunde nahtlos an. Sie sagen, Nordrhein-Westfalen und andere Länder hätten ähnliche Probleme. Richtig, das ist so. Es gibt aber genauso eine Ost-West-Diskussion; die kennen Sie genauso gut wie ich, die blenden Sie aus.

Es gibt auch viele westdeutsche Länder, die sagen: Ihr konntet diese Einsparungen jetzt erreichen. Ihr habt ein-

fach stillgelegt, dann habt ihr mit öffentlichen Mitteln, mit hohen Fördersummen, die in der Regel vom Westen aufgebracht worden sind, eure Betriebe modernisiert. Jetzt wollt ihr auch noch das, was eingespart worden ist, bei euch einsetzen. Da werden wir darauf achten, dass wir unseren Anteil abkriegen.

Das ist in der Tat eine wesentlich größere Gemengelage und da kann man nicht einfach nur auf den Bundeskanzler verweisen. Er hat sicherlich diesbezüglich eine Pflicht, darin gebe ich Ihnen völlig Recht. Aber die Problematik ist wesentlich vielschichtiger, als Sie es darzustellen versuchen. Eben darum glaube ich nicht, dass es im Bundesrat einfacher wird - außer bei Reformprozessen; aber auf dem Weg dahin gibt es auch immer unterschiedliche Ansichten -, die Interessen durchzusetzen.

Herr Gürth (CDU):

Verehrte Kollegin Budde, wenn wir das einzige Instrument, das wir jetzt noch nutzen können, nämlich den Bundesrat, nicht mehr nutzen, haben wir nichts mehr in der Hand. Das bedeutet, wir bleiben wie ein Kaninchen vor der Schlange sitzen, schauen auf die Schlange und warten, wann sie zuckt. Wir haben null Möglichkeiten, unsere berechtigten Interessen für die Arbeitsplätze in unserem Land durchzusetzen. Im Bundesrat die Mitwirkungsrechte der Länder durchzusetzen ist die einzige Chance, noch ein geordnetes Verfahren zu erreichen.

Wir haben in den letzten Monaten sehr viele Gespräche mit Unternehmen, mit Branchenverbänden geführt. Deutschland ist nicht nur das Land, das am meisten betroffen ist, weil nach der jetzigen Definition 50 % aller betroffenen Unternehmen in der gesamten EU in Deutschland sind, sondern auch Sachsen-Anhalt ist von allen neuen Bundesländern am meisten betroffen. Wir haben die Grundstoffindustrie, wir haben die Kalkindustrie und die Zementindustrie. Es gibt kein zweites Bundesland, in dem es zwei Zementwerke gibt. Es wird Auswirkungen auf jeden einzelnen Verbraucher haben.

Die Zementwerke sagen uns: Ein Sack Zement wird sich um 40 % verteuern, wenn das Trittin'sche Verfahren, das bereits Ende März nach Brüssel weitergeleitet werden soll, umgesetzt wird. Zwangsläufig hat das zur Folge - wir müssen mal an Bernburg und Karsdorf denken -,

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ja, richtig!)

dass sich die Frage stellen wird, wie lange diese Werke im Wettbewerb bestehen können. Wenn wir nicht über die Mitwirkungsrechte der Länder erreichen, dass das Verfahren, das Trittin plant, gestoppt wird, bedeutet das: Millionen von Investitionen sind in den Sand gesetzt.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Richtig!)

Wir müssen jetzt erreichen, dass denjenigen in den alten Bundesländern, die eine verkürzte Diskussion führen, weil vielleicht auch der Sachverständige fehlt, vor Augen geführt wird, dass nicht nur aus dem gesamten Steuertopf, aus den Aufwendungen der Wirtschaft der alten Bundesländer Investitionen im Osten gefördert wurden, sondern dass diese Förderung auch noch für die Katz war. Das ist auch umweltpolitisch wirklich der Hohn, weil die Investition in moderne Industrie, die umweltfreundlicher ist, völlig umsonst war und weil dann die Produkte und Dienstleistungen dieser Industrie von Unternehmen in Ländern erbracht werden, die viel weiter weg sind von dem Ziel des Klimaschutzes.

Was haben wir gekonnt, wenn wir alle unsere Instrumente aus parteipolitischen Gründen aus der Hand legen, weil wir uns nicht trauen, gegenüber der Bundesregierung einmal zu sagen, was wir wollen? Wie ist uns da geholfen? Womit ist dem Klimaschutz gedient? - Deswegen auch mein Appell an die PDS.

(Frau Budde, SPD: Sie haben bisher keine Antwort gegeben!)

Herr Dr. Köck, Sie appellieren für den Klimaschutz, und Sie, Herr Dr. Thiel, appellieren für Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt. Das können Sie nur, wenn Sie für unsere Interessen eintreten. Das können wir nur erreichen, wenn wir gegenüber der Bundesregierung klarmachen, dass ein gerechtes Verfahren gefordert ist und notfalls der Zeitplan zu überdenken ist. Mehr können wir dazu eigentlich gar nicht sagen. Es müsste eigentlich reichen, damit wir gemeinsam in diesem Haus bei einem solch wichtigen Thema, das von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft der Wirtschaft in Deutschland ist, zusammenstehen.

Deswegen meine Aufforderung an alle Fraktionen, dem Antrag der Koalition zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frau Budde, SPD: Können Sie mir auch noch eine Antwort geben, Herr Gürth?)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Kollege Gürth, wenn ich mich recht entsinne, war da noch eine zweite Frage.

(Frau Budde, SPD: Die erste ist vor allem nicht beantwortet worden! - Minister Herr Dr. Daehre: Ausführlich!)

Herr Gürth (CDU):

Die Zuteilung? - Frau Kollegin Budde, auch dazu. Für die Verteilung der Zertifikate gibt es ein ziemlich kompliziertes Verfahren und für die Verteilung der nationalen Reserve gibt es mehrere Anmeldungen. Das ist kein Thema. Man kann es auf die Anlage bezogen machen.

Wir als neue Bundesländer - eigentlich alle Bundesländer - wären gut bedient, wenn wir als eine Art wirtschaftspolitisches Instrument die Möglichkeit bekämen, Zertifikate zuzuteilen. Wenn wir einen Teil dessen, was erwirtschaftet wurde, sozusagen regionalisieren - das wäre ein Ansatz, der durchaus denkbar wäre -, würde das bedeuten - das ist nur ein Verfahren, es gibt mehrere -, dass wir ohne dem Steuerzahler wieder in die Tasche greifen zu müssen, ohne Subventionen zu verteilen, die den Bürgern, den Unternehmen vorher über Steuern abgenommen werden müssen, Wirtschaftsförderung betreiben könnten.

Gesetzt den Fall - egal wer regiert -, wir bekämen in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von über 3 %, wie das in Deutschland einmal normal war, dann brauchen wir die Zuteilung von Zertifikaten und dann müsste eigentlich in den Regionen, in denen die Anlagen stehen, die am modernsten sind und die am meisten Early Actions erbracht haben, auch die Chance bestehen, solche Zertifikate zuzuteilen. Über das Verfahren kann man im Detail diskutieren. Frau Ministerin Wernicke würde Ihnen das Ganze im Detail auflisten können.

(Ministerin Frau Wernicke lacht)

Das wird die meisten hier im Hause wahrscheinlich gar nicht interessieren. Das muss auch nicht jeden im Detail interessieren. Man muss nur wissen, dass dieses Thema mit der komplizierten Überschrift Emissionsrechtehandel, das so abstrakt klingt, eines der bedeutendsten Wirtschaftsthemen für die Zukunft der Arbeitsplätze in Deutschland ist. Deswegen noch einmal mein Appell: Lassen Sie uns zusammenstehen und den Antrag der Koalitionsfraktionen gemeinsam beschließen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank - Zuruf von Herrn Reck, SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Nun erteile ich Frau Ministerin Wernicke das Wort.

Frau Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie aus früheren Befassungen mit dem Thema, auch im Landtag, wissen, habe ich als Umweltministerin das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionsrechtehandels nicht nur als ein zielgenaues Klimaschutzinstrument begrüßt; vielmehr habe ich deutlich gemacht, dass der Emissionsrechtehandel, soweit er sachgerecht ausgestaltet wird, geeignet ist, die von der Bundesrepublik im europäischen Rahmen eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen mit dem volkswirtschaftlich geringsten Kostenaufwand zu erfüllen - Letzteres insbesondere mit Blick auf unsere modernen Betriebe mit nur geringen Potenzialen für künftige Minderungen.

Das Thema ist nicht ganz so einfach, Frau Budde. Ich stelle fest, dass die SPD-Fraktion keinen umwelt- oder klimaschutzpolitischen Verantwortlichen hat. Ich glaube, es gelingt Ihrer Fraktion schlecht, Klimaschutzinstrumente und marktwirtschaftliche Vorteile sowie marktwirtschaftliche Instrumente auf einen Nenner zu bringen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Herr Gürth hat bereits darauf hingewiesen, dass in Sachsen-Anhalt wie in den anderen ostdeutschen Ländern der Großteil der deutschen Emissionsminderungsfolge erbracht wird. Herr Ruden hat dazu einige Zahlen genannt. Ich will diese nicht wiederholen.

Angesichts der Tatsache, dass die mittlerweile in Kraft getretene EU-Emissionsrechtehandelsrichtlinie ausdrücklich die Möglichkeit zur Anerkennung früherer Minderungsleistungen eröffnet, könnten unsere Unternehmen in eine Verkäuferposition hinsichtlich der Emissionsrechte gebracht werden.

Dies haben wir in der Umweltallianz gemeinsam mit der Wirtschaft als Forderung konkretisiert. Die bestehenden Unternehmen müssen die von ihnen erbrachten Minderungen in angemessenem Umfang über den nationalen Zuteilungsplan in Form von Zertifikaten zugeteilt bekommen. Der Anteil der Vorleistungen, die keinem Unternehmen mehr zugeordnet werden können, muss den ostdeutschen Ländern zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung aus der nationalen Zertifikatereserve zur Verfügung gestellt werden.

Wie Sie wissen, haben wir diesen Ansatz auch in einem Schreiben an den Bundeskanzler thematisiert. Es ist

schon gesagt worden, dass die Antwort darauf lange hat auf sich warten lassen.

Frau Budde, es ist nun einmal so: Die Menge der Befreiungen entscheidet später darüber, welche wirtschaftlichen Produktionen in welchem Umfang in einem Bereich tatsächlich noch realisiert werden können. Gerade deshalb ist es notwendig, dass dieses Treibhausgas-Emissionsrechtehandelsgesetz gemeinsam mit dem nationalen Allokationsplan zum einen im Bundesrat beraten wird und zum anderen auch im Bundestag zustimmungspflichtig ist.

Auch ich habe die Protokolle über die Debatte im Bundestag gut gelesen. Die einzigen Fraktionen, die dies, also auch die gemeinsame Behandlung zunächst im Bundesrat, fordern, waren die CDU/CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kosmehl, FDP)

Wenn sich weder Parlamentarier im Bundestag noch die Länder bei der Ausgestaltung des nationalen Allokationsplans einbringen können, wo bleibt dann die Einflussmöglichkeit des Landes? Dann ist Ihr Antrag tatsächlich Augenwischerei; denn - so sagte Herr Ruden bereits - das Instrument der Einflussnahme des Landes ist uns völlig verwehrt.

Ich habe schon den Eindruck, dass Sie sich mit Ihrem Antrag im Rahmen der Parteidisziplin bewegen; denn die SPD im Bundestag in Person des Herrn Kelber hat formuliert - ich zitiere -:

„Der Emissionshandel darf nicht zur Bevorzugung der Anlagen heutiger Marktteilnehmer gegenüber den Anlagen zukünftiger Marktteilnehmer führen. Manche Wirtschaftsverbände vertraten seltsame Vorstellungen, die aus meiner Sicht mit Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun hatten.“

Das ist ein Zitat von Herrn Kelber von der SPD-Fraktion im Bundestag. Ich stelle einmal infrage, dass Herr Mühlhaus das aufmerksam gelesen hat.

(Frau Budde, SPD: Herr Mühlhaus sowohl als auch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat mittlerweile klargemacht, dass sie die zum größten Teil im Osten erschaffene Zertifikatereserve für eigene Verteilungspolitische Ziele, wie die Absicherung der erheblichen Mehremissionen aus dem Atomausstieg, verwenden will. Interessen der neuen Bundesländer spielen bei der Denkweise des Herrn Trittin überhaupt keine Rolle.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Kosmehl, FDP, und von der Regierungsbank)

Bis heute hat die Bundesregierung noch keine Eckpunkte für diesen nationalen Zuteilungsplan, der immerhin bis zum 31. März 2004 bei der EU-Kommission eingereicht werden muss, vorgelegt.

Herr Köck, Zeitverzug muss sich diese Landesregierung nicht vorwerfen lassen. Zunächst ist die Bundesregierung in der Pflicht, diese zeitlichen Vorgaben der EU zu erfüllen. Aber es wäre nicht das erste Mal, dass die Bundesregierung, sprich der grüne Umweltminister, zeitliche Vorgaben der EU nicht einhält. Ich brauche nur an das Dosenpfand zu erinnern.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt keine Aufteilung der deutschen Minderungsziele auf die Makrosektoren Industrie, Haushalt und Verkehr. Es gibt keine weiteren Untersetzungen, sodass bei den Unternehmen keine Klarheit über die künftigen Belastungen besteht.

Durch die Diskussionspapiere der Bundesregierung, die die Länder im Übrigen nicht erhalten haben, werden meine Befürchtungen massiv bestärkt. So beabsichtigt die Bundesregierung, die anerkennungswürdigen Vorleistungen über ihre Definition zu beschränken. Vorleistungen sollen nur anerkannt werden, wenn sie aus klimaschutzpolitischen Gründen erfolgten.

Allerdings wurde jede Investition nach 1990 in der Industrie in diesem Land vordergründig als Neuinvestition, um Arbeitsplätze zu schaffen, in Gang gesetzt und nicht vordergründig unter dem Aspekt, klimaschutzpolitische Ziele zu erreichen. Das war lediglich ein positiver Nebeneffekt. Aber wenn ich dies als Ausschlusskriterium formulieren will, dann bringe ich mich umweltpolitisch tatsächlich in Riesenwidersprüche.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Die Bundesregierung will die Vorleistungen von einer Anerkennung ausschließen, wenn sie durch öffentliche Mittel gefördert wurden. Jedes Industrieunternehmen in unserem Land, welches intensiviert hat, wurde durch öffentliche Mittel gefördert. Daran sehen Sie: Die Denkweise der Bundesregierung ist einfach nicht nachzuvollziehen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Ich fordere in diesem Zusammenhang von der SPD in diesem Land, dass sie unser Anliegen unterstützt, dass sie die Bundesregierung auffordert, diese Argumente zu akzeptieren, und dass sie von mir aus auch mit ihren Kollegen im Bundestag redet, die dieses Instrument scheinbar auch noch nicht richtig verinnerlicht haben.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kosmehl, FDP)

Die Sonderzuteilung für Vorleistungen soll im Übrigen auf ein Volumen von 30 Millionen t CO₂ begrenzt werden. Die Hälfte davon würde allein schon für die Vorleistungen in Sachsen-Anhalt benötigt werden.

Als Teilerfolg unseres bisherigen Drängens ist die Festlegung in den BNU-Papieren zu werten, dass Neuanansiedlungen Zertifikate kostenlos nach dem Stand der besten verfügbaren Technik aus der Reserve zugeteilt bekommen. Aber für den so genannten Ostbonus, den wir einfordern, ist meines Erachtens auf Bundesebene und auf Länderebene im Moment noch keine Mehrheit zu erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 21. Januar 2004 wurde im Umweltausschuss des Bundesrats bereits über die Positionen der Länder diskutiert. Wir haben unsere Position, die eben unterstrichen wurde, eingebracht. Es wird schwierig sein, eine Mehrheit in der Frage der Anerkennung von Vorleistungen zu bekommen. Deshalb ist jede politische Kraft auch in diesem Land gefordert, uns hierbei zu unterstützen.

Frau Budde, ich will Folgendes wiederholen: Wenn wir, die Länder, keine Möglichkeit haben, diesen nationalen Zuteilungsplan mitzubestimmen, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, Kompetenzen in Bezug auf die Verteilung der Rechte zu erhalten, dann ist jegliche Diskussion

müßig, die darauf ausgerichtet ist, die Vorleistungen in unserem Land anerkannt zu bekommen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Ministerin Wernicke. - Nun hat noch einmal Frau Budde um das Wort gebeten. Ich gebe Ihnen drei Minuten.

Frau Budde (SPD):

Das reicht. Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich weiß, dass es vielleicht nicht so nett ist, kurz vor dem Mittag noch einmal zu reden, aber so richtig habe ich Ihre Aufregung nicht verstanden, Frau Dr. Wernicke.

(Heiterkeit - Unruhe)

Ich nehme an, Sie beziehen sich auf das Papier des Bundesumweltministeriums vom 9. Januar 2004. Ich habe mit dem gleichen Unverständnis die Passagen gelesen, die auch Sie gelesen haben. Diesbezüglich gibt es überhaupt keinen Dissens. Das habe ich vorhin auch ganz deutlich gesagt. Ich lese das mit dem gleichen Unverständnis; wir haben inhaltlich überhaupt keine andere Auffassung.

(Ministerin Frau Wernicke: Dann sagen Sie es doch!)

Ich finde es ein bisschen opportunistisch, wenn Sie sagen, wir wären nicht bereit, das in der Länderkammer zu diskutieren, weil es eine SPD-Bundesregierung gebe. Ich möchte Sie nicht fragen, wie Ihre Position wäre, wenn es eine CDU-FDP-Bundesregierung gäbe.

(Zurufe von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Kosmehl, FDP)

Ich habe hierzu tatsächlich eine andere Auffassung, weil das Problem viel vielschichtiger ist. Es mag ehrenwert sein, in der Länderkammer zu versuchen, die Länderrechte und die Interessen Sachsen-Anhalts durchzusetzen. Ich glaube nicht, dass das in der Form, wie Sie sich das vorstellen, gelingen wird.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir nicht der Auffassung sind, dass das dort klappen wird.

Sie haben das sozusagen als großes Problem aufgebaut und es ist in der Tat auch ein großes Problem. Aber uns das in der Debatte zuschieben zu wollen, als ob wir es nicht sehen würden und als ob wir als sachsen-anhaltinische SPD-Fraktion Herrn Trittin hinterher rennen würden, ist schon ein starkes Stück; denn wir haben an allen Ecken und Enden immer wieder betont, wo wir inhaltlich stehen.

Im Übrigen möchte ich mir Folgendes als kleinen Nebensatz leisten: Sie fordern immer wieder, dass die wirtschaftlichen Belange gegenüber Herrn Bundesminister Trittin in der Bundesregierung mehr Gewicht haben sollen. Das haben Sie unter anderem in der letzten Debatte gefordert. Sie haben gesagt, Sie wären immer froh, wenn Herr Clement dazu sprechen würde und nicht Herr Trittin. Ich kann Ihnen das Zitat zeigen. Man muss sich immer mal an das erinnern, was man gesagt hat.

Warum beschweren Sie sich eigentlich, wenn der Beitrag der SPD-Fraktion im Konsens zwischen Energie-

politikern, Umweltpolitikern und Wirtschaftspolitikern erarbeitet wird? Für die Landesregierung spricht die Umweltministerin. Das zu konstruieren, ist schon ziemlich heftig.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kann nur empfehlen: Lassen Sie uns sachlich debattieren. All Ihre Ansätze, die Sie hier vorgetragen haben, haben mir gezeigt, dass Sie im Grunde genommen nicht an der Sachdiskussion interessiert sind. Sie wollen zum Schluss nur sagen können: Schuld ist der Bundeskanzler.

(Herr Gürth, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Das ist nicht unser Ansinnen.

(Zuruf von Frau Fischer, Merseburg, CDU - Weitere Zurufe von der CDU)

- Schuld ist aber nicht der Bundeskanzler. Es ist ein Verteilungskampf innerhalb der Bundesrepublik, der nicht nur zu diesem Thema, sondern zu vielen anderen Themen stattfindet.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Ich könnte das vorhin Gesagte fast mit der gleichen Arroganz zurückgeben, Herr Kosmehl, obwohl der Altersunterschied zwischen Ihnen und mir nicht so groß ist wie zwischen dem Ministerpräsidenten und Frau Eva von Angern. Ich könnte jetzt sagen: Belesen Sie sich und beobachten Sie die nächsten Jahre. Die gesellschaftlichen Veränderungen und Auseinandersetzungen, insbesondere auf diesen Gebieten, werden noch größer werden, als wir sie uns bis jetzt vorstellen können. Das wird immer weniger ein Problem der Farbe, sondern immer mehr ein Problem zwischen reichen und armen Bundesländern werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/1338 ab. Wer stimmt zu?

- Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Mehrheit der Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir stimmen über den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/1316 ab. Wer stimmt zu?

- Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 18 abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beratung

Rechtsverhältnis Kunde und Bahnanbieter

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/1326**

Ich bitte Herrn Qual, für die einbringende Fraktion das Wort zu nehmen.

Herr Qual (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen wurde die vor zehn Jahren durchgeführte Bahnreform gewürdigt. Das gab Anlass dazu, eine ehrliche und kritische Bilanz zu ziehen, zumindest wenn man sich den Realitätssinn bewahrt hat. Die offizielle Darstellung der Reformergebnisse der Bahn ähnelt eher den Erfolgsberichten der DDR-Wirtschaft.

Die Realität sieht anders aus: Trotz der vom Steuerzahler getragenen Kosten in Höhe von 180 Milliarden € seit dem Jahr 1994 konnte bisher keines der Ziele der Bahnreform erreicht werden. Es wurde weder mehr Verkehr auf die Schiene geholt noch wurde der Staatshaushalt entlastet. Das Eisenbahnwesen kostet den Steuerzahler weiterhin rund 18 Milliarden € pro Jahr. Das belegt eine Analyse, die sich auf die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen herausgegebenen Daten stützt.

Während die Bundesregierung und die Bahnführung in Berlin die Bahnreform feierten, kürzte Rot-Grün die Investitionsmittel auf lediglich 2,8 Milliarden € für das Jahr 2004. Das kommt einem Offenbarungseid gleich. Rot-Grün kürzt, weil die UMTS-Mittel ausgelaufen sind und die Maut nicht fließt, obwohl vom Straßenverkehr auch ohne Maut mehr Steuern kassiert werden als je zuvor. Die Einnahmen stiegen von 35 Milliarden € im Jahr 1998 auf fast 50 Milliarden € im Jahr 2004.

Die für das Jahr 2004 angekündigten schwarzen Zahlen bei der Deutschen Bahn sind eine Pseudosanierung, sie sind nämlich das Ergebnis von bilanzkosmetischen Vorehrungen seit dem Jahr 2001.

Zu den Berichten über die Börsenpläne der Bahn wäre Folgendes zu sagen: Ein Börsengang ist nur möglich, wenn der Bund den Investor gegen alle Risiken absichert. Damit sollen - so die Vorstellungen - langfristige Zuschusszusagen für das Schienennetz und die Möglichkeit, das Netz an den Staat zurückzugeben, wenn es sich trotz Zuschüssen nicht rechnet, verbunden sein. Außerdem soll der Investor die Netzgröße und den Netzausbau mitbestimmen können. Die Rede ist von einer Verkleinerung um 4 000 km.

Durch einen Börsengang mit integriertem Netz wäre die Deutsche Bahn dauerhaft gegen unliebsamen Wettbewerb geschützt. Dies käme einer Volkaskoversicherung für den Investor zugunsten des Steuerzahlers gleich. Es ist klar, dass das einem Investor gefallen würde.

Die Anforderungen der Kunden und der Politik sind jedoch andere: mehr, besserer und billigerer Schienengelehr durch Wettbewerb und echtes Unternehmertum ohne Volkasko.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Das Rechtsverhältnis zwischen Bahnkunden und Bahnanbietern kommt dieser Volkaskommentalität sehr nahe.

Verehrte Damen und Herren! Ein Dauerproblem der Bahn ist die Pünktlichkeit. Rund 10 % aller Züge kommen zu spät an. Bisher müssen die Eisenbahnunternehmen nach der Eisenbahnverkehrsordnung gegenüber dem Kunden für Zugverspätungen nicht haften. Entschädigungsansprüche bei Verspätungen oder beim Ausfall von Zügen sind nicht vorgesehen bzw. mit den am 15. Dezember 2002 in Kraft getretenen neuen Beförderungsbedingungen der Deutschen Bahn AG weiterhin völlig unzureichend geregelt.

Aber lediglich 6 % aller Zugverspätungen sind auf nicht beeinflussbare, externe Ursachen zurückzuführen. Der Rest wird durch die Bahnbetreiber selbst verschuldet und ist oftmals ein Resultat von Missmanagement.

Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen vertreten mit ihrem Antrag die Auffassung, dass in diesen Fällen die Unternehmen haftbar gemacht werden sollten. Zukünftig sollte sich daher das Rechtsverhältnis zwischen den Fahrgästen und den Bahngesellschaften nach dem bürgerlichen Recht richten.

Dazu sind die entsprechenden kundenunfreundlichen Regelungen aus der Eisenbahnverkehrsordnung herauszulösen. Es sind angemessene rechtliche Regelungen zu schaffen, die einen gesetzlich geregelten Gewährleistungsanspruch beinhalten, wenn - das ist Voraussetzung - das Verschulden von Verspätungen und Ausfällen beim Bahnbetreiber liegt.

Durch die Anspruchsregelungen des BGB besteht dann für diesen Sachverhalt eine bundesweit einheitliche Regelung, und zwar unabhängig von einer etwaigen Kulanz des Eisenbahnunternehmens. Ich füge hinzu: Das entspricht einer Forderung vieler Bahnkunden im Rahmen des Verbraucherschutzes. Also gleiches Recht für alle Kunden.

Die Fahrgäste- und die Verkehrsverbände bezweifeln, dass es durch eine derartige Änderung von Haftungsvorschriften zugunsten der Bahnkunden zwangsläufig zu einer Erhöhung der Fahrpreise kommt, wie es die Bahn warnend behauptet.

Verehrte Damen und Herren! Ein attraktiver Bahnverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil zukunftsfähiger Mobilität. Deshalb muss eine erfolgreiche Bahnpolitik auch kunden- und verbraucherorientiert sein. Das heißt, der Kunde muss im Mittelpunkt der Unternehmenspolitik stehen, was bei kritischer Betrachtung der Bilanz der Bahnreform und der aktuellen Gegebenheiten leider nur sehr eingeschränkt festzustellen ist.

Der beste Verbraucherschutz für die Bahnkunden und der beste Rechtsschutz für die Bahn ist immer noch die Einhaltung der Pünktlichkeit, um Gründe für Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Bahnchef Mehdorn hatte unlängst öffentlich wenig hilfreich konstatiert, dass es meist kein großes Problem sei, wenn man einmal zehn Minuten zu spät am Ziel ankomme. Abgesehen davon, dass es sich oft genug nicht nur um Zugverspätungen von zehn Minuten handelt, muss die Frage gestattet sein, ob die Rechtsposition der Bahnkunden gegenwärtig korrekt geregelt ist, wenn diese keinen Gewährleistungsanspruch geltend machen können.

Die Folgen der Unpünktlichkeit der Bahn sind jedenfalls oft genug beträchtlich, etwa wenn ein Anschlusszug oder der Anschluss zu anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder zum Flugzeug nicht erreicht wird. Man kommt zu spät zum Dienst, zu wichtigen Geschäftsterminen oder in den Urlaub. Mitunter müssen zwangsläufig Taxifahrten oder Hotelübernachtungen in Anspruch genommen werden. Hinzu kommen weitere Unannehmlichkeiten wie ein langer Aufenthalt auf nicht selten sehr ungastlichen Bahnhöfen.

Näher an der Realität als der Bahnchef bewegen sich offensichtlich einige Bahnvorstände, die den Schlendrian und die lasche Haltung in Bezug auf die Pünktlichkeit massiv anprangern. Dabei wird auf eine alte Eisenbah-

nerregel geschworen: Die Sekunde ist Maßstab der Planmäßigkeit.

Ob eine solche Regelung, nach der, um die Anzahl der Zugverspätungen einzuschränken und Folgeverspätungen zu vermeiden, gar nicht mehr gewartet werden soll, dem Bahnkunden hilft, ist eher fraglich, zumal in einem Bahnpapier festlegt ist, dass zwischen 7 Uhr und 9 Uhr morgens grundsätzlich keine Wartezeit mehr gewährt wird. Das heißt doch nichts anderes, als dass im Berufsverkehr Züge auch dann pünktlich abfahren, wenn die Anschlusszüge unpünktlich sind.

Wir, die Fraktionen der FDP und der CDU, sind jedenfalls der Meinung, dass die Rückbesinnung der Bahn auf alte Tugenden wie Pünktlichkeit mit der von uns vorgeschlagenen Neuregelung des Rechtsverhältnisses zwischen Bahnkunden und Bahnanbieter nachhaltig unterstützt werden sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen und damit als Landtag die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat genau dafür einzusetzen; denn der bisherige Beratungsstand auf der Bundesebene entspricht keinesfalls unseren Erwartungen. - Ich bedanke mich herzlich.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Qual. - Bevor wir in die Debatte eintreten, hat Herr Minister Daehre um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Qual, ich denke, Sie haben in Ihren Ausführungen deutlich gemacht, dass Handlungsbedarf besteht, wenn wir ernsthaft auch weiterhin an dem Ziel festhalten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus Sachsen-Anhalt, sondern aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland verstärkt den Zug benutzen. Ich habe daran aber meine Zweifel. Ich bin deshalb froh darüber, heute in der „Mitteldeutschen Zeitung“ eine Zeichnung zu finden, bei der steht:

(Minister Herr Dr. Daehre hält einen Zeitungsausschnitt hoch)

„Preiserhöhung 1. April 2004 - Sie können sicher sein, die kommt pünktlich - Ihre Deutsche Bahn.“

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Das ist neben der Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehrsbereich im Dezember 2003 eine weitere Erhöhung. Ich denke, wenn es so ist, dass die Bahn die Preise für den Nahverkehr erhöht - die Länder waren dagegen, aber die Bundesregierung hat gesagt, der Preis wird so angesetzt und es wird so ablaufen - und jetzt auch im Fernverkehr die Preise erhöht, dann muss man sich nicht darüber wundern, dass die Bevölkerung immer unzufriedener wird und fordert: Wenn die Leistung nicht kommt, dann muss eine Entschädigung gezahlt werden.

Ich sage aber deutlich: Es kann nicht unser Ziel sein, dass wir dahin tendieren, dass Geld zurückgegeben wird; das Ziel muss vielmehr sein, dass die Leute tatsächlich pünktlich ankommen und pünktlich ihre nächste

Verbindung erreichen. Das muss das Ziel sein, nicht umgekehrt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Denn was nützt es mir im Endeffekt, wenn ich meine 10 € zurückbekomme, aber trotzdem wieder eine Stunde warten muss, bis der nächste Zug kommt.

Wenn wir uns heute vor Augen führen, wie es einmal gewesen ist, dann stellen wir fest: Wir als gelernte DDR-Bürger waren daran gewöhnt, in Halle eine Stunde warten zu müssen, bis wir nach Dresden weiterfahren konnten. Das soll aber nicht die Zielstellung sein.

Als ich das erste Mal in die Bundesrepublik einfahren durfte und man mir gesagt hat, du hast genau 60 Sekunden Aufenthalt, um von dem einen Zug in den anderen zu kommen - ich wollte es nicht glauben, aber es hat sogar funktioniert. Daran müssen wir anschließen, meine Damen und Herren: Es hat funktioniert. Das wieder zu erreichen, muss die Zielstellung sein, wenn wir die Bahn attraktiver machen wollen.

Die Rechtsbeziehungen zwischen Eisenbahnkunden und Verkehrsunternehmen werden immer noch geprägt durch öffentlich-rechtliche Vorschriften, die die Bahn einseitig bevorzugen. Ich will deutlich sagen: Es geht uns nicht nur um die Deutsche Bahn, sondern auch um die privaten Betreiber. Wir wollen sie alle in einem Boot haben. Es geht also nicht nur in die eine Richtung. Wenn Wettbewerb auf der Schiene da ist, dann muss das für den einen genauso wie für den anderen gelten.

In Anbetracht der Bahnreform und der wachsenden Zahl nicht bundeseigener Eisenbahnen im Wettbewerb um den König Kunden sind diese Vorschriften abzuändern bzw. abzuschaffen und durch Vorschriften zu ersetzen, die dem Bahnkunden die üblichen Verbraucheransprüche unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Eisenbahnverkehrs gewähren. Ich bin fest davon überzeugt, dass insoweit Konsens in diesem Hohen Haus besteht.

Aber nicht nur Politiker sind von der Notwendigkeit von Rechtsänderungen überzeugt, auch die Verkehrsunternehmen selbst wissen, dass ein hoheitliches Transportieren von Nutzern des öffentlichen Verkehrs nicht mehr zeitgerecht ist. Wir alle wissen, dass Gewährleistungsansprüche von Kunden in der Regel auf zwei Ebenen zu Verbesserungen führen:

Erstens. Der Anbieter bemüht sich verstärkt, die Leistungserwartungen seiner Kunden zu erfüllen, um Ersatzleistungen zu vermeiden.

Zweitens. Der Kunde ist stärker geneigt, Leistungen anzunehmen, da er auf die Leistungserfüllung stärker vertraut.

Was grundsätzlich gilt, das gilt auch für den öffentlichen Verkehr. Das wird in einem Positionspapier des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen zu Kundenrechten vom September 2003 auf den Punkt gebracht - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident :-

„Der VDV und seine Unternehmen stehen auch in Zukunft für eine Weiterentwicklung und Verbesserung der Kundenrechte. Entsprechende Aktivitäten unternehmen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen daher insbesondere im Bereich der Kundeninformation, des elektronischen Fahrgeldmanagements, bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs als geschlossene Reiseketten, durch Umwandlung von Kulanzleistungen in

Ansprüche, mit der Erarbeitung von Musterbeförderungsbedingungen.“

Sie sehen, meine Damen und Herren, wer wie der VDV den Kunden in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, wird schon von sich aus bemüht sein, dem Kunden als gleichberechtigtem Partner entgegenzutreten.

Diese freiwilligen Leistungen reichen aber nicht aus. Wenn wirklich ein Umdenken im öffentlichen Verkehr erfolgen soll, also weg vom Anstaltsnutzer und hin zum Kunden orientiert wird, muss auch das Recht entsprechend angepasst werden. Das Recht ist nun einmal Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses.

Es hat im Bundesrat eine entsprechende Initiative gegeben, die am 7. November 2003 in einen Beschluss mündete. Die Landesregierung hat diesen Beschluss unterstützt.

Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn dieses Haus uns heute diesen Auftrag gibt, damit wir bei den weiteren Verhandlungen mit der Bundesregierung über das angestrebte Regelwerk im Interesse des Kunden die notwendige Rückendeckung haben.

Ich hoffe, dass uns heute das Hohe Haus in einem breiten Konsens diesen Auftrag erteilt, im Interesse der Bahn, aber auch vor dem Hintergrund der Tatsache, meine Damen und Herren, dass wir mehr als 300 Millionen € im Jahr für den Regionalverkehr ausgeben, bisher aber nur 6 % der arbeitenden Bevölkerung in Sachsen-Anhalt den öffentlichen Personennahverkehr in Anspruch nehmen. Das muss sich ändern, weil die Anzahl der Nutzer im Verhältnis zu den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen, zu gering ist.

Damit die Zahl der Fahrgäste nicht noch geringer wird, müssen die Bahnanbieter sich bewegen und sie müssen den notwendigen öffentlichen Druck dazu erhalten. Darin sehe ich den Sinn des Antrages der FDP- und der CDU-Fraktion. Ich bedanke mich nochmals für die Initiative und hoffe, dass es zu einem einmütigen Konsens in diesem Hohen Hause kommt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Dr. Daehre. - Die Debatte der Fraktionen eröffnet Herr Kasten für die PDS-Fraktion. Bitte, Herr Kasten.

Herr Kasten (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Qual, eigentlich wollte ich eine Nachfrage an Sie stellen. Das ist mir aber, da Sie so schnell weg waren, nicht mehr möglich gewesen. Ich stelle diese Nachfrage deswegen an den Anfang.

Ich hatte angenommen, dass Sie zu dem Antrag sprechen würden. Dieser Antrag lautet:

„Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass sich zukünftig das Rechtsverhältnis zwischen Fahrgäst und Bahngesellschaften verbessert. Dazu sind die entsprechenden Regelungen aus der Eisenbahnverkehrsordnung herauszulösen und angemessene rechtliche Regelungen zu schaffen.“

Dazu, welche Regelungen aus der Eisenbahnverkehrsordnung herausgelöst werden sollen, habe ich von Ihnen nichts gehört. Aber Sie können ja in der zweiten Runde am Schluss darstellen, welche Regelungen Sie gemeint haben. Ich hatte eher den Eindruck, es handele sich um eine Aktuelle Debatte.

Trotzdem möchte ich jetzt zu dem Antrag sprechen. Dieser Antrag, Herr Qual, bereitet mir einige Bauchschmerzen, und zwar weniger inhaltlich, sondern wegen des Zeitpunktes der Einbringung. Vor einem Jahr wäre dieser Antrag innovativ gewesen, Anfang Oktober 2003 noch sachgerecht, heute ist es eher ein Nachtrag.

Ich weiß, dass dieser Antrag sinngemäß, durch Ihre Fraktion initiiert, in anderen Bundesländern wesentlich früher gestellt wurde. Für mich stellt sich die Frage: Warum erst jetzt?

Außerdem scheinen Ihnen die Ergebnisse der Arbeit des Bundesrates entgangen zu sein. Am 10. Oktober 2003 beantragte der Freistaat Bayern die „Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Rechtsstellung der Bahnkunden und zur Stärkung des Verbraucherschutzes“. Diese Entschließung wurde vom Präsidenten des Bundesrates, Herrn Professor Dr. Böhmer, auf die Tagesordnung der 792. Sitzung am 17. Oktober 2003 genommen. Mit einigen kleinen Korrekturen wurde diese Drucksache in der 793. Sitzung am 7. November 2003 zum Beschluss erhoben.

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung würde ich gern ein paar Punkte daraus zitieren.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kasten, es bedarf dieser Genehmigung nicht.

Herr Kasten (PDS):

Danke.

„Bei der Privatisierung der Deutschen Bahn sind die Rechtsverhältnisse zu den Kunden nicht ausreichend konsequent weiterentwickelt worden. Die Rechtsbeziehung zwischen der Deutschen Bahn und ihren Fahrgästen, wie sie derzeit besteht, ist grundsätzlich privatrechtlicher Natur (Beförderungsverträge). Dieses privatrechtliche Nutzungsverhältnis wird aber beispielsweise in wichtigen Sonderbereichen durch öffentlich-rechtliche Regelungen des Bundes, namentlich die Eisenbahnverkehrsordnung von 1938, zulasten des Verbrauchers modifiziert. In keinem anderen rechtlichen Bereich muss der Verbraucher für eine mangelhafte Leistung den vollen Preis bezahlen bzw. gegen seinen Willen eine mangelhafte Leistung abnehmen.“

Im 4. Nachtrag der Neufassung der Beförderungsbedingungen für Personen durch die Unternehmen der Deutschen Bahn AG vom 1. August 2003, gültig ab 14. Dezember 2003 wurden ebenfalls kleine Verbesserungen vorgenommen. Man kannte also diese Bundesratsinitiative.

Zur aktuellen Situation der DB AG ein paar Anmerkungen aus einem Interview des Vorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer vom 7. Januar 2004. Ich zitiere Herrn Manfred Schell, übrigens ehemals

CDU-Bundestagsabgeordneter, bevor er Gewerkschaftsvorsitzender wurde:

„Am vergangenen Mittwoch wurden im Berliner Hotel Ritz-Carlton zehn Jahre Bahnreform gefeiert. Dort waren sich alle Redner von Bahnchef Hartmut Mehdorn über Verkehrsminister Manfred Stolpe bis zum Bundeskanzler Gerhard Schröder einig: Die Bahnreform war richtig und ein voller Erfolg. Es war eine Jubelfeier.“

Was dort gesagt und gefeiert wurde, hatte oftmals nichts zu tun mit den 1993 formulierten Ansprüchen an eine zu privatisierende Bahn und erst recht nicht mit den Versprechungen, die zum damaligen Zeitpunkt den rund 400 000 Beschäftigten gemacht wurden. Das hat fatale Folgen.

Die Qualität der Arbeit, welche die Bahn gegenüber ihrer Kundenschaft ab liefert, hat einen Tiefstand erreicht. Dabei sind die aktuellen Verluste in einem erheblichen Maß Ergebnis eines Missmanagements - dem Projekt des neuen Fahrpreissystems. Damit wurden nach Angaben der DB AG 370 Millionen € in den Sand gesetzt.“

Ich weiß, die Redezeit geht zu Ende. Ich versuche zu straffen.

Grundsätzlich muss die Bahn sich endlich als Dienstleister begreifen. Der Bahnkunde muss seine Abhängigkeit von der Kulanz des Unternehmens mit Basisregelungen aus Anfang des 20. Jahrhunderts aufgelöst und eine Rechtsstellung entsprechend dem heutigen Stand erhalten. Geklärt werden muss die Rechtsstellung des Verkehrskunden im Bereich der Daseinsvorsorge. Ebenso sind die Eckpunkte einer Harmonisierung im Rahmen der EU zu erarbeiten. Allerdings bezweifle ich, dass unter Verkehrs- und Aufbau-Ost-Minister Stolpe deutliche Fortschritte erreicht werden.

Ich möchte noch ein kleines Zitat zu seinem Amtsverständnis anfügen:

„Ich betreibe ein von mir nicht gewünschtes und nicht angestrebtes, aber dennoch zu machendes Amt.“

Das war ein Zitat aus der „Wirtschaftswoche“ vom 9. Oktober 2003.

Was nun mit dem Antrag? Eigentlich ist er erledigt und könnte abgelehnt werden. Um aber im Sinne der hoffentlich jetzt ausgeschlafenen Antragsteller und der vielen Kunden zu handeln, schlagen wir eine Berichterstattung des Fachministeriums zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesrates vom 7. November 2003 inklusive der aus Landessicht zusätzlich bestehenden Ergänzungen im Fachausschuss vor. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kasten. - Ich habe nun bei unserem vorletzten Tagesordnungspunkt die Freude, Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen Quedlinburg auf der Tribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie werden jetzt also auch Frau Weiß hören. Sie haben das Wort.

Frau Weiß (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Pünktlichkeitssstatistik der Deutschen Bahn fahren 90 % ihrer Züge pünktlich in den Bahnhöfen ein. Das bedeutet aber auch, dass jeder zehnte Zug mit einer mehr oder weniger beachtlichen Verspätung ankommt. Die Folgen sind im besten Fall ein schneller Lauf zum Nachbargleis oder eine verpasste Anschlussverbindung, wobei die Anschluss sicherheit nach der Statistik immerhin bei 97 % liegt.

Ich habe in meiner Stadt Halberstadt schon mehrfach mehr als fünf Minuten am Gleis gestanden. Im besten Fall ist das unangenehm. Was aber, wenn wegen Verspätung ein Flug oder die letzte Anschlussmöglichkeit nicht mehr wahrgenommen werden kann?

Wer einen dem wahren Schaden entsprechenden Ersatz erwartet, täuscht sich. Wer wegen Verspätung des Zuges seinen Flieger verpasst oder dadurch zusätzliche Kosten erleidet, hat keinen Anspruch auf Entschädigung. So will die Eisenbahnverkehrsordnung. Sie setzt nicht nur das Bürgerliche Gesetzbuch weitgehend außer Kraft, sondern verstößt nach Ansicht von Rechtswissenschaftlern auch gegen europäisches Recht.

Man mag es kaum glauben: Der Haftungsausschluss der Eisenbahnverkehrsordnung aus dem Jahr 1938 ist weiterhin geltendes Recht. Somit, Herr Kasten, beantworte ich auch die von Ihnen gestellte Frage, worauf wir mit dem Antrag hinauswollen.

Bisher zahlt die Deutsche Bahn Entschädigung für Verspätungen lediglich auf Kulanzbasis, zum Beispiel in Form von Hotelübernachtungen oder Bahnfahrtgutscheinen.

Auf jeden Fall gilt: Die Eisenbahn-Verkehrsordnung ist antiquiert und stammt aus einer Zeit, in der die Bürger dankbar sein durften, dass ihnen ein Beförderungsangebot gemacht wurde.

Geradezu generös mutet das Entgegenkommen der Bahn an, wenn sie bei ICE-Verspätungen 10-€-Gutscheine an ihre Kunden ausgibt, die diese beim nächsten Ticketkauf anrechnen lassen dürfen. Bei mehr als 90 Minuten Verspätung sind es sogar über 25 €.

Europäische Nachbarn sind da allerdings weiter. In den Niederlanden etwa erhält der Bahnkunde immer ein Viertel des Ticketpreises zurück, wenn der Zug eine halbe Stunde verbummelt.

Auch in Deutschland sollte meiner Meinung nach gelten: Die Bahn muss die Kundinnen und Kunden noch stärker in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Bahnchef Hartmut Mehdorn hat der Bundesregierung ja inzwischen zugesagt, in die allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Fernverkehr einklagbare Ansprüche aufzunehmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dies bislang nicht ausreichend gefunden, weil die allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit einseitig geändert werden können. Außerdem ist der Zugverkehr nicht mehr ausschließlich auf den Anbieter Deutsche Bahn AG begrenzt. In der Region Halberstadt soll künftig das Unternehmen Connex Schienenverkehr betreiben.

Das muss sich ja nicht zwangsläufig den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Bahn anschließen. Ich bin daher der Meinung, dass sich die Bürger auf verbindliche und belastbare Haftungsregeln verlassen können müssen.

An die Adresse der Bahnunternehmen sei gesagt: Ich weiß gerade von der Deutschen Bahn AG, wie stark sich

die Mitarbeiter täglich um Service und Pünktlichkeit bemühen. Wenn ihnen vernünftige Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen und sie sich voll entfalten können, dann - da bin ich mir sicher - wird die Zahl der Haftungsfordernungen ohnehin rückläufig sein. Ich wünsche mir von den Bahnbetrieben deshalb mehr Courage. Gehen Sie das Thema „Haftung“ positiv an und arbeiten Sie an Qualität und Pünktlichkeit!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die besten Schadensersatzforderungen sind doch ohnehin die, die niemals gestellt werden.

Zu dem Antrag - Sie haben gesagt, Ausschussüberweisung - möchte ich sagen: Dieser Antrag ist nicht zu spät. Solange sich das Rechtsverhältnis für die Bürger nicht geändert hat, bleibt die Begleitung dieses Themas immer auf der Tagesordnung. Deswegen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Damit meine ich nicht nur Sie von der SPD-Fraktion, sondern auch Sie von der PDS. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Weiß. - Nun spricht Herr Sachse für die SPD-Fraktion.

Herr Sachse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, nach einer gewissen Auszeit an dieser Stelle für die SPD-Fraktion die verkehrspolitischen Vorstellungen wieder vortragen zu können.

Das Thema „Fahrgastrechte“ ist ein altes Thema. Es ist auch für die SPD immer ein wichtiges Thema gewesen. Ich selbst kann mich an die Diskussionen in den Jahren 1993 und 1994 erinnern. Ich sage das, ohne auf die Bahnreform auszuweichen; denn die Frage der Fahrgastrechte ist unabhängig von dieser Reform.

Dass dieses Thema wichtig ist, gilt - das habe ich schon gesagt - sowohl für den Landtag als auch für den Bundestag, der sich zuletzt im November 2003 auf der Grundlage eines FDP-Antrages vom Oktober 2003 mit der Haftung bei Verspätungen beschäftigt hat. Es ist darauf hingewiesen worden.

Nebenbei hat sich aber auch der Bundesrat am 7. November 2003 damit beschäftigt. Daraus ergibt sich für mich die Grundsatzfrage, Herr Kollege Qual, warum Sie eine Problematik in den Mittelpunkt Ihres Antrages stellen, nämlich eine Bundesratsbefassung, mit der sich auch der Bundesrat gerade erst beschäftigt und zur Haftung einen klaren Auftrag in Richtung Bundesregierung gegeben hat. Es ist unverständlich, weshalb Sie uns hier noch einmal damit beschäftigen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Minister Herr Dr. Daehre: Man kann es der Bundesregierung nicht oft genug sagen! - Herr Schröder, CDU: Der Einsatz bleibt wichtig!)

Die Gründe dafür, weshalb Sie diesen Antrag nun in den Landtag eingebracht haben, können nur Sie selbst kennen.

(Herr Schröder, CDU: Das Rechtsverhältnis hat sich doch nicht geändert!)

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt hinaus; denn ich stimme Ihnen darin zu, dass die bisher geltenden

Kulanzregelungen der Deutschen Bahn den gesetzlichen Rahmen, der bisher existiert, nicht hinreichend ausfüllen können. Da gibt es tatsächlich Handlungsbedarf. Wir stehen für einen modernen und effektiven Verbraucherschutz im Eisenbahnverkehr.

Durch die Antragsbenennung werden die Fahrgastrechte leider wieder nur auf den Bereich der Bahn und damit wieder nur auf das Rechtsproblem Verspätung oder Ausfall von Zügen und deren Entschädigung beschränkt. Insbesondere Sie selbst - in den Wortmeldungen vorher wurde es auch angesprochen - sprachen an, dass Fahrgastrechte nicht nur Entschädigungen beinhalten, sondern eben auch Fragen wie Service - die Bahnhofsqualität ist hier angesprochen worden - und Preis, auch Qualitätsansprüche allgemein.

Es muss erneut gefragt werden, warum Sie diese Einschränkung bewusst vornehmen; denn im Kundensinne müssten wir die Probleme umfassender diskutieren. Deswegen komme ich auch darauf zu sprechen, warum wir nicht im Ausschuss in Ruhe darüber reden wollen und warum wir im Hauruck-Verfahren jetzt etwas über eine erneute Bundesratsinitiative machen wollen.

(Herr Schröder, CDU: Zuerst sind wir zu spät, jetzt ist es ein Hauruck-Verfahren!)

- Es geht um den Umfang, Herr Kollege. Da müssten Sie schon ein wenig differenzieren. - Die Besonderheit der Bahn für den Verbraucherschutz wird oft infrage gestellt. Deshalb wissen Sie auch, dass es eine Besonderheit für das System Bahn gibt. Ich denke nur an die Abstimmung von Nahverkehr und Fernverkehr und an die Frage: Welche Vorrangfragen gibt es? Das alles sollte in Ruhe besprochen werden. Auf die angemessenen Regelungen ist schon von Herrn Kasten eingegangen worden.

Aus der Bundestagsdebatte dürfte Ihnen bekannt sein, dass sich das BGB für die Komplexität und die Details eines sich schnell verändernden Verkehrsmarktes nicht eignet. Wir sind uns darin einig, dass die Beförderungsbedingungen zugunsten von Kundenrechten vereinheitlicht und konkretisiert werden sollten. Das ist unstrittig. Auch wir treten dafür ein, dass die EVO entsprechend angepasst werden soll.

Ich habe aber nicht verstanden bzw. ich muss Sie fragen, an welche Fassung des § 17 EVO Sie gedacht haben, als Sie die Streichung oder die Herauslösung angesprochen haben. Sie wissen, es gibt eine alte Fassung. Sie wissen aber auch, es gibt eine Neufassung, eine zwischenstaatliche Vereinbarung. 41 Staaten haben sich darauf verständigt. Ich bin mir unsicher, ob sie schon in nationales Recht umgesetzt worden ist. Auch da kommen Sie mit Ihrem Anliegen wahrscheinlich ein wenig spät.

Es ist absehbar, dass es für die Bahn klare Haftungsbedingungen geben wird. Es gibt schon eine Neufassung des § 17 der Eisenbahnverkehrsordnung, in der im ersten Absatz ausgeführt wird - ich zitiere -:

„Der Beförderer haftet dem Reisenden für den Schaden, der dadurch entsteht, dass die Reise wegen Ausfall, Verspätung des Zuges oder Versäumnisses des Anschlusses nicht am selben Tag fortgesetzt werden kann.“

Ich setze dieses Zitat jetzt nicht fort, weil das Ende meiner Redezeit erreicht ist. Wenn aber bestimmte Regelungen schon auf einem, man könnte sagen, sogar rechtlich fixierten Weg vorhanden sind, stellt sich die Frage:

Warum wollen wir denn dann hier noch eine Bundesratsinitiative einleiten?

(Herr Schröder, CDU: Antragstext lesen!)

Ich werbe dafür, dass wir über das Thema noch einmal im Ausschuss fachpolitisch beraten. Ich sichere Ihnen zu, dass wir das dann nicht im Gegenpart machen, sondern dass wir das im Kompromiss machen; denn es geht um die Rechte der Kunden bzw. der Fahrgäste in unserem Land. Dazu stehen wir in jedem Fall.

Die Überweisung in den Ausschuss mit dem Ziel einer erneuten fachpolitischen Beratung ist somit der Antrag der SPD-Fraktion. Wenn Sie dieses Thema wirklich ernsthaft angehen wollen, dann sollten Sie sich diesem Anliegen nicht verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Sachse. Möchten Sie eine Frage von Herrn Kasten beantworten? Er hat sich gerade gemeldet.

Herr Sachse (SPD):

Ja. - Vielen Dank, Herr Kasten.

Herr Kasten (PDS):

Herr Kollege Sachse, ich freue mich erst einmal über Ihre Rückkehr in den Landtag. Wir haben damit eine Qualität in der Diskussion, die angenehm ist.

Sie haben unsere Anmerkungen aufgegriffen und haben deutlich gemacht, dass der Antrag, wenn er direkt abgestimmt wird, im Prinzip keine Berichterstattung oder Beratung im Ausschuss ermöglicht. Ich möchte sagen, dass wir Ihren Antrag, den Sie jetzt gestellt haben, zu einer Berichterstattung im Ausschuss unterstützen.

Herr Sachse (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Kasten. Ich stimme Ihnen zu. Ich denke, es würde den einbringenden Fraktionen nicht zur Ehre gereichen, die Antragspunkte jetzt blind nacheinander abzustimmen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Na!)

Es ist - das glaube ich - angeraten, das Thema fachpolitisch und seriös zu behandeln;

(Minister Herr Dr. Daehre: Ui, ui!)

denn das sind Kundenrechte meines Erachtens nach wert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Sachse. - Nun zum Abschluss Herr Qual bitte noch einmal.

Herr Qual (FDP):

Meine Damen und Herren! Zunächst einmal die Antwort auf die Fragen sowohl von Herrn Kasten als auch von Herrn Sachse. Ich habe nur verbal darauf hingewiesen, dass sich die Kulanzregelung aus der Eisenbahnverkehrsordnung heraus ergibt. Konkret meine ich die Kulanzregelung, die sich aus den §§ 17 und 18 EVO

in der Fassung vom 1. Januar 2003 ergibt. Sie ist im Dezember 2003 ergänzt, konkretisiert und erneuert worden. Es betrifft die Angelegenheiten der Verspätung und der Ausfälle von Zügen sowie die Regelung der Fahrpreiserstattung.

Ich schlage vor und gebe die Empfehlung, keine Überweisung des Antrages in den Ausschuss vorzunehmen. Wir wissen alle, dass die Diskussion im Bundesrat sehr weit vorangeschritten ist, aber dort - das wurde mir noch einmal bestätigt - noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde. Eine Überweisung in den Ausschuss und eine Diskussion dort hieße, dass wir nicht vor März zu einer gemeinsamen Auffassung kämen. Uns würde dann die Zeit absolut überrollen und die Angelegenheit wäre dann so oder so entschieden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Die Landesregierung wäre dann nicht die Lage versetzt, rechtzeitig mit dem Votum des Landtages ausgestattet zu sein, um aktiv und rechtzeitig eingreifen zu können.

Verehrter Kollege Sachse, was die umfassende Diskussion angeht, reiht sich das ein in meine Argumentation: Wenn wir das jetzt noch umfassend diskutieren würden - über weitere Verkehrsträger - dann würde sich das noch weiter hinauszögern.

Ich würde sagen, der Ausschuss hat ohnehin die Möglichkeit, sich mit diesen Dingen noch einmal zu befassen, sodass wir gleichermaßen in diesem Sachverhalt, in diesem Sachzusammenhang die anderen Verkehrsträger mit beleuchten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Qual, beantworten Sie eine Frage des Herrn Kasten? - Bitte.

Herr Kasten (PDS):

Herr Qual, ich habe den Eindruck, Sie haben mich missverstanden. Wir haben nicht gesagt: Ersatz dieses Antrages durch die Berichterstattung, sondern: Beschluss des Antrages mit Ergänzung Berichterstattung im Ausschuss. Ich habe schnell nachgeguckt: Unsere nächste Ausschusssitzung ist am 6. Februar. Das heißt, das kann relativ schnell geschehen, insbesondere da wir ja noch in dem Verfahren, wie Sie sagen, auf der Bundesebene sind. Damit hätten wir eine Ergänzung drin, die Sie selber als sachgerecht sehen. Es ginge auch über die Selbstbefassung, aber ich denke, das wäre das einfacher parlamentarische Verfahren.

Herr Qual (FDP):

Herr Kollege Kasten, trotz alledem hätten wir dann erst im März die Möglichkeit oder sogar noch später, im April, die Landesregierung mit dem Votum des Landtages auszustatten, und das ist uns einfach zu spät.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Qual, wenn ich es richtig sehe, möchte Herr Sachse noch eine Frage stellen.

(Herr Sachse, SPD: Ja!)

Herr Kasten dann noch mal.

Herr Sachse (SPD):

Ich habe gerade versucht, mich kundig zu machen zu Intervention und Frage. Ich bin mir jetzt unsicher. Ich denke, ich habe eine Frage.

Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ist Ihnen die Situation der Beschlusslage bekannt, die Neufassung des § 17 auf der Grundlage der COTIF-Überkunft, das heißt eines völkerrechtlichen Vertrages, und die Formulierung, die ich als Zitatansatz vorgetragen habe? Ist Ihnen das bekannt und auch, dass im Jahr 2004 diese Formulierung voraussichtlich wirksam wird? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Würden Sie zustimmen, dass wir im Zuge der Selbstbefassung dieses Themas, das heute von Ihnen nicht überwiesen worden ist, noch einmal im Ausschuss behandeln und ganz einfach die Dinge noch einmal in Ruhe aufzustrippen, warum, wieso und auf welchem Stand die Bundesregierung jetzt die Angelegenheit eigentlich aussitzt? Das scheint mir noch einmal wichtig zu sein. Hier ist nämlich einiges durcheinander gekommen. Der Minister schmunzelt ein bisschen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Ich freue mich über Sie!)

Ich glaube, er weiß, um was es sich handelt. Würden Sie dem zustimmen?

Herr Qual (FDP):

Ja, mir ist bekannt, worauf Ihr Hinweis auf das europäische Recht zielt. Aber es ist, wie gesagt, nicht umgesetzt in unsere ganz konkreten Regelungen.

Die zweite Frage habe ich eigentlich vorhin schon beantwortet,

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

dass wir uns selbstverständlich völlig unabhängig von der Beschlussfassung heute - ich hoffe, dass das der Landtag so trägt - mit diesen Angelegenheiten im Ausschuss befassen können. Ich würde also sehr gern Ihren Vorschlag aufgreifen wollen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kasten wollte noch einmal nachfragen.

Herr Kasten (PDS):

Herr Qual, Sie haben mich missverstanden: Wir tragen den Text. Ohne jetzt weiter zu diskutieren, fahren wir die Zeitschiene mit und wollen gleichzeitig in dem Beschluss eine Berichterstattung in der nächsten Ausschusssitzung verankern.

(Herr Schomburg, CDU: Das ist ein bisschen früh! Übernächste!)

Wenn dies zustande kommt, ist Ihre Zeitplanung im Prinzip eingehalten. Damit haben wir kein Problem. Es sei denn, Herr Minister Dr. Daehre sagt, er sei im Februar nicht berichterstattungsfähig.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. Ich mache jetzt einfach - -

Herr Qual (FDP):

Man muss zu einem Ende kommen. Wir möchten einfach an dieser Stelle die Kopplung nicht haben. - Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Wenn ich Herrn Kasten richtig verstanden habe und Herrn Sachse auch, soll das alles so beschlossen werden. Aber Sie wollen einen Satz anfügen, der heißen könnte: „Darüber soll die Landesregierung im Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr berichten.“ Das ist, wenn ich das recht verstanden habe, der Antrag. Also eine Ergänzung.

Darüber lasse ich jetzt auch als Erstes abstimmen. Wer dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist das abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag, so wie er wörtlich vor Ihnen liegt, ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Stimmenthaltungen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag so ohne Gegenstimmen bei vielen Enthaltungen angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 19 beendet.

Ich rufe als letzten den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung**Erhalt des Waggonbaustandortes Halle-Ammendorf****Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/1312**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/1343

Ich bitte zunächst Herrn Felke, für die SPD-Fraktion diesen Antrag einzubringen.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast auf den Tag genau zwei Jahre ist es her, dass der Aufsichtsrat der DWA - Deutsche Waggonbau AG - über die Schließung des Werkes Ammendorf befinden sollte. Bekanntermaßen kam es nicht dazu, weil Beschäftigte, Betriebsrat und Gewerkschaft, ein breites Aktionsbündnis in der Stadt sowie das Engagement von Landes- und Bundesregierung dies verhindert haben.

Dieser Entscheidung voraus ging ein hartes Ringen mit den Verantwortlichen von Bombardier. Stück für Stück musste ihnen abgetrotzt, sie mussten an den Verhandlungstisch nahezu gezwungen werden. Bombardier war gehalten, permanent zur Situation in Ammendorf Stellung zu nehmen. Eine vorschnelle Entscheidung gegen den Standort konnte so verhindert werden. Eine ganze Reihe von Mitgliedern dieses Hauses wird sich noch an diese bewegenden Tage und Wochen erinnern können.

Den Durchbruch brachte damals sicherlich das direkte Engagement des Bundeskanzlers, dem es gelang, den Konzernverantwortlichen deutlich zu machen, dass der Standort mit seinen Qualitäten auch weiterhin ein wirtschaftlich arbeitender Teil des Bombardier-Konzerns

bleiben muss. Zudem konnte er vermitteln, dass das Werk als größter Industriebetrieb in der Saalestadt eine wichtige Rolle für die gesamte Region spielt.

Aber auch die Zusagen und die eingegangenen Verpflichtungen der Landesregierung zur Übernahme und Entwicklung des Altstandortes Werk I haben dazu geführt, dass wir heute überhaupt noch über den Waggonbau in Halle reden können.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Landtag hatte sich in dieser Zeit mehrfach im Plenum und in den Ausschüssen mit der Problematik befasst. Gemeinsame Beschlüsse von CDU, SPD und PDS forderten von der Landesregierung, Vorschläge zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Produktion am Standort Ammendorf zu erarbeiten. An die Bundesregierung wurde appelliert, sich aktiv für diesen leistungsfähigen Betrieb einzusetzen. Der Stadtrat von Halle und auch der Bundestag unterstützten die Waggonbauer mit entsprechenden Beschlüssen.

Aber auch der parteipolitische Schlagabtausch prägte die damalige Diskussion. Einige Kostproben: Die MIT forderte vom Ministerpräsidenten konkrete Schritte zur Rettung des Waggonbaustandortes Ammendorf. „Eine Politik der Betroffenheit reicht nicht aus, um das Werk vor einer drohenden Schließung zu bewahren“, erklärte MIT-Landeschef Detlef Gürth.

Auch die FDP hatte etwas beizusteuern. Die Generalsekretärin Cornelia Pieper machte für die drohende Schließung des Waggonbauwerkes eine falsche Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Höppner verantwortlich. Wenn Ammendorf tatsächlich geschlossen werden sollte, trage der Regierungschef dafür die persönliche Verantwortung - so wörtlich Frau Pieper.

Meine Damen und Herren! Derartig einseitige Schuldzuweisungen haben damals niemandem geholfen und helfen heute nicht weiter, am allerwenigsten den Beschäftigten in Ammendorf.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie gingen zudem völlig an der eigentlichen Sache vorbei und waren schlichtweg falsch.

Für uns ist klar: Der Durchbruch, der vor zwei Jahren erreicht wurde, als die Schließungspläne vom Tisch kamen, war nur ein Zwischenstand. Jedem musste einleuchten, dass die Arbeit auf allen Ebenen mit aller Kraft fortgesetzt werden muss, um eine klare Perspektive für den Waggonbau in Halle zu bekommen.

Dabei schließen wir ausdrücklich den Bund mit ein. Wenn, wie in der vergangenen Woche bekannt wurde, die Deutsche Bahn AG Aufträge für den Bau neuer Züge verschieben will, ist das sowohl aus der Sicht der Fahrgäste als auch aus der Sicht der Schienenfahrzeugbauer eine falsche Entscheidung.

Wir appellieren an die Bundesregierung, hier entsprechend gegenzusteuern und im Rahmen der Verhandlungen mit der DB AG die Möglichkeit von weiteren Auftragsvergaben an den Bombardier-Standort Ammendorf zu erörtern.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir verfolgen aber auch sehr genau, wie sich das Land für den Standort Ammendorf engagiert und wie die gewonnene Zeit genutzt wird. Die Ergebnisse freilich sind mager. Wenig hört man von dem

Wirtschaftsbeirat und dessen Leiter, dem Wahlkampfberater und Bahnexperten Johannes Ludewig.

Noch im Mai des letzten Jahres klang das alles ganz anders. Damals konnte sich Herr Ludewig vorstellen, dass Ministerpräsident Böhmer die Gelegenheit nutzt, mit den Bombardier-Managern, die dem Wirtschaftsbeirat angehören, über die Zukunft des Waggonbaubetriebes in Halle-Ammendorf zu sprechen - offensichtlich folgenlos.

Groß angekündigt wurde die Kanadareise des Ministerpräsidenten, in deren Verlauf er sich für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze in Ammendorf einsetzen wollte. Danach war der „Mitteldeutschen Zeitung“ zu entnehmen, dass der Ministerpräsident keine Möglichkeit sieht, den Konzern davon abzubringen, bei dem Waggonbau in Ammendorf Arbeitsplätze abzubauen.

Weiter hieß es, er habe sich aber dafür eingesetzt, den Stellenabbau zeitlich zu strecken. Bombardier könne das ermöglichen, indem der Konzern Regionalzüge für das Land in Halle bauen lasse. Böhmer forderte den Konzern auf, sich an Ausschreibungen des Landes für den Bau moderner Regionalzüge zu beteiligen. - Dies hat das Unternehmen gemacht. Der Ausgang ist bekannt.

(Frau Weiß, CDU: Aber erst aufgrund der Aufforderung! - Herr Schröder, CDU: Erst nach Aufforderung! - Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

- Sie haben sich beworben, oder?

(Herr Schröder, CDU: Nicht im Ausschreibungsverfahren! Erst nach Aufforderung!)

- Sie haben sich beworben. - Es besteht die Gefahr, dass die Kompetenzen im Bereich des Fahrzeugbaus völlig verloren gehen. Wenn im Jahr 2005 die letzten Neigetechnikzüge ausgeliefert sind, könnte ein schleichender Tod einsetzen, befürchtet der Ammendorfer Betriebsrat. Ammendorf würde zu einem Standort zweiter Klasse werden.

Für einen ausschließlich als Zulieferer und Instandhalter tätigen Anbieter gibt es zudem in der derzeitigen Mitbewerbersituation nur eine denkbar schlechte Perspektive. Weitere Entlassungen wären zu befürchten.

Meine Damen und Herren! Als einen Erfolg betrachten die Ammendorfer Waggonbauer zweifellos die von dem Arbeitsdirektor Herrn Schönholz unterzeichnete Betriebsvereinbarung zur Standortsicherung vom November des letzten Jahres. Darin wird neben der Neuausrichtung zum Servicestandort und dem Aufbau des Bereiches Interieur ausdrücklich die Erhaltung der Endmontagekompetenz für Local-Content-Anforderungen als Zielstellung formuliert.

Wenn ich mir Ihren Änderungsantrag anschau, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalition, frage ich mich allerdings, ob wir über dasselbe Papier reden. Nicht der Bund ist hier der Adressat, sondern es werden ausdrücklich das Nordharznetz, die Bördelandbahn und die S-Bahn Halle-Leipzig genannt.

Die Option des Aufbaus einer weiteren Fertigungsline für das Produkt „Talent“ wird formuliert. Mit dem Wirtschaftsministerium fanden Gespräche über die Förderung der entsprechenden Vorrichtungen statt. Allen Beschäftigten in Ammendorf war dabei klar, dass es überhaupt nicht darum geht, wie lange das Werk mit einem Landesauftrag ausgelastet ist. Vielmehr geht es darum, mit einem entsprechenden Local Content ein eindeutiges Signal an die Konzernspitze zu senden und damit

deutlich zu machen, dass das Land zu dem Standortvertrag steht.

(Zustimmung bei der SPD)

Zudem hätte es die Verhandlungsposition der Landesregierung gegenüber dem Unternehmen Bombardier erheblich gestärkt.

Parallel zur letzten Landtagssitzung wurden wir vom Verkehrsminister bezüglich des Nordharznetzes über die Gründe für die Vergabe an die Unternehmen Connex und Alstom informiert. Der Standortsicherungsvertrag war dem Minister ganz offensichtlich nicht bekannt,

(Frau Weiß, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

da er ihn, wie es dort geschehen ist, als eine betriebsinterne Vereinbarung bewertete. - Frau Weiß, Sie waren dabei. Sie müssten es eigentlich besser wissen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hierbei in fataler Weise das Wirtschafts- und das Verkehrsministerium völlig unabgestimmt agieren. Die Leidtragenden wären die Beschäftigten in Ammendorf und bei vielen Zulieferbetrieben in der Region.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Quatsch!)

- Sie sollten den Betroffenen in Ammendorf sagen, dass Sie das alles als Quatsch bezeichnen.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Meine Damen und Herren der Koalition, wir unterstützen Sie ausdrücklich bei Ihrem Appell an die Bundesregierung. Aber bei den Entscheidungen, die im Land zu fällen sind, erwarten wir die gleiche Konsequenz. Die Vergabe des Nordharznetzes darf kein Präjudiz sein. Wenn Ihnen an einer offenen Aussprache gelegen ist, kann ich nicht verstehen, was Sie gegen eine Anhörung einwenden haben. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass die Auftragssituation für den Waggonbau Ammendorf verbessert wird, auf Landes- wie auf Bundesebene.

Meine Damen und Herren! Betrachtet man die Firmengeschichte von Bombardier, so wird man feststellen, dass gerade die Schienenfahrzeugsparte einen großen Aufschwung durch Aufträge im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Montreal erfahren hat. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Ammendorfer Waggonbauer in die Lage versetzt werden, einen gleichen Beitrag für Leipzig leisten zu können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Felke. - Für die Landesregierung hat Minister Herr Dr. Rehberger um das Wort gebeten. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Felke hat mit Recht darauf hingewiesen, dass im Jahr 2002 der Eigentümer des Werkes in Ammendorf, die Firma Bombardier, drauf und dran war, dieses Werk zu schließen; denn die Situation im Waggonbau ist in Deutschland und in Europa leider nicht so, dass die

Zahl der Aufträge zunimmt. Vielmehr hat die Zahl der Aufträge deutlich abgenommen und nimmt weiter ab.

Ich möchte nicht beleuchten, was bei den Absprachen zwischen Bombardier, der Bundesregierung und der Landesregierung im Einzelnen gelaufen ist; denn das ist in der Vergangenheit bereits getan worden. Ich möchte lediglich drei wesentliche Ergebnisse in Erinnerung rufen.

Erstens war man sich einig über den Kauf von Flächen bzw. des Kraftwerkes durch das Land bzw. durch die Stadt Halle für einen Kaufpreis von 7,5 Millionen €.

Zweitens war man sich - so höre ich aus dem Bombardier-Konzern - darüber einig - das war das Ergebnis der Gespräche mit dem Bundeskanzler -, dass Zugbestellungen durch die Deutsche Bahn AG in spürbarer Größenordnung durchgeführt werden sollten. Offensichtlich sind damals im Bundeskanzleramt die Investitionspläne der Deutschen Bahn AG bis zum Jahr 2006 durchgesprochen worden. Es war davon die Rede, dass man bestimmte Bestellungen vorziehen wolle, um zusätzliche Aufträge an das Werk in Ammendorf vergeben zu können.

(Frau Weiß, CDU: Wo sind sie geblieben?)

Drittens. Im Gegenzug hat der Konzern keine Schließung vorgenommen, sondern hat zugesagt, das Werk bis zum Jahr 2004 als Produktionsstandort weiterzuführen. Das ist auch bisher eingehalten worden. Der Konzern hat zugleich keinen Zweifel daran gelassen, dass der Standort anschließend in einen Servicestandort mit maximal 450 Arbeitsplätzen umgewandelt werden solle.

Das waren die drei Punkte, bezüglich derer man zu einem so genannten Gentleman's Agreement gekommen ist. Genau darin liegt jetzt das eigentliche Problem; denn, meine Damen und Herren, bei allen Gesprächen mit dem Bombardier-Konzern können wir zwar darauf verweisen, dass das Land Sachsen-Anhalt die Zusagen eingehalten hat.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Aber wir werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass es hinsichtlich der Gegenleistung des Konzerns, nämlich wenigstens einen Servicestandort auf Dauer zu erhalten und vielleicht sogar weiterzuentwickeln, keinerlei rechtlich verbindliche Vereinbarung gibt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Das ist unser eigentliches Problem. So, wie man es vonseiten des Konzerns hört, ist die Auftragslage generell und speziell in Deutschland so schlecht, dass man über die Schließung mehrerer Standorte nachdenkt.

Die neue Landesregierung hat diese Situation vorgefunden. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten das getan, was man tun konnte. Das wird auch weiterhin geschehen. Dazu gehört auch, dass wir die nicht betriebsnotwendigen Flächen für neue, interessante und möglichst produzierende Betriebe erschließen und dass wir vorhandene Gebäude vermieten, um Arbeitsplätze zu sichern. Es ist ein Millionenbetrag aufgewendet worden, um einen Strukturwandel am Standort zu ermöglichen.

Es ist in der Tat so, Herr Felke, meine Damen und Herren, dass der Ministerpräsident auch mit der Konzernspitze gesprochen hat. Aber ihm ist deutlich gesagt worden, dass einer Fortführung der Produktion das Konzept,

das im Jahr 2002 auch mit der Landesregierung von Sachsen-Anhalt besprochen worden sei, entgegenstehe, und dass ganz klar gewesen sei, dass man lediglich einen Servicestandort fortführen wolle. Das ist ein Punkt, den man so hinnehmen muss und bei dem, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht der Eindruck erweckt werden darf, als wären andere Absprachen getroffen worden.

Herr Felke, Sie haben im Zusammenhang mit den Perspektiven des Unternehmens in Ammendorf unter anderem die Vergabe des Nordharznetzes angesprochen. Das ist im Rahmen einer Ausschreibung geschehen. Ich glaube, das war zwingend geboten. In diesen Tagen liest man viel über Ausschreibungen und über unterbliebene Ausschreibungen. Bei einem Auftrag mit einem Umfang von mehreren Millionen Euro ist es sonnenklar, dass ausgeschrieben werden muss.

Es ist interessant, dass es die Landesregierung war, die die Anbieter aufgefordert hat, bei ihrem Angebot auch zu berücksichtigen, welche Leistungen in Ammendorf erbracht werden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gesagt: Das muss rein.

Aber, verehrter Herr Felke, natürlich haben die, die Angebote unterbreitet haben, auch bei anderen Standorten angefragt. Das ist doch wohl erlaubt.

(Herr Felke, SPD: Das haben Sie selbst gemacht!)

Wenn sich dann herausstellt, dass die Angebote aus Ammendorf deutlich teurer sind als die von Anbietern, zu denen auch die Standorte Halberstadt und Dessau gehören,

(Zustimmung bei der CDU)

dann kann man nur dem günstigsten Anbieter den Zuschlag geben. Wir wollen alles für Ammendorf tun, aber doch nicht dadurch, dass wir geltendes Recht nicht mehr beachten

(Beifall bei der CDU)

und andere, die günstiger anbieten, bestrafen. - Das ist die Situation.

Ich bin froh, dass der Antrag dahin geht, dass wir die Einzelheiten - dazu ist noch viel zu sagen - im Ausschuss und nicht in der Öffentlichkeit besprechen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle einmal einen Punkt machen. Aber ich fände es bei allen Bemühungen der Landesregierung, für das Werk in Ammendorf eine möglichst gute Lösung zu finden, nicht hilfreich, wenn das Thema weiterhin so in die Öffentlichkeit gespielt werden würde, dass seitens der Landesregierung nicht das Notwendige geschehe, und die Opposition gemeinsam mit denen, die in Ammendorf Verantwortung tragen,

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

das, was Sie im Jahr 2002 unterlassen haben, jetzt gewissermaßen wegwischt

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und der Eindruck erweckt wird, dass man das jetzt alles nachholen könne. Dieser Zug ist abgefahren.

(Herr Felke, SPD: Erinnern Sie sich an Frau Pieper!)

Die handwerklichen Fehler der Vorgängerregierung können wir leider nicht in jedem Punkt korrigieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Liebrecht das Wort.

Frau Liebrecht (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Waggonbau Ammendorf ist zum wiederholten Male Gegenstand einer Landtagsdebatte - in der Regel immer dann, wenn eine brisante Situation ansteht. Natürlich haben die Ammendorfer Waggonbauer bei ihrem Ringen, das Traditionswerk als Standort für die Produktion von Zügen zu erhalten, Hoffnungen auf den Nahverkehr des Landes gesetzt, auch wenn das Auftragsvolumen den Bestand des Werkes nur für vier bis fünf Monate gesichert hätte.

(Herr Felke, SPD: Darum geht es nicht!)

Leider ist der Zuschlag bei der Vergabe des Nordharznetzes an einen Mitbewerber gegangen, weil er die gleiche Leistung günstiger und mit einer vergleichbaren Wertschöpfung im Land geboten hatte.

Auch die Vertreter der SPD wissen, wenn sie ehrlich sind, dass politische Preise vergaberechtlich niemals durchzuhalten wären.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wurde die Vergabeentscheidung im Aufsichtsrat der Nasa auch einstimmig abgesegnet.

Das Land hat sich bisher, wie Minister Rehberger bereits ausgeführt hat, massiv für den Erhalt des Standortes Halle-Ammendorf eingesetzt. Das schließt auch die Bemühungen des Ministerpräsidenten in Kanada ein. Mit dem Wissen um den Standortsicherungsvertrag, der die drei Komplexe Fahrzeugbau, Service und Wartung sowie die Vorgabe, dass die Wertschöpfung im Land bleibt, beinhaltet, hat das Land im Ausschreibungsverfahren die Leistungsbeschreibungen so formuliert, dass für die Ammendorfer Fahrzeugtypen keine Wettbewerbsnachteile entstehen.

Darüber hinaus wurde der Bombardier-Konzern erst von der Landesregierung dazu aufgefordert, sich an der Angebotserarbeitung im Ausschreibungsverfahren für das Nordharznetz zu beteiligen. Durch diese Verfahrensweise entsteht der Eindruck, dass die Führung des Bombardier-Konzerns nicht bereit ist, für den Standort Ammendorf Trümpfe zu ziehen. Offenbar soll die bereits im Jahr 2002 eingeleitete Umstrukturierung und Neuaustrichtung hin zu einem Service- und Wartungsstandort fortgeführt werden.

Wir wissen, dass vor zwei Jahren aufgrund der drohenden Schließung des Werkes in Ammendorf zahlreiche Verhandlungen geführt wurden. Die Wende zugunsten des Werkes in Ammendorf wurde damals mit der Bereitschaft von Bahnchef Mehndorn begründet, dem Bombardier-Konzern Aufträge aus dem Investitionsprogramm der Bahn AG in Aussicht zu stellen, sodass letztendlich im Verhandlungsergebnis verkündet wurde, dass der Erhalt des Produktionsstandortes abgesichert sei.

Allerdings wollte der Bombardier-Konzern im Gegenzug durch den Verkauf der nicht betriebsnotwendigen Flä-

chen finanziell entlastet werden. Das Land hat sich an die Absprache gehalten. Die Vorgängerregierung hat im März 2002 die Betriebsflächen im Wert von 7,5 Millionen € angekauft. Umgesetzt wurde dies aber von der jetzigen Regierung, die diese Summe Ende 2002 in den Nachtragshaushalt eingestellt und bezahlt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass das Ministerium eine sinnvolle Nutzung der nicht betriebsnotwendigen Flächen in Ammendorf in die Wege geleitet hat. Dennoch bleibt die Frage offen: Was ist das Versprechen des Kanzlers wert?

(Beifall bei der CDU)

Die im Wahljahr 2002 beim Besuch des Bundeskanzlers geweckten Hoffnungen auf ein Vorziehen von Aufträgen im Rahmen der Investitionsplanung der Deutschen Bahn AG haben sich bis heute nicht erfüllt. Oder ist bei dem Gespräch mit den Vertretern vom Bombardier-Konzern nur eine Verschiebung der Schließung der Schienenfahrzeugproduktion, nicht jedoch der Erhalt des Standortes Ammendorf zugesagt worden?

Die neue Landesregierung dagegen hat im Fall Ammendorf konsequent gehandelt und den Flächenankauf umgesetzt. Sie können sich sicher sein: Die Landesregierung wird auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Standort Ammendorf, der für die Region strukturbestimmend ist, zu sichern.

Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die ersten Aktivitäten zur Umstrukturierung und Neuausrichtung hin zu einem Servicestandort vom Bombardier-Konzern bereits im Jahr 2002 umgesetzt worden sind. Dies erweckt den Eindruck, dass der Bombardier-Konzern an seiner Strategie der Abwicklung des Waggonbaus Ammendorf hin zu einem Servicebereich, was einen Abbau von 50 % des Personals bedeutet, festhält.

Unser Blick kann nur nach vorn gerichtet sein. In der Ausschreibung des Altmark-Börde-Anhalt-Netzes besteht eine neue Chance.

(Zustimmung bei der CDU)

Klar muss aber sein, dass das Land ein Netz ausschreibt und nicht einen Auftrag für einen Fahrzeugproduzenten an einem bestimmten Standort. Die Verantwortung für konkurrenzfähige Fahrzeugtechnik zu marktfähigen Preisen liegt letztendlich beim Management des Bombardier-Konzerns.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass unser früherer Kollege und jetzige Bundestagsabgeordnete Herr Dr. Bergner im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage gestellt hat, mit der genau hinterfragt wird, was der Bundeskanzler wirklich erreicht hat. Vielleicht wird die Antwort der Bundesregierung im Wirtschaftsausschuss noch eine Rolle spielen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Liebrecht. - Nun bitte Herr Dr. Köck für die PDS-Fraktion.

Herr Dr. Köck (PDS):

Meine Damen und Herren! Wie die CDU möchte auch die PDS Lokalkolorit einbringen. Ich bin Vorsitzender

des Wirtschaftsausschusses im Stadtrat von Halle und als solcher auch ein wenig hinter den Kulissen mit den Fragen der Standortsicherung von Bombardier befasst. Wenn man die drei Wirtschaftsthemen, die gestern und heute hier zur Debatte standen, reflektiert, dann kann man eigentlich nur sagen: Wir könnten doch im Haushalt einsparen, und zwar die Funktion des Wirtschaftsministers.

(Widerspruch bei der CDU - Herr Schröder, CDU: Das steht jetzt im Protokoll!)

- Das steht so drin. Ich habe durchaus Verständnis für die Situation des Ministers, dafür, dass er sich angesichts der Interessen, die von allen Seiten auf ihn einströmen, wohl oft fühlen muss wie ein Bär, der am Nassenring in der Arena herumgeführt wird.

Wir hatten im Januar 2003 die Anhörung von Bombardier Transportation in dem entsprechenden Ausschuss. Ich will nur einige wenige Eckpunkte nennen.

Erstens. Das Management von Bombardier hat festlegt, dass keine neuen Aufträge zur Fertigung von Fahrzeugen an das Werk Ammendorf vergeben werden. Einige Ausnahme: wenn es zur Vergabe von Verkehrsleistungen im Land Sachsen-Anhalt käme.

Zweitens. Ammendorf wird auch nicht an Ausschreiben beteiligt, wenn anderswo in Deutschland Verkehrsleistungen an Bombardier Transportation vergeben werden.

Drittens. Es ist eigentlich seit dem Frühjahr 2002 klar, dass sich Bombardier aus der Produktionsseite in Ammendorf verabschiedet und einen Servicestandort einrichten will. Ich habe extra nachgefragt, ob ein Service-Standort auf Dauer tragbar ist. Wir kennen alle den Kampf der vielen ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerke in Sachsen-Anhalt und im benachbarten Sachsen sowie in Thüringen, die sich auf bestimmte Spezialfelder orientiert haben. Kommt Ammendorf im Jahr 2006 nicht eigentlich zu spät?

Jetzt zu dem Standortssicherungsvertrag. Ein Vertreter von Bombardier Transportation hat gegenüber der Presse geäußert - ich zitiere -:

„Es ist nach wie vor so, dass 200 Stellen leider abgebaut werden müssen und dass die Umwandlung in einen Servicestandort nach wie vor Bestand hat.“

Die Entwicklung nach 2004 und die Geschwindigkeit der Umstellung auf den Servicestandort sei abhängig von den laufenden oder eingehenden Aufträgen. Wie viele Mitarbeiter der Standort haben könnte, das könne heute noch nicht gesagt werden.

Im Zusammenhang mit der Vergabe des Nordharznetzes hat Herr Felke in der Presse geäußert: Ein Auftrag für Bombardier wäre ein Signal an die Konzernleitung gewesen. - Wie viel Signale brauchen die Bosse des Konzerns in Toronto denn noch? Reicht die Übernahme der nicht betriebsnotwendigen Flächen denn nicht aus? Ist der Bittgang eines Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten eines Bundeslandes zu wenig? Können Bettelbriefe einer Oberbürgermeisterin und eines Stadtrates die Herzen der Konzernchefs erweichen?

Eines dürfte mittlerweile vollkommen klar sein: Auf das Wort von Bombardier ist Verlass! Von der Politik erwarten nun Betriebsrat und Beschäftigte, aber offensichtlich auch Bombardier Transportation und die Deutsche Bahn eines: Staatssozialismus, Ausschaltung des

Wettbewerbs zugunsten eines Monopols. Für die DB AG ist der Börsengang wichtiger als die vielleicht vorzeitige Anschaffung von neuem rollenden Material. Das belastet bloß die Konzernbilanz.

(Beifall bei der PDS)

Also, was könnte nun überhaupt getan werden? - Ich könnte mir - ich sage das jetzt als Person - eigentlich nur Folgendes vorstellen: Die Ammendorfer müssten die Möglichkeit haben, aktiv zu akquirieren, um Serviceleistungen jetzt schon auf dem Markt einwerben zu können. Dazu brauchten sie grünes Licht von ihrer Konzernzentrale. Vielleicht sollte man sich sogar an die Anfangszeiten nach der Wende erinnern und ein Management-Buy-out ins Gespräch bringen.

Die DB - das wäre noch möglich; aber ich glaube nicht daran - könnte zum Beispiel auf den vollkommenen Neubau eines Servicebetriebes am Standort Magdeburg verzichten - ich höre jetzt schon die Magdeburger Kollegen aufheulen - und stattdessen den Standort Ammendorf sichern. Volkswirtschaftlich wäre das die günstigste Lösung.

(Zuruf von der CDU: Wir sind aber nicht in der Planwirtschaft!)

- Das ist aber selbstverständlich wieder Planwirtschaft.
- Des Weiteren: ein Umsteuern in der Verkehrspolitik mit einer Stärkung des Eisenbahnbetriebs insgesamt.
- Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Köck. - Nun Herr Dr. Schrader für die FDP-Fraktion.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Köck, ich schätze Ihre Kompetenz in Umweltfragen, aber von Wirtschaftspolitik haben Sie keine Ahnung. Es tut mir Leid.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Herr Gallert, PDS: Herr Schrader, das ist Arroganz! - Frau Dr. Sitte, PDS: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Wissen Sie - - Bitte?

(Frau Dr. Sitte, PDS: Er ist erfolgreicher Unternehmer, aber er hat keine Ahnung von Wirtschaft!)

Herr Köck, die Aussagen zum Wirtschaftsminister - da bin ich sicherlich nicht nur mit den Koalitionsfraktionen in Übereinstimmung -, die waren daneben, damit diskreditieren Sie sich selbst.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wissen Sie, mit diesen Ansichten - das haben wir gestern auch schon verfolgt; ich will diese Ansichten nicht als „typisch PDS“ bezeichnen - locken Sie keinen Investor ins Land. So viel nur zu dem Thema „Die Bosse vom Bombardier“.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Was war daran falsch?)

Meine Damen und Herren! Ich komme nicht aus Halle, sondern aus der Gegend von Halberstadt und sehe das Thema Ammendorf deshalb unaufgeregter. Das Thema Ammendorf beschäftigt das Land seit Jahren. Im Vorfeld der Landtagswahlen 2002 wurde es zu einem Politikum. Das scheint sich jetzt fortzusetzen. Jeder kann sich noch an die Bilder von damals erinnern. Ob es damals für den Standort Ammendorf die entscheidende Lösung war, das ist Gegenstand der heutigen Beratung und wird uns weiter beschäftigen, zumindest im Wirtschaftsausschuss.

Tatsache ist: Als sich im Jahr 2001 abzeichnete, dass dem Werk in Ammendorf die Schließung drohte, haben zahlreiche Verhandlungen auf Bundes- und auf Landesebene dazu geführt, dass Ende Januar verkündet wurde - das ist glaubhaft passiert -, dass Ammendorf bis 2004 als Produktionsstandort gesichert ist und danach als Servicestandort weitergeführt wird. Offensichtlich gibt es aber keine schriftlichen Vereinbarungen zwischen den damaligen Verhandlungspartnern, auf die man sich jetzt stützen könnte. Das ist Fakt und muss so akzeptiert werden.

Meine Damen und Herren! Zu den Fakten, auch zu den Aktivitäten, etwa dem Flächenerwerb durch das Land, wurde genug gesagt. Ich finde es nicht hilfreich - auch nicht im Interesse der Ammendorfer Beschäftigten -, dass das Thema weiter öffentlich politisiert wird. Das ist wirklich nicht hilfreich. Das macht man nicht.

Da die SPD aber das Thema nun angesprochen hat, soll es so sein, dass die Landesregierung zur aktuellen Situation des Standortes Ammendorf im Ausschuss berichtet. Was allerdings eine Anhörung mit dem Ziel „Erhalt und Weiterentwicklung des Standortes Ammendorf als Waggonbaustandort“ bringen soll, ist mir vollkommen schleierhaft. Es würde nur etwas bringen, wenn der Kanzler angehört würde, um ihn einmal zu fragen, was mit seinen in Aussicht gestellten Zusagen für das Vorgehen der Aufträge des Waggonbaus ist. Es wäre auch sinnvoll, mit Herrn Mehdorn darüber zu sprechen; ihn müsste man vorladen. Oder Sie bringen drei bis vier Investoren, die Ammendorf Aufträge zusagen, zur Anhörung.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Alles Planwirtschaft, ganz schlecht!)

Meine Damen und Herren! Deshalb unser Änderungsantrag vor dem Hintergrund, dass der Bundeskanzler Aufträge in Aussicht gestellt hat. Dafür bietet sich in Kürze sicherlich Gelegenheit.

Herr Felke, die Vergabe des Nordharznetzes mit Aufträgen an den Waggonbau Ammendorf in dieser Art und Weise, wie Sie es getan haben, zu verknüpfen ist unsachgemäß. Das geht einfach nicht.

(Frau Budde, SPD: Bitte?)

Dazu ist schon genügend gesagt worden.

Ich bin gespannt auf die Ausschusssitzung, in der auf den Punkt gebracht werden wird, und zwar sehr ausführlich, was tatsächlich zugesagt, was unterschrieben und nicht unterschrieben, was bezahlt wurde und was getan wird seit dieser Zeit.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Schrader, es gibt Wünsche, Fragen an Sie zu richten. - Bitte, Herr Felke. Dann Herr Krause.

Herr Felke (SPD):

Herr Schrader, eine Nachfrage. Ich gehe davon aus, dass Sie den Standortsicherungsvertrag kennen. Können Sie mir vielleicht sagen, wo diesbezüglich in Ihrem Antrag die Verbindung ganz konkret hin zur Bundesregierung ist?

Herr Dr. Schrader (FDP):

Wir haben uns nicht auf den Standortsicherungsvertrag --

(Frau Budde, SPD: Sicher! Steht doch in Ihrem Antrag! - Herr Felke, SPD: Sie brauchen nur in Ihren Antrag zu schauen!)

- In der Begründung, ja. Aber unser Ansatz ist es, die Zusagen des Kanzlers von damals mal auf den Tisch zu legen. Das ist doch der Punkt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Nun Herr Krause, bitte.

Herr Krause (PDS):

Herr Schrader, ich glaube, in der Art und Weise, in der Sie eben auf die Ausführungen von Herrn Dr. Uwe Köck erwidert haben, sind in der Vergangenheit die Landesregierungen und insbesondere auch Ihre Partei, gestützt auf eine Gesetzeskonstruktion des damaligen Justizministers Schmidt-Jortzig, bezüglich der Bodenreform aufgetreten. So sind Sie zwölf Jahre lang aufgetreten. Die Quittung dafür haben Sie jetzt mit dem Straßburger Urteil bekommen.

(Herr Schröder, CDU: Was soll denn das? - Weitere Zurufe von und Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das war wohl mehr eine Zwischenbemerkung als eine Frage.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident, Sie werden mir nachsehen, wenn ich darauf nicht antworte.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Nun für die antragstellende SPD-Fraktion Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vielleicht hätten wir lieber Herrn Bullerjahn reden lassen sollen; denn im Mansfelder Land gibt es niemanden mehr, der Züge repariert. Ich sage vorab schon, dass ich nicht mit Lokalkolorit rede; es wäre ganz nett, wenn Sie das so akzeptieren würden.

Erstens. Herr Schrader, wenn alle Unternehmen, die öffentliche Aufträge bekommen, Staatswirtschaft wären -- Ich nenne in diesem Zusammenhang den Hochschulbau, die Investitionsquote im Haushalt und was es sonst noch alles gibt; das alles sind öffentliche Gelder. Das ist

wirklich ein Witz. Wenn Sie von Volkswirtschaft reden, dann sollten Sie vielleicht vorher noch einmal nachlesen, bevor Sie an andere Backpfeifen verteilen. Das, was Sie gesagt haben, war Unsinn.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Dr. Schrader, FDP: Gleichfalls! - Frau Mittendorf, SPD: Austeilten, aber nicht einstecken können! - Zurufe von der FDP - Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS - Unruhe)

Zweitens. Wenn Sie vom Bund verlangen, die Marktwirtschaft aufzuheben -- Ich wäre auf diese Auseinandersetzung gar nicht eingegangen, wenn Sie nicht permanent den Spagat gemacht und gesagt hätten,

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Mal zuhören! - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

der Bund solle bitte freihändig vergeben - möglichst Milliardenbeträge - und die Marktwirtschaft aufheben, aber wir im Land müssten uns an die Vergabekriterien halten. Das ist so etwas von durchsichtig. Diese Argumentation trägt keine fünf Minuten.

(Beifall bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Sie rufen zum Rechtsbruch auf!)

So viel vielleicht zu dem Grundproblem der Debatte, die sich gar nicht auf das Problem bezieht, sondern vielmehr der Versuch ist, ein Schwarzer-Peter-Spiel anzufangen. Dieses Spiel wird dem Standort wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Wer hat denn damit angefangen? - Zuruf von Herrn Schröder, CDU - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

- Hören Sie doch erst einmal zu. - Selbstverständlich sind es drei Parteien, die in der Verantwortung sind, zuvörderst selbstverständlich der Eigentümer. Es ist durchaus richtig, wenn Herr Köck darauf hinweist und sagt: Auch Bombardier ist in der Pflicht, etwas für die Entwicklung dieses Standorts zu tun. Selbstverständlich kann das Unternehmen Bombardier weder vom Bund noch vom Land erwarten, dass es die Auslastung serviert bekommt und dass es dann ganz einfach ist, den Standort zu erhalten.

Die Zusage des Unternehmens war auch damit verbunden, dass das Unternehmen selbst etwas für den Standort tut. Auch das fehlt. Das macht die ganze Situation aber nicht einfacher - wir könnten noch einen dritten schwarzen Peter einführen -, sondern komplizierter.

Wir hatten die Hoffnung, dass der Ministerpräsident dort in direkten Gesprächen etwas bewirken kann. Wenn hier früher eine Debatte zu Ammendorf geführt worden wäre, bei der der Ministerpräsident Höppner nicht anwesend gewesen wäre - wahrscheinlich wäre heute Ministerpräsident Böhmer der Einzige, der überhaupt zur Aufklärung in Bezug auf das Gespräch beitragen könnte -, dann hätte es von Ihnen einen Aufstand sondergleichen gegeben. So verändern sich Wertigkeiten und so verändert sich auch die Bedeutung des Themas, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Der zweite Partner im Spiel ist selbstverständlich die Bundesregierung. Ich gebe Ihnen Recht: Selbstverständlich wäre die ganze Sache einfacher. Auch wir sind der Auffassung, dass es jetzt schon Aufträge der Bundesbahn für Ammendorf hätte geben müssen. Wir nehmen

die Bundesregierung überhaupt nicht aus der Pflicht, nein.

(Herr Kosmehl, FDP: Das habe ich öffentlich noch nicht gehört! - Zurufe von der CDU)

Sie haben Recht: Auch dort muss etwas passieren. Aber auch das kann nur - das ist die Begrenztheit des Handelns - im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen geschehen. Wenn Sie das für das Land einklagen, dann müssen Sie es auch dem Bund zugestehen. Das wiederum machen Sie nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre - Unruhe)

Drittens. Die dritte Partei, die in der Verantwortung ist, ist die Landesregierung. Ich will einmal aus dem Standortsicherungsvertrag, den Sie offensichtlich nicht haben, den man aber ganz leicht bekommen kann, zitieren.

(Minister Herr Dr. Daehre: Von Ihnen!)

Ich gehe davon aus, dass Sie ihn, wenn Sie ihn in der Begründung anführen, gelesen haben. Darin stehen für den Bereich Endmontage - der Bereich Endmontage steht in dem aktuellen Standortsicherungsvertrag noch drin, er ist noch nicht herausgenommen worden; insofern ist die Hoffnung noch nicht aufgegeben -

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Budde, möchten Sie eine Frage von Herrn Tullner beantworten?

Frau Budde (SPD):

Am Ende gern.

- das Nordharznetz, die Bördelandbahn, die S-Bahn Halle - Leipzig und weitere Projekte aus Sachsen-Anhalt.

(Minister Herr Dr. Daehre: Ja!)

Schreiben Sie wenigstens eine richtige Begründung. Das, was Sie in Ihren Antrag geschrieben haben, ist Unsinn.

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD, und von Herrn Felke, SPD)

Es war immer unsere Hoffnung, dass wir es schaffen, mit einem Local Content, mit der Vergabe eines Auftrages aus dem Land das Unternehmen ein Stück weit moralisch unter Druck zu setzen - ich weiß, dass dieses moralische Unter-Druck-Setzen nicht sehr weit reicht -,

(Unruhe bei der CDU)

und damit diesen kleinen Griff daran zu bekommen, um zu sagen: Das Land tut, was es kann,

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

um die Aufträge, die vorhanden sind, möglichst im Waggonbau Ammendorf produzieren zu lassen.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Damit hätte man auch das andere zusätzlich einfordern können. Das haben auch Sie, Herr Minister Daehre, gesagt. Sie wissen doch ganz genau - das ist in der großen Gesprächsrunde gesagt worden; ich kann für Sie gern aus dem Protokoll zitieren -, dass der Präsident von Bombardier, Herr Lortie, deutlich betont hat, dass der

Konzern bei der Bestellung von Neufahrzeugen aus dem Land Sachsen-Anhalt von dieser Linie - die Linie war, die Endfertigung und die Waggonbau-Kompetenz am Standort abzubauen - abweichen werde

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

und dass diese Neufahrzeuge im Werk Ammendorf gebaut würden und es dann auch zur Verlagerung von anderen Standorten kommen werde.

Insofern ist es richtig, hier über das Thema zu diskutieren. Wir können gern die Bundesebene mit einbeziehen. Selbstverständlich bin ich bereit, bei einer solchen Anhörung darauf hinzuwirken, dass wir jemanden von der Bahn bekommen und die Hintergründe dafür erfahren, warum denn die Bahnaufräge nicht gekommen sind.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Aber eine Berichterstattung im Ausschuss, bei der ich vom Wirtschaftsministerium lediglich das zu hören bekomme, was ich auch in der Zeitung lesen kann, macht gar keinen Sinn.

(Herr Gürth, CDU: So ein Quatsch!)

In Ihrem Änderungsantrag steht: Berichterstattung des Ministers oder des Wirtschaftsministeriums oder der Ministerien im Ausschuss.

(Herr Gürth, CDU: Das ist eine bewusste Fehlininterpretation von Ihnen!)

Das nützt mir nichts. Das einzige Mittel, um alles hinreichend zu beleuchten und selbst Rückschlüsse ziehen zu können, ist eine Anhörung der Beteiligten.

(Zuruf von Frau Liebrecht, CDU)

Das war in der Vergangenheit üblich. Sie haben dies zehnfach - ich will nicht sagen hundertfach - in den Ausschüssen beantragt. Die Anhörungen wurden auch durchgeführt. Wenn Sie der Auffassung sind, dass dieses Element der Demokratie für Sie nicht mehr gilt, wenn das jetzt im Ausschuss nicht mehr gemacht werden kann, dann halte ich das für ziemlich - so möchte ich fast sagen - traurig.

(Minister Herr Dr. Daehre: Soll der Kanzler zur Anhörung kommen?)

- Damit sind wir wieder an dem Punkt. Ich dachte, dass man nach anderthalb Jahren, wenn vielleicht die ersten Müthen gekühlt sind, wieder zu einer vernünftigen Arbeit im Parlament kommen kann.

(Herr Gürth, CDU: Solche Unterstellungen! - Zuruf von Herrn Schröder, CDU - Unruhe)

Meine Damen und Herren! Nur noch eines: Herr Wirtschaftsminister, - ich will auf diesen Punkt zurückkommen - ich glaube nicht, dass ich Sie über wirtschaftliches Handeln belehren muss, weil Sie noch immer ein viel größerer Verfechter der freien Wirtschaft sind, als ich das wahrscheinlich jemals werde. Deshalb wundert es mich schon, dass Sie diesen Spagat bei den Ausschreibungen mitmachen, anstatt ehrlich zu sagen: Die Wirtschaftlichkeitskriterien, die bei der Vergabe gelten - das bezieht sich nicht auf den Preis, sondern auf das Verfahren selbst -, kann man nicht nur auf einen anwenden, das gilt sowohl für den Bund als auch für das Land.

Sie kritisieren, dass es keine schriftlichen Verträge gibt. Herr Minister, Sie wissen doch genau, wenn der Bund und das Land - das hätte das Land dann auch unterzeichnen müssen; aber weder Sie noch Herr Daehre hätten das unterschrieben - eine schriftliche Zusicherung dahin gehend gegeben hätten, dass die Aufträge aus der Regionalbahn an Bombardier gehen, dann wäre vielleicht auch eine schriftliche Zusicherung von Bombardier über bestimmte Leistungen gekommen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Das hätten Sie 2002 doch auch machen können!)

- Herr Daehre, Sie sagen doch, es geht nicht. Also so dumm wollen wir uns hier nicht stellen. So niedrig sollte das Niveau der Diskussion nicht werden.

(Minister Herr Dr. Daehre: Dann frage ich mich, warum Sie es nicht selbst gemacht haben! Sie fordern es vom Bund!)

- Sie wissen, dass das nicht geht. - Aber, verdammt noch mal, es bleibt die Pflicht, weiter an dieser Standortentwicklung mitzuarbeiten.

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig! Das ist richtig!)

Das betrifft zum einen den Waggonbaustandort

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

und zum anderen die Restfläche,

(Minister Herr Dr. Daehre: Jawohl!)

die verkauft worden ist, wo es auch eine Weiterentwicklung geben sollte.

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

Bisher ist auch dort nichts passiert. Es wäre auch einmal interessant, etwas darüber im Ausschuss zu erfahren. Dort sollte schienenaffines Gewerbe angesiedelt werden.

(Minister Herr Dr. Daehre: Da sind wir zusammen!)

Mir ist nicht bekannt, dass es dafür Konzepte oder eine vernünftige Begleitung seitens der Ministerien gibt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Budde, bei allem Verständnis - -

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank. Ich bedanke mich für Ihre Großzügigkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Da wäre noch eine Frage von Herrn Tullner.

Frau Budde (SPD):

Gern.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Herr Tullner.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Herr Präsident, auch ich möchte noch einmal das Wort ergreifen! - Frau Weiß, CDU, an Herrn Tullner, CDU, gewandt: Sag mal, willst du das jetzt noch verlängern?)

Herr Tullner (CDU):

Frau Kollegin Budde, zunächst muss ich sagen, dass ich betrübt bin, dass wir wieder in alte Politikrituale verfallen:

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Es taucht ein Problem auf und die Opposition versucht, die Gelegenheit zu nutzen, um daraus Nektar zu ziehen. Ich denke, das wird den Beschäftigten in Ammendorf und dem Problem überhaupt nicht gerecht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD - Unruhe)

Das setzt die Linie fort, die Sie im Landtagswahlkampf 2002 gefahren haben.

(Zuruf von der SPD: Sie setzen fort! - Frau Bull, PDS: Von Wahlkampf wollen wir nicht anfangen!)

Ich erinnere nur an die großen Schlagzeilen, als der Kanzler dort eingeflogen ist. Es gab diese riesigen Begeisterungsstürme der Belegschaft, weil damit Hoffnungen geweckt worden sind, die Sie enttäuscht haben.

Wenn Sie schon von einer Anhörung sprechen, Frau Kollegin Budde, dann möchte ich Sie eines fragen: Waren Sie - Sie waren damals Wirtschaftsministerin - bei dem Kanzlergespräch dabei? Eigentlich müssten Sie mit Ihrer Kompetenz doch die Erkenntnisse haben, die Sie dann in der Anhörung zum Besten geben könnten, oder?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Frau Budde (SPD):

Nein, Herr Tullner. Ich war bei den Kanzlergesprächen genauso wenig anwesend wie heute ein Wirtschaftsminister bei den Kanzlergesprächen anwesend sein würde.

(Oh! bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Das glaube ich aber nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Der Gattung der Honigbienen gehören ich nicht an; ich habe es nicht nötig, solche Art von Nektar zu saugen. Es ist wichtig, dass dort die Standortentwicklung weitergeht. Wenn wir dafür wenigstens das Interesse wieder geweckt haben sollten, dann sind wir schon ein Stück weiter.

(Beifall bei der SPD - Frau Wybrands, CDU: Warum haben Sie es nicht getan? - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Minister Herr Dr. Rehberger hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Meine Damen und Herren! In aller Kürze, aber zwei Punkte müssen einfach klargestellt werden. Frau Budde, natürlich kann weder die Bundesregierung noch die Landesregierung die Vergabe bestimmter Aufträge vorab ohne Ausschreibung zusagen. Darin sind wir einer Meinung. Darum ging es auch nicht.

Es ging darum, dass die damalige Landesregierung - das kann ich nachvollziehen - 7,5 Millionen € für den Erwerb bestimmter Liegenschaften auf den Tisch des Hauses gelegt hat und dass die Gegenleistung von Bombardier, nämlich den Standort zumindest als Servicestandort auf Dauer zu erhalten, nirgendwo fixiert worden ist. Das ist der handwerkliche Fehler.

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Genau! - Frau Budde, SPD: Das stimmt nicht!)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen muss, ist folgender: Natürlich konnte der Bundeskanzler - ich habe es eben schon deutlich gemacht - bei den Gesprächen im Bundeskanzleramt nicht schriftlich zusagen, dass Aufträge nach Ammendorf gehen. Der Bundeskanzler hat aber in Aussicht gestellt, dass die Aufträge - zum Teil vorgezogene Aufträge -, wenn entsprechende Angebote von Ammendorf abgegeben werden würden, in einer beachtlichen Größenordnung auch in Ammendorf platziert werden sollten. Tatsache ist aber, dass die Bundesregierung nicht das Geringste getan hat. Es hat keine Ausschreibung stattgefunden, bei der Ammendorf eine Chance bekommen hätte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Der Bundeskanzler hat damals die Leute an der Nase herumgeführt. Er hat das, was er zugesagt hat, nicht gehalten.

Er ist in der kommenden Woche in Magdeburg. Dann werden wir ihn fragen, was aus seiner Zusage geworden ist. Der Herr Bundeskanzler hat damals Wahlkampf gemacht, und er hat versucht, die Landesregierung in einer schwierigen Situation mit Zusagen, die dann nicht gehalten worden sind, aus der Bredouille zu führen. Das ist keine faire Verhaltensweise, insbesondere nicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ammendorf. Sie sind getäuscht worden.

(Beifall bei der FDP - Starker Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Budde hat noch einmal um das Wort gebeten. Ich gestehe Ihnen wegen der Zeitüberschreitung vorhin jetzt lediglich zwei Minuten Redezeit zu.

Frau Budde (SPD):

Ich brauche nur eine halbe Minute. - Herr Rehberger, die Einlösung des Bombardier-Versprechens ist realisiert worden; anderenfalls hätten wir heute überhaupt keinen Standort Ammendorf mehr. Wenn das Land damals nicht unterschrieben hätte, dann wäre der Standort sofort geschlossen worden.

(Beifall bei der SPD - Herr Bullerjahn, SPD: Das kann er nicht wissen!)

Das existiert in der Realität.

(Beifall bei der SPD - Herr Felke, SPD: Die Pläne waren doch im Sommer 2002 da!)

Dass das nicht ausreichend ist, darüber sind wir uns doch einig. Im Übrigen - wenn Sie das als Wahlkampf einschätzen - befand sich der Bundeskanzler in guter Gemeinschaft mit Herrn Ludewig.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Ganz sicher!)

Herr Ludewig hat nämlich überall erzählt, dass er das erreicht hätte, was jetzt auf der Tagesordnung steht.

(Widerspruch bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Das ist schlichtweg gelogen! Das ist doch Quatsch!)

Er sagte, es habe an ihm gelegen, dass die Kanzlergespräche so positiv gelaufen seien. Das können wir uns sogar im Originalton des MDR anhören.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns doch dieses Thema nicht so populistisch weiterführen. Lassen Sie uns versuchen, aus dem, was vorhanden ist, etwas zu machen.

(Frau Feußner, CDU: Sie lenken ab! Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

Unser Ziel ist es, dem Standort in seiner Entwicklung zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/1343 ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Antragsteller. Wer stimmt dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Die PDS-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Wir stimmen nun über den so geänderten Antrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/1312 ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Die beiden anderen Fraktionen. Damit ist der so geänderte Antrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 20, der letzte Tagesordnungspunkt, beendet.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 18. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Der Landtag wird zu seiner 19. Sitzungsperiode für den 4. und 5. März 2004 einberufen.

Damit ist die Sitzung des Landtages geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13.16 Uhr.